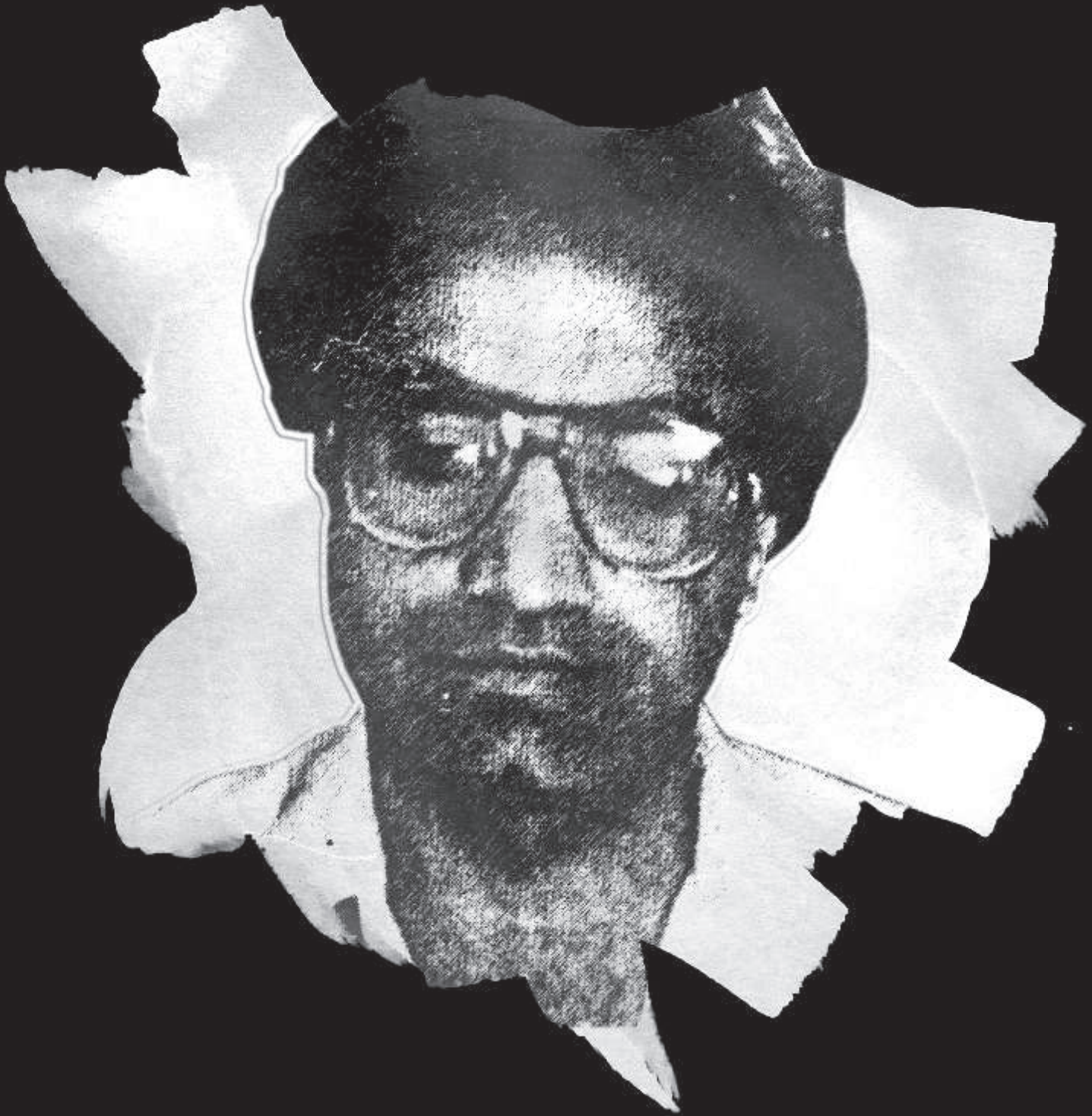


out of dahlem

MAGAZIN DES ASTA FU | NR. 15 | SOMMERSEMESTER 2014 | DEUTSCHSPRACHIGE AUSGABE



In Erinnerung an Mahmud Azhar

PROMOTIONSSTUDENT UND WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER AM INSTITUT FÜR BIOCHEMIE DER FU BERLIN. AM 07. JANUAR 1990 WURDE ER BEI EINEM RASSISTISCHEN ANGRIFF AUF DEM CAMPUS DER FU SCHWER VERLETZT. ZWEI MONATE SPÄTER STARB ER AN DEN FOLGEN.

inhalt

6

In Erinnerung an Mahmud Azhar
über einen rassistischen Mord auf dem Campus der FU Berlin

4

Universität und Antifaschismus
Nachdenken, Verwirrungen und offene Fragen

18

Thomas de Maizière weggejubelt
Protäste gegen den Besuch des ehemaligen ‚Verteidigungsministers‘ an der HU

19

Zur Kritik am Coburger Convent
als selbsternannte völkische und männerbündische Elite Deutschlands

30

Frauen und Rechtsextremismus
Interview mit dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

28

Kreuzworträtsel
Antifa heißt Nachdenken

34

Neu-Rechtes Zeitungsprojekt sucht Bewegung
Die „Blaue Narzisse“ und die Identitären

39

Zur Bildungspolitik der „Alternative für Deutschland“
Eine Klarstellung

42

Ausstellung „Russenslager und Zwangsarbeit“
Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener

46

PfiFf
das „Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung“ als Beispiel für kritische Lehre und Forschung von unten

48

Antifaschistische Forschung und Bildung
Interview mit dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz)

editorial

Entschuldigt das Warten. Lange hat's gedauert, nun ist es endlich wieder soweit: Nach fast einem Jahr Arbeit präsentieren wir euch die neue, die antifaschistische Ausgabe der *out of dahlem*.

Widmen möchten wir dieses Heft Mahmud Azhar, einem Menschen, an den sich wohl nur sehr wenige erinnern. Azhar war Doktorand am Institut für Biochemie der FU Berlin, als er Anfang des Jahres 1990 auf dem Campus der Universität rassistisch angepöbelt und brutal zusammengeschlagen wurde. Zwei Monate später starb er an den Folgen seiner Verletzungen im Krankenhaus. Wir möchten mit dieser Ausgabe an ihn erinnern und darauf aufmerksam machen, dass Rassismus, ebenso wie andere Unterdrückungsverhältnisse, auch vor den Pforten der Universität nicht einfach halt machen.

Um den Inhalt und somit auch die Geschichte Mahmud Azhars möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, erscheint die *out of dahlem* nun erstmals komplett in drei Sprachen. Neben der deutschsprachigen wird es auch eine französische und eine englische Ausgabe geben.

Am Ende dieses Editorials noch eine Triggerwarnung: In den Artikeln und Interviews geht es uns darum, aus emanzipatorischer – insbesondere feministischer, antirassistischer und antifaschistischer – Perspektive rechte, sexistische und rassistische Umtriebe an der Universität und anderswo zu dokumentieren und zu kritisieren. Dabei wussten wir nicht recht umhin, in einigen Artikeln auch Burschenschafter, Neu-Rechte, alte oder neue Nazis zu zitieren. Wir hoffen, euch dennoch eine informative, spannende und empowernde Ausgabe gestaltet zu haben!

Eure Redaktion der out of dahlem

Universität und Antifaschismus

Nachdenken, Verwirrungen
und offene Fragen



*Korrespondenz aus Marburg von Laura**

Universität und Antifaschismus – eine ungewohnte Verbindung? Bevor ich dieser Frage nachgehen konnte, musste ich zuerst über Begriffe nachdenken. Antifa – Faschismus – Antifaschismus. Ein Einblick in erste Assoziationen:

Woran denke ich bei „Antifa“? Nazidemos blockieren. Aufkleber wie „Nazi sein, heißt Probleme kriegen“. Aufnäher, schwarz-rote Fahnen. Ich denke viel an weiße Männer im schwarzen Block. Soweit (so gut?)

Wie steht's also mit Antifa + Uni? ... Antifa-Referat? Vorträge zu Rechtsrock ... Busse zu Demos? ... Antirepressionsarbeit? Es fällt mir zunächst schwer, Überschneidungen zu finden: Auf der einen Seite die politische Szene mit eindeutiger Positionierung und Orientierung am tatkräftigen Widerstand – auf der anderen Seite die sich politisch ‚neutral‘ präsentierenden (aber staatliche) Institution als Ort des abstrakten Wissens und des ‚sachlichen Diskurses‘ ...

Ich versuche die Annäherung umgekehrt: Woran denke ich bei „Faschismus“? Rechte Ideologie, diktatorische/hierarchische/unterdrückerische Ordnung, Feindbilder, Ausgrenzung und Gewalttätigkeit, Repression und trügerische Einheit/Vereinheitlichung. Festgelegte (Geschlechter-) Rollen. Fremdbestimmung und Nutzenorientierung. Nationalismus. Antisemitismus. Rassismus. Ableism. Antiziganismus.

Wenn sich also Faschismus auszeichnet durch Merkmale wie Zentralismus, Unterdrückung, Diskriminierung und Fremdbestimmung – muss dann Antifaschismus nicht dementsgegen dezentral und vielschichtig angelegt, (möglichst) hierar-

chiefrei, diskriminierungssensibel und auf Selbstbestimmung angelegt sein? Und umfassen antifaschistische Praktiken in diesem Sinne neben dem Kernbereich der Antifaschistischen Aktion – mit den genannten Widerständen gegen und der Aufklärung über rechte/faschistische Bestrebungen – nicht noch viel mehr? So gesehen ergäbe sich ein weitaus breiteres Bild der Verknüpfung von Universität und den Möglichkeiten und Notwendigkeiten antifaschistischer Ansätze.

Hier wollte ich einen größeren Fragenkanon anschließen, der sich an Inhalte und gesellschaftliche Verortung der Universität, ihren Raum, ihre Aspekte von Hierarchie und Mitbestimmung und den Umgang miteinander betreffen ...

Um aber nicht völlig daneben zu liegen, habe ich doch noch eine kurze Recherche zu den Begriffen Faschismus, Antifaschismus, Antifa eingelegt. Und bin hinterher verwirrter als zuvor. So klar scheint das alles doch nicht zu sein. Faschismus als historische Erscheinungsform oder als Theoriebegriff? Welche Rolle spielt der Kapitalismus? Antifaschismus als Widerstand ‚nur‘ gegen Neonazis oder gegen Staat allgemein? Unterscheidung zwischen Antifa(schismus) unter faschistischen Regimes und in der Demokratie (und wer legt die Grenzen fest)? ... Und wofür können diese Begriffe sinnvoll eingesetzt werden? Wo ist eigentlich anderes gemeint? Welche Begriffe werden synonym gebraucht und welche Konsequenzen hat das? ...

Meine Assoziationen fanden sich dabei in manchen Einträgen großteils wieder, in manchen weniger, bei anderen hätte ich den Kern der Definition verpasst.

Es bleibt zunächst die Einsicht: Auch wenn Antifaschismus in manchen (uninahen) Umgebungen ein gängiges Schlagwort dar-

stellt, ist dabei 1.) der Begriff weniger eindeutig als zunächst gedacht und 2.) auch auf Websites von Antifa-Gruppen nicht immer näher erläutert.

Was also tun mit meinem halbfertigen Fragenkanon? Vermutlich kann er keine faschismuskritische Analyse anleiten; aber das Nachdenken über (de)zentrale Organisation, Hierarchie(freiheit), Diskriminierung(ssensibilität) und (fehlende) Selbst-/Mitbestimmung in den Institutionen, denen wir angehören, kann sicher auch im Hinblick auf Antifaschismus nicht schaden. Daher – aller begrifflichen Verwirrung zum Trotz – ein paar Fragen & Gedanken zur kritischen Auseinandersetzung mit mehr oder weniger ‚freien‘ Universitäten:

INHALT innerhalb von Studiengängen und anderen Veranstaltungen

Was wird (nicht) thematisiert? (Wo) wird (deutscher) Kolonialismus, Imperialismus, Nationalsozialismus, Faschismus, ... an der Universität thematisiert? Wo nicht? Wer hat Einfluss auf die Inhalte und Ausgestaltungen von Studiengangsplänen, Veranstaltungen?

Gesellschaftliche VERORTUNG der Uni

Für wen ist die Uni da? Zu wessen Bedingungen wird an der Uni gearbeitet & studiert? Zu wessen Nutzen? Wer kann überhaupt Teil der Uni sein? [Stichworte: Selektives Gesellschafts-/Bildungssystem, employability, Standortdebatte, staatliche Unterfinanzierung, Drittmittel, Hochschulrat, Studiengebühren, kritische, emanzipatorische Bildung]

Der RAUM Universität

Wem wird er zur Verfügung gestellt? Wem nicht? Unter welchen Bedingungen? Mit welchen Zielen? Wie barrierefrei sind die Gebäude? [Bsp. Raumvermietung und (studentischer) Widerstand: Bündnis „Kein Raum für Sexismus, Homophobie und religiösen Fundamentalismus“]

HIERARCHIE und MITBESTIMMUNG bzw. SELBSTBESTIMMUNG an Unis

Wer entscheidet über die Belange der Universität, der Mitarbeitenden (von Profs über HiWis bis Reinigungskräfte), der Studis? Wer hat ‚rechtlich gültigen‘ Einfluss, (finanzielle) Mittel, Öffentlichkeit/Medien, institutionelle Vertretungen? Welche (verbindlichen) Richtlinien gelten an der Universität? (z.B. auch zu Sprache in Dokumenten; Regelungen bei Berufungen; Richtlinie gegen diskriminierende Darstellungen?) Werden Erstsemestern bestehende Mitbestimmungsorgane und -möglichkeiten aufgezeigt? Wie wird mit Forderungen z.B. der Studis nach mehr Mitbestimmung umgegangen? [Unrühmliches Bsp.: drohende Strafanzeigen und polizeiliche Räumung der Marburger (T)Raumklinik durch die Unileitung im Juli 2013]

UMGANG miteinander an der Uni:

Wie ist der Umgang der Unimitglieder in Veranstaltungen und Interaktionen? Gibt es eine Haltung der eigenen Fehlbarkeit, können Autoritäten kritisiert werden? Gibt es strukturell angelegte Sensibilisierung bzgl. Diskriminierungen, Sprache als Machtinstrument, (sexualisierten) Übergriffen? Gibt es hierfür Anlaufstellen und Unterstützung?

Mein unvollständiges Fazit

Emanzipatorische, feministische, rassistuskritische, postkoloniale, diskriminierungssensible und machtkritische Perspektiven und Praktiken sind – je nach Begriffsdeutung – vielleicht nicht immer zentraler Teil antifaschistischen Engagements – aber sicher eine notwendige Ergänzung, wenn es um die Abschaffung von Unterdrückung und die zunehmende Verwirklichung von Selbstbestimmung gehen soll.

„Antifa heißt Tag für Tag das Ganze hinterfragen“, so eine Textzeile bei Sookee und Spezial K. Das darf dann getrost wohl auch an der Uni gelten.

Remember Mahmud Azhar!

Zur Erinnerung an einen rassistischen Mord
auf dem Campus der FU Berlin

von Arvid Peschel

An Mahmud Azhar erinnert sich an der Freien Universität heute fast niemand mehr. Vor 24 Jahren, am 07. Januar 1990 wurde der in Pakistan geborene FU-Student Opfer eines gewaltsamen, rassistischen Übergriffs auf dem Campus dieser Hochschule. Er verstarb zwei Monate später am 05. März 1990 an den unmittelbaren Folgen seiner erlittenen Verletzungen. Ein Gedenken an Mahmud Azhar findet weder an dieser Universität noch anderswo in Deutschland statt. Es besteht eine unabdingbare Notwendigkeit das zu ändern und den unerträglichen Zuständen, die dieses Vergessen möglich gemacht haben, offensiv zu begegnen.

Dieser Artikel schafft es nicht, viel über das Leben Mahmud Azhars zu erzählen. Vielmehr wird auf Grundlage von Archivmaterialien über den rassistischen Mord an ihm und den darauffolgenden öffentlichen und universitären Reaktionen, über die Initiativen und den Gerichtsprozess gegen den Täter berichtet. Das ist unter anderem deshalb problematisch, weil über den Menschen Mahmud Azhar nur anhand des rassistischen Angriffs auf ihn selbst geschrieben wird.

Leider ist es mir noch nicht gelungen, in ausreichender Weise mit Angehörigen, damaligen Kolleg_innen und Aktivist_innen in Kontakt zu treten, um diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Weil nicht schon wieder ein Jahr ohne ein Gedenken an Mahmud Azhar vorübergehen kann, habe ich mich dennoch dazu entschieden, in diesem Artikel Material über diesen rassistischen Mord zusammenzutragen, um die Erinnerung an ihn in die Öffentlichkeit zurückzutragen.

Mahmud Azhar war seit Mitte der 1970er

Jahre Promotionsstudent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Biochemie der FU Berlin, das 1990 noch in einem Gebäude am Ostpreußendamm 111 in Berlin Lichterfelde untergebracht war. Zum Zeitpunkt seines Todes war er 40 Jahre alt und hätte im Mai 1990 seine Promotion abgeschlossen.

Am Abend des 07. Januars 1990 wurde Mahmud Azhar beim Verlassen des Instituts von dem angetrunkenen DDR-Bürger Thomas H. auf dem Parkplatz vor dem Gebäude angetroffen, rassistisch beschimpft und bedroht:

„Dort setzte der Unbekannte seine Beleidigungen und Beschimpfungen (z.B. Scheiß-Ausländer! Was wollt ihr hier? Deutschland den Deutschen. Ihr habt unsere Arbeitsplätze weggenommen. Ihr sollt verrecken. Dich bringe ich um.) fort.“¹

Azhar versuchte im Institutsgebäude zwei Mal vergeblich die Polizei zu rufen.² Dort wurde er von dem alkoholisierten Täter niedergeschlagen und mit Teilen eines Feuerlöschers am Kopf verletzt. In einem protokollierten Gespräch mit einem Arbeitskollegen erklärte Azhar später, dass er nicht zurückgeschlagen habe, weil „der Täter ein Deutscher sei“ und er gefürchtet habe,

“(…) die Polizei könne ihm (Azhar) die ganze Schuld geben und eventuell seine Ausreise veranlassen, so daß der Abschluß seiner Promotion in Gefahr geraten wäre.”³

Die Westberliner Polizei reagierte erst auf den dritten Notruf, den ein vorbeifahrender Taxifahrer abgesetzt hatte. Mahmud Azhar wurde ins Krankenhaus gebracht. Thomas H. wurde kurzzeitig festgenommen und nach seiner Vernehmung, bei der er sich angeblich an nichts mehr erinnern konnte, wieder freigelassen. Wie nicht anders zu erwarten setzte sich der 25-jährige Täter nach Ostberlin ab, wo er für die Westberliner Behörden

nicht auffindbar war. Noch im Krankenhaus empfing Azhar, als die Ermittlungen bereits angelaufen waren, einen Brief der Staatsanwaltschaft, die ihn darüber informierte, „daß das Verfahren zur Zeit nicht fortgesetzt werden kann, da der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt ist.“ Der Brief endete mit der zynischen Bitte, „[f]alls Sie Kenntnis von seinem Aufenthalt erhalten, bitte ich um Nachricht zu der oben angegebenen Geschäftsnummer.“⁴

Nach zwei Monaten Krankenhausaufenthalt starb Mahmud Azhar in der Nacht vom 05. auf den 06. März 1990 an den unmittelbaren Folgen des auf ihn verübten rassistischen Angriffs.

**„Wir lassen unsere Wut aus,
ein paar Leute sehen hin
- und dann ist alles wieder vergessen.“⁵**

In Berlin gründete sich als direkte Reaktion auf Azhars Tod das „Aktionskomitee Mahmud Azhar“, das zusammen mit mehreren solidarischen und antirassistischen Gruppen wie der Pakistanischen Studentischen Vereinigung, OROMO Horn von Afrika-Zentrum e.V., dem Flüchtlingsrat Berlin, AK Antifa-Info in Moabit und dem AStA FU eine Demonstration und mehrere Mahnwachen organisierte. An der Demonstration am 24. März in Westberlin beteiligten sich 300 Menschen. In der „interim“, einer Zeitschrift der autonomen Szene Berlins, erschien ein von diesen Gruppen verfasster Nachruf unter dem Titel „Wir trauern um unseren pakistanischen Freund Azhar, der letzte Woche, im Alter von 40 Jahren starb, weil er ein Ausländer war“. Darin mahnten die Verfasser_innen:

„Wir alle wissen, daß sich die Überfälle auf AusländerInnen besonders seit dem Wahlerfolgen der Repts und dem am 09. November 89 beginnenden Vereinigungstaumels gehäuft haben. So wurden z.B. im letzten Jahr die beiden türkischen Mitbürger Üzüm Sadik und Ufuk Sahin aus rassistischen Motiven heraus ermordet; so ist auch Azhar nur das vorläufig letzte Opfer des beängstigend zunehmenden Ausländerhasses.“⁶

Eine kontinuierliche Gedenkarbeit für Mahmud Azhar gestaltete sich unter den Vorzeichen der anhaltenden Studierendenproteste sowie dem in der deutschen Einigungsgesellschaft überbordendem Nationalismus und sich weiter verschärfenden rassistischen Klima schwierig. Bereits im Sommer 1990 wurde der öffentliche Umgang mit dem gewaltsamen Tod Mahmud Azhars im „Antifaschistischen Infoblatt (AIB)“ kritisiert:

„Insgesamt wurde der Vorfall in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Ebenso wie der staatliche Rassismus in Form verschärfter Ausländergesetze ist der rassistische Terror auf der Straße kein Thema für die bürgerlichen Medien. Die Zusammenhänge sollen im Dunkeln bleiben.“⁷

Diese erwähnten Zusammenhänge charakterisierte das Aktionskomitee wenige Monate später in einem Flugblatt in aller Deutlichkeit:

„Die Hoffnungen auf mehr Freiheit und Freizügigkeit nach der Öffnung der Mauer wandelten sich für einen Teil der Bevölkerung Berlins in einen Alptraum. Ost-Berlin und Teile West-Berlins sind v. a. für ImmigrantInnen, Flüchtlinge und schwarze Deutsche faktisch zum gesperrten Gebiet geworden. Rassistische Beschimpfungen und tätliche Angriff von Neo-Faschisten und Skinheads und von ganz ‚normalen‘ BürgerInnen und die letztliche Mittäterschaft der passiven ZuschauerInnen sind Alltag geworden.“⁸

Dabei existierte sogar in den Führungsebenen der Freien Universität Berlin ein rudimentäres Bewusstsein für diese gesellschaftlichen Verhältnisse und die Bedeutung des rassistisch motivierten Mordes an Azhar. In einem internen Vermerk an den Präsidenten der FU Berlin hieß es in nüchterner Verwaltungssprache:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Fall im gegenwärtigen politischen Klima bei der Presse und in der Öffentlichkeit ein besonderes Interesse auf sich zieht. Es wird vorgeschlagen, daß die FU auf den Tod des Herrn Azhar mit einer Todesanzeige bzw. einem Nachruf reagiert, die/der Besonderheit des Falles Rechnung trägt.“⁹

Auf Initiative von Azhars Kolleg_innen im Institut für Biochemie entstand ein Nachruf, der in der Info-Zeitschrift der Universität, dem fu info, abgedruckt wurde. Dabei beließ man es. Das Aktionskomitee Mahmud Azhar sah sich bald gezwungen das Präsidium der FU dafür zu kritisieren, dass darüberhinaus nie ein Nachruf in den Berliner Tageszeitungen veröffentlicht wurde, der eine breitere Öffentlichkeit erreicht hätte.

Überhaupt nahm der universitäre Umgang mit dem gewaltsamen Tod Mahmud Azhars groteske Züge an. Die FU-Verwaltung verwehrte seinen Angehörigen nach dessen Tod vorerst das Sterbegeld und verschleppte die finanzielle Unterstützung für die Überführung des Leichnams nach Pakistan. Erst mehrfache Beschwerden von Institutsangestellten und studentischen Initiativen konnten die FU zu einem sogenannten

„unbürokratischen“ Umgang bewegen. Im Akademischen Senat (AS) der Freien Universität entwickelte sich eine lange Diskussion um die Mahntafel, die zum Gedenken an Azhar am Institut für Biochemie angebracht werden sollte. Da ein endgültiger Termin für einen Gerichtsprozess lange nicht feststand und tatsächlich erst ein dreiviertel Jahr nach Azhars Tod angesetzt wurde, verzögerten die zuständigen FU-Stellen eine Entscheidung über die Inschrift der Gedenktafel. Da noch keine juristische Verurteilung stattgefunden hätte, argumentierte man, dass über das rassistische Tatmotiv angeblich keine Klarheit bestehen würde. Ein Verweis auf den rassistischen Hintergrund des Angriffs oder gar die Bezeichnung ‚rassistischer Mord‘ hätte damit nach Einschätzung der FU-Offiziellen juristisch keinen Bestand gehabt.

Dabei ging bereits aus den dem Präsidium bekannten Gedächtnisprotokollen einiger Zeug_innen hervor, unter welchen rassistischen Parolen Mahmud Azhar schließlich zusammengeschlagen wurde.

Tatsächlich beteiligte sich die Universität nicht als Nebenklägerin am Verfahren gegen Thomas H. Wiederholt wurden die verantwortlichen Stellen dafür kritisiert und aufgefordert, sich in dem Strafverfahren zu engagieren. Nach Prüfung durch das Rechtsamt der FU und dem Anwalt, der die Angehörigen Mahmud Azhars vertrat, schien eine Beteiligung an dem Verfahren, das Ende des Jahres 1990 begann, als Nebenklägerin wohl nicht möglich zu sein.

„Wir dürfen den Prozeß nicht unbeobachtet vorbei gehen lassen.“¹²

Angehörige, Kolleg_innen und Unterstützer_innen mussten mehrere Monate in Ungewissheit verbringen, bis das Gerichtsverfahren gegen den Mörder von Mahmud Azhar am 17. Dezember 1990 eröffnet wurde.

In einem Ende Juli in der taz veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Wird der Täter überhaupt bestraft?“¹³ wurde berichtet, dass Thomas H. „unbehellig“ in der DDR leben konnte, weil die Westberliner Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen ihn für „un-

Eine tiefere Auseinandersetzung mit Rassismus als Ursache für den Tod Azhars fand nicht statt

Außer durch einen AS-Beschluss am 09. Mai 1990 rührte sich die Freie Universität öffentlich weiter nicht. Der Beschlusstext geriet zudem äußerst unverbindlich:

„Aus Anlaß des Todes von Mahmud Azhar ruft der Akademische Senat alle Angehörigen der FU auf, gegen Rassismus und zunehmende Ausländerfeindlichkeit aktiv Stellung zu beziehen.“¹⁰

Eine tiefere Auseinandersetzung mit Rassismus als Ursache für den Tod Azhars und dessen Bedeutung als gesellschaftsimmanentem Unterdrückungsverhältnis, das auch vor einer Hochschule und deren Mitgliedern nicht halt macht, lässt sich darin nicht erkennen. Die Tageszeitung hatte noch im März des selben Jahres geschrieben:

„Weder die Ausländerbeauftragte noch die Freie Universität wollten sich näher zu dem Fall äußern. Der FU ist bislang offenbar nicht mehr eingefallen, als gegen den Täter Anzeige wegen Sachbeschädigung zu erstatten, weil dieser beim Angriff auf den pakistanischen Wissenschaftler einen Feuerlöscher kaputt gemacht hatte. Die Ausländerbeauftragte wollte sich erst einmal mit den Hintergründen vertraut machen, bevor sie eine ausführlichere Stellungnahme abgibt.“¹¹

verhältnismäßig“ hielt. Schließlich wurde das Verfahren ganz an die sich in chaotischer Umstrukturierung befindende Justiz der DDR übergeben. Die im Zeitungsartikel eingangs gestellte Frage konnte zu diesem Zeitpunkt mit ‚möglicherweise gar nicht‘ beantwortet werden.

Die Hoffnung auf ein „gerechtes“, zumindest aber scharfes Urteil schien unter den Unterstützer_innen nicht besonders groß. Diese Skepsis nährte sich so auch aus den Erfahrungen anderer Prozesse, wie das Antifaschistische Infoblatt aus Berlin herausstellte:

„Wenn es überhaupt in diesem Fall zu einem Gerichtsverfahren kommt, ist zu erwarten, daß die Tat wieder einmal zum „Einzelfall“ erklärt werden wird. Schließlich wollten bei dem Mörder von Ufuk Sahin weder Gericht noch Staatsanwaltschaft in AusländerInnenhaß und Rassismus einen Grund für die Tat erkennen und sorgten für ein mildes Urteil.“¹⁴

Ähnliches äußerte auch das Aktionskomitee Mahmud Azhar über ein Flugblatt. Es sei unklar, ob das Gericht wirklich versuchen würde, den rassistischen Hintergrund der Tat aufzuklären oder ob sie wie üblich

**DO YOU
REMEMBER
MAH-MU
AZH-AH?**





als Einzelfall ohne rassistisches Motiv ver-
harmlost werden würde. Weiter heißt es:

„Deutschland den Deutschen‘ und ‚Ich bin
Deutsch, du hast hier keine Rechte‘ rief der Tä-
ter Mahmud zu. Diese Sätze sind nicht Aussagen
‚eines isolierten Einzelnen‘; sie werden immer
deutlicher zur Grundlage deutscher Politik.“¹⁵

Am 20. Dezember 1990 erging das Urteil
gegen den Mörder Azhars. Der Täter wurde
nur zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt.

„Daß Rassismus das Motiv für den Überfall
sein könnte, hielt [Staatsanwalt] Wedhorn für
nicht beweisbar, obwohl der Angeklagte sein
Opfer mit ausländerfeindlichen Sprüchen be-
leidigt habe. Im Zweifel müsse für den Ange-
klagten entschieden werden. Eine Verurteilung
wegen ‚Körperverletzung mit Todesfolge‘ hielt
Wedhorn für falsch, da der Tod des Opfers für den
Angeklagten zur Tatzeit ‚nicht vorhersehbar‘
gewesen sei. (...) Das Gericht schloß sich in sei-
ner Urteilsbegründung weitgehend den Ausführ-
ungen der Staatsanwaltschaft an, blieb jedoch
noch unter dem Strafmaß, das der Verteidiger
für seinen Mandanten vorgeschlagen hatte. Der
Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde auf-
gehoben.“¹⁶

„Mahmud Azhar wird in der Liste der Todes-
opfer rechter Gewalt genannt, weil er aufgrund
einer rassistischen Motivation des Täters getö-
tet wurde. Er hat in der Liste jedoch die Ziffer
,0‘, weil eine Anerkennung von offizieller Seite
durch die Bundesregierung ausgeschlossen wer-
den kann. Die Bundesregierung führt eine Sta-
tistik über Todesopfer rechter Gewalt nämlich
erst ab dem 3. Oktober 1990. Infolgedessen wird
Mahmud Azhar von der offiziellen Statistik nicht
erfasst.“²⁰

Dazu sollte angemerkt werden, dass sich
die Zahl der von der Bundesregierung aner-
kannten Morde erheblich etwa von den Sta-
tistiken der Amadeu-Antonio-Stiftung un-
terscheiden – 58 zu 183.

„Wer erinnert sich noch an Mahmud Azhar?“²¹

Die langen politischen Auseinandersetz-
ungen um die geplante Gedenktafel en-
deten mit dem rechtsgültig gewordenen
Gerichtsurteil. Am 15. Januar 1991 wur-
de die Gedenktafel für Mahmud Azhar im
Institut für Biochemie im Ostpreußen-
damm 111 in Berlin Lichterfelde enthüllt.
Das Institut ist vor Jahren aus diesem Gebäu-
de ausgezogen. Heute sitzt hier eine Mar-

Eine von außen nicht sichtbare Tafel ist das einzige Relikt der Erinnerung an Mahmud Azhar

Neben den vielen negativen Reaktionen
fiel das Urteil der Berliner Morgenpost dage-
gen geradezu abscheulich aus. Titel des Pro-
zessberichts: „Das Gericht trotzte öffentli-
cher Vorverurteilung.“¹⁷

Der Ausgang dieses Gerichtsprozesses
legt sich fast wie eine Blaupause über vie-
le folgender Verfahren, die sich mit Mor-
den durch Rassismus und Neonazismus aus-
einandersetzten. Sofern diese Verbrechen
überhaupt vor Gericht gebracht wurden.¹⁸
Die Geschichte jedes einzelnen Mordes ist
für sich genommen eine Gräueltat, schwer
zu fassen, erschütternd und in ihrer gesell-
schaftlichen Ahndung oder etwa Präventi-
on unfassbar unzureichend und perfide. Es
lässt sich insgesamt schnell feststellen, dass
„rechtsextreme [ebenso wie rassistische;
Anmerk. d. Verf.] Gesinnungen oder Motive
in Prozessen zwar zur Kenntnis genommen,
aber im späteren Urteil nicht als tragend be-
wertet [wurden].“¹⁹ Eine juristische Neube-
handlung liegt auch beim Mord an Mahmud
Azhar ebenso wie eine Anerkennung von of-
fizieller Seite in weiter Ferne:

ketingfirma. Wem nützt eine dort von au-
ßen nicht sichtbare Gedenktafel heute? Wen
mahnt sie und wen erinnert sie an Mahmud
und dessen gewaltsamen Tod?

Die Tafel ist das einzige Relikt der Erin-
nerung an einen Menschen, der nie hätte
vergessen werden dürfen. Das ist umso un-
erträglicher, wenn man die offizielle Erinne-
rungspolitik und die rege Selbstvermarktung
dieser Universität betrachtet. Hier rühmt
man sich mit den vielen internationalen
Gästen aus Politik, Wissenschaft und Kul-
tur, deren Besuche für die Weltoffenheit der
FU stehen sollen. An anderer Stelle hängen
die überdimensionalen Porträtfotos der po-
pularsten Alumni, mit denen sich diese Ein-
richtung schmückt.

Es gibt keine Gedenkveranstaltungen, kei-
ne Hinweise in Publikationen und auf Web-
seiten der Universität, kein öffentliches Ge-
denken. So als hätte es diesen rassistischen
Angriff, als hätte es den FU-Wissenschaftler
Mahmud Azhar hier niemals gegeben. So als
wäre solch eine Tat an einer Universität wie
dieser undenkbar.

„Rassismus in den Universitäten, im Zentrum gesellschaftlicher Aufklärung? Die aufgebrachten Reaktionen machen deutlich, daß viele diese Realität einfach nicht wahrhaben wollen.“²²

Dabei setzt sich die Liste der Vorfälle von rassistischen Übergriffen Dozierender, über immer neue rassistische und neonazistische Klosprüche an der FU bishin zu bekannten Fällen, in denen Mitglieder der Neuen Rechten Lehraufträge an Instituten wahrnehmen konnten, noch heute weiter fort.

Die derzeitigen Zustände sind dabei einer seit Jahrzehnten anhaltenden Entwicklung gefolgt. Aus der oben zitierten Broschüre der Antirassistischen Aktion (ARA) der FU Berlin heißt es an anderer Stelle weiter:

„Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Neofaschismus und Rechtsextremismus an der FU darf nicht ‚bloß akademisch‘ bleiben; sie muß verstärkt Bezug nehmen erstens auf die Sonderverantwortung einzelner Fachdisziplinen und zweitens auf diejenigen Faktoren, die besonders Studentinnen und Studenten für rechtsextre-

Oder wie es eine Einzelperson Anfang 1991 in der interim als Resümee zum beendeten Prozess gegen Thomas H. formulierte:²⁷

„übrigens war am zweiten prozeßtag –trotz breiter mobilisierung– kaum eine/r aus der ‚szene‘ im saal, was einmal damit zu tun haben könnte, daß prozesse eh selten besucht werden, oder damit, daß viele die hier vertretene position –nicht hinzugehn– von vornherein klar hatten und wegblieben -- vielleicht auch damit, daß mahmud azhar keiner ‚von uns‘ war -- vielleicht hat es aber auch damit etwas zu tun, daß mahmud ‚ausländer‘ gewesen ist?“²⁸

Dass heute zudem nach Bekanntwerden der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ von einem „neuen Ausmaß rechter Gewalt“ gesprochen wird, könnte den Eindruck erwecken, als hätten Rassismus und Neofaschismus erst seit der „Zwickauer Terrorzelle“ Todesopfer gefordert. Dass die 183 bekannten Mordopfer rassistischer und neonazistischer Gewalt dagegen vergessen werden, nie erinnert oder offiziell anerkannt wurden²⁹, wird dabei genauso ausgespart,

Dringlicher scheint viel mehr zu sein, einen Menschen in das Gedächtnis dieser Universität zu rufen, an der es überhaupt möglich war, dass er vergessen wurde.

mistische Anschauungen anfällig machen könnten. Insofern muß die Universität Raum auch für ‚erzieherische‘ Prozesse schaffen. Es ist in diesem Zusammenhang ein Armutszeugnis, daß an der FU bisher nicht einmal ein Aktionstag möglich war, wie er am 29. Januar 1993 an der Technischen Universität stattfand²³, daß die finanziellen Mittel für die Gedenkstättenfahrten des Pfiff gestrichen wurden.“^{24 25}

Ebensowenig wie die deutschen Bildungseinrichtungen bei einer kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus ausgespart werden dürfen, sollten bei einer Betrachtung der rassistischen Zustände an den Universitäten die gesellschaftlichen Verhältnisse außer Acht gelassen werden.

Erinnerungspolitik

Mahmud Azhar scheint auch in der Linken hierzulande vergessen worden zu sein. Das macht auf ein Problem aufmerksam, mit dem sich eine linke Erinnerungspolitik auseinandersetzen beziehungsweise auseinandersetzen muss: „Es reicht nicht, Opfer zu sein, um Öffentlichkeit in linken Milieus zu bekommen.“²⁶

wie eine nie stattgefundene Auseinandersetzung mit dem innerhalb dieser Gesellschaft tagtäglich auftretenden Rassismus.

Im Januar 2014 jährte sich der rassistische Angriff auf Mahmud Azhar zum 24. Mal.

Die Chancen für eine offizielle Erinnerung an seinen Tod und das dem zugrunde liegende rassistische Tatmotiv liegen unter den jetzigen Verhältnissen denkbar schlecht.

Das allein kann aber nicht Ziel einer linken Gedenkpolitik sein. Dringlicher scheint viel mehr zu sein, einen Menschen in das Gedächtnis dieser Universität zu rufen, an der es überhaupt möglich war, dass er vergessen wurde.

Endnoten:

- 1 Gedächtnisprotokoll eines Angehörigen. Archivarischer Verweis auf Anfrage. Das betrifft alle nicht-publizistischen Quellenverweise.
- 2 Bis heute ist nicht geklärt, warum die Westberliner Polizei auf die beiden ersten Notrufe nicht reagierte.
- 3 Gedächtnisprotokoll eines Arbeitskollegen.
- 4 Staatsanwaltschaft bei dem Landesgericht Berlin, Brief an Mahmud Azhar, 29.01.1990.
- 5 Diskussionsbeitrag bei einer Veranstaltung der Pakistanischen Studentischen Vereinigung „Zum gewaltsamen Tod Mahmud Azhar“, s. tageszeitung, 19.03.1990. Titel des Artikels: „Wettlauf gegen das schnelle Vergessen“.
- 6 Interim, Nummer 95, 22.03.1990, S. 9.
- 7 Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 11, Mai-Juni 1990, S. 36, „Rassistischer Mord in Westberlin“.
- 8 Schlusswort eines Anfang Dezember verteilten Flugblatts zum Prozessbeginn gegen Thomas H. Aufrufende: Aktionskomitee Mahmud Azhar, Antirassistische Initiative, „Ausländer“Innen-Referat AStA FU, Antifa-Kontaktstelle (AStA FU), Oromo-Zentrum.
- 9 Interner Vermerk des Präsidiums der FU, 12.03.1990.
- 10 Beschlußprotokoll der 396. Sitzung des Akademischen Senats am 09.05.1990, Beschluß-Nr. 369/2505/90.
- 11 taz, 16.03.1990.
- 12 s. Fußnote 8
- 13 taz, 25.07.1990.
- 14 Antifaschistisches Infoblatt Nr. 11, Mai-Juni 1990, S. 36, „Rassistischer Mord in Westberlin“.
- 15 Flugblatt zum Prozessbeginn Anfang Dezember 1990.
- 16 taz, 21.12.1990.
- 17 Berliner Morgenpost, 22./23.12.1990.
- 18 Das betrifft im Gegenteil etwa die Morde an Grigore Velcu und Eudache Calderar, die bis heute nicht aufgeklärt wurden. Die Umstände ihrer Ermordung werden in der 2012 erschienenen Dokumentation „Revision“ thematisiert. Vgl. <http://www.revision-film.eu/index69c5.html?id=1&lang=de>.
- 19 Jungle World, Nr. 27, „Schuld war nur der Alkohol“, 4. Juli 2013.
- 20 <http://www.opferfonds-cura.de/zahlen-und-fakten/erinnerungen/januar/mahmud-azhar>.
- 21 Flugblatt zum Prozessbeginn Anfang Dezember 1990.
- 22 Atirassistische Aktion (ARA) FU Berlin, „Scheiss drauf. Rassistische und faschistische Schmierereien an der FU“, 1993, S. 4.
- 23 An diesem Tag fand an der Technischen Universität Berlin ein „Hochschultag gegen Faschismus und Rassismus“ mit Vorträgen, Diskussionen und Workshops statt.
- 24 Das Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFF) war ein im UniMut-Streik 1988/89 entstandenes Studierendenprojekt am Geschichtsinstitut der FU.
- 25 ARA, Rassistische und faschistische Schmierereien, S. 11.
- 26 Jungle World, Nr. 49, „Erinnern mit links“, 06.12.2012.
- 27 Wobei die gewählte Formulierung bereits einen Teil des Problems darstellt, dass diese Person zu kritisieren versucht: eine Konstruktion und Gegenüberstellung des „Wir“/„Uns“, als Teil der „Szene“, und des als abweichend empfundenen „Anderen“.
- 28 Interim, Nr. 129, „Der Prozess um den Tot Mahmud Azhar's. – Kritik am Aufruf zum Prozess“, 10.01.1991, S. 25.
- 29 Vgl. „183 Todesopfer rechter Gewalt“, eine Übersicht des Opferfonds Cura der Amadeu-Antonio-Stiftung. <http://www.opferfonds-cura.de/zahlen-und-fakten/todesopfer-rechter-gewalt>.

„An der Uni hat niemand ein Interesse daran, Rassismus zu bekämpfen.“

Wandji Chamberlin ist Antirassismus-Referent im RefRat der Humboldt-Universität. Wir haben uns mit ihm getroffen um über seine Erfahrungen mit Rassismus an der Hochschule zu sprechen.

Das Interview führte Nora Huberty

Bevor wir anfangen, würde ich mich gern erst einmal vorstellen. Mein Name ist Wandji Chamberlin. Ich komme aus Kamerun, wo ich mich bereits längere Zeit politisch engagiert habe. Seit ich 2004 als Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland gekommen bin, habe ich mich mit der Situation der Flüchtlinge hier und mit dem Kampf um Menschenrechte beschäftigt. Mein Studienabschluss aus Kamerun, den ich 1998 erhalten habe, wurde in Deutschland nicht anerkannt, weshalb ich mich 2009 dazu entschied, ein weiteres Studium aufzunehmen, nämlich Agrarwissenschaft. Ich bin noch jung und kann in dem Bereich noch viel lernen. So bin ich an der Humboldt-Universität gelandet.

Als ich an der HU ankam, war mir sofort nach den ersten Stunden, den ersten Tagen klar, dass hier etwas nicht stimmt. Ich war nicht überrascht, denn wahrscheinlich war ich unbewusst schon irgendwie vorbereitet. Wenn man – auch als Flüchtling – viel unterwegs ist und schon allein im Alltag auf der Straße viel Diskriminierung erlebt, erwartet man nicht, dass das in der Universität komplett anders ist, denn die ist ja auch ein Teil der Gesellschaft. Aber man erwartet, dass es dort weniger ist als das, was man auf der Straße erlebt. Leider war das nicht der Fall.

Deshalb entschloss ich mich dazu, mich in der Hochschulpolitik zu engagieren: Ich habe mich fürs Studierendenparlament (StuPa) beworben. Ich kannte eine ähnliche

Struktur schon aus Kamerun, wo auch eine Studierendenvertretung gewählt wird.

Ich habe dafür eine Werbekampagne gemacht [lacht]. Während dieser Kampagne habe ich dann erlebt, was ich schon vorher von anderen Menschen gehört hatte: Als ich an der Uni meine Flyer verteilte und sagte, ich möchte gern ins StuPa, da gab es plötzlich Zurückhaltung. Leute schauten mich skeptisch an und meinten: „Möchtest du etwa unsere Kanzlerin sein?“ Das war als Witz gemeint, aber ich denke, unterschwellig wollten sie es einfach nicht akzeptieren, dass ich mich als Ausländer, noch dazu als Schwarzer für sie engagieren wollte. Einige haben versucht, das mit der Obama-Geschichte zu verknüpfen, aber darauf bin ich nicht eingegangen. Das war schon zu merken, diese Angst war einfach zu spüren.

Dann warst du im StuPa...

Das StuPa ist eigentlich nicht nur für die gewählten studentischen Vertreter_innen da, sondern jedes studentische Mitglied der Universität darf bei einer StuPa-Sitzung dabei sein und Fragen stellen, die Sitzungen sind öffentlich. Als ich zum ersten Mal dort auftauchte, kam sofort ein Studi auf mich zu und fragte, ob er mir helfen könne. Er behandelte mich so, als hätte ich mich verirrt. Er konnte sich offenbar nicht vorstellen, dass ich ein Student sei oder einfach eine interessierte Person. Warum soll mich in einem Raum innerhalb der Uni, der für alle Studierenden zugänglich ist, noch jemand fragen, ob er mir helfen könne? Oder anders herum: Wenn dieser Typ nicht zum StuPa hätte kommen wollen, wäre er nicht ge-

kommen, aber wenn er kommt, fragt keiner nach, ob man ihm helfen könne.

Ich finde das lustig, gleichzeitig nehme ich das aber auch sehr ernst, denn es entspricht genau den Gedanken, die in den Köpfen der Studierenden schon ausgeprägt sind. Da gibt es einfach schon Grundlagen, die die rassistische Struktur und die Diskriminierung unterstützen. Ich will diesen Menschen nicht mit Härte begegnen, sondern zeigen, was unbewusster Rassismus ist – manchmal versucht man einfach, ein gewisses Verständnis für sie zu haben, nach dem Motto, „Ja, da wusste er nicht, was er tut oder sagt, er ist zu naiv oder dumm“, aber er ist weder dumm noch naiv. Denn sonst könnte man ihn fragen, warum hast du den anderen Typen da oder die Frau nicht gefragt, warum fragst du speziell diese Person? Wenn du diese Frage stellst, wird man dir antworten: „Hey, das war nicht böse gemeint!“

Wenn ich eine Lehrveranstaltung an der HU besuche, dann lege ich meistens meine Tasche auf den einen Sitz neben mir und meine Jacke auf den anderen und breite mich richtig aus. Warum? Weil es mir einfach schon zu oft passiert ist, dass meine Umgebung komplett leer bleibt. Wenn die Leute reinkommen und sich nach Sitzplätzen umschauen und sie sehen genau, dass bei mir eine Menge Platz frei ist, dann schauen sie trotzdem erst einmal woanders. Und sie setzen sich erst in meine Nähe, wenn sie keine andere Möglichkeit mehr haben. Dann überlege ich mir, ob ich meine Tasche wegnehme, denn eigentlich möchte ja keiner neben mir sitzen. Also setze ich mich bequem.

Wenn dich plötzlich jemand als Neugierdeobjekt entdeckt und dir mit dieser Neugier dann noch nah kommt, um dich zu beobachten, zu fassen, dann kommen die üblichen Fragen: „Wo kommst du her? Kommst du klar? Wenn du Hilfe brauchst, oder was nicht verstehst, dann kannst du mich fragen.“ Weißt du, der Typ oder die Frau weiß nicht, wer du bist, was du für Fähigkeiten hast, sie hat keine Ahnung über deine Sprachkenntnisse oder deine Schwierigkeiten. Aber diese Art vermittelt dir sofort, dass du mangelnde Fähigkeiten hast und deshalb bietet sie dir ihre an. Mit diesen ganzen rassistischen Klischees bist du konfrontiert. Andere fragen dich: „Warum bist du nach Deutschland gekommen? Warum konntest du nicht in deinem Land studieren?“ Egal, was du antwortest, es kommen immer weiter Fragen und das eigentliche Ziel ist es, dich mit Füßen zu treten, dir zu sagen: „Du Armer!“

Wenn du solche Erfahrungen machst, musst du dann einfach selbst damit klar kommen oder

gibt es Strukturen an der Uni, wo du dich hinwenden kannst? Gibt es Schutzräume, wo Menschen aufgefangen werden?

Nein. Als ich herkam, habe ich lange gesucht, ob es solche Strukturen gibt und ich musste feststellen, es gibt sie nicht. Hier im RefRat gab es schon ein Antirassismus-Referat. Wenn es also nur um den Namen geht, dann gibt es die Strukturen. Eigentlich ist es das Übliche: Wir gründen eine Struktur. Die Struktur soll nur dazu dienen, der Welt zu zeigen, dass wir ein Phänomen bekämpfen. Aber in der Realität bekämpfen wir das Phänomen nicht, sondern wir leben damit und um uns davon abzulenken, haben wir die Struktur. Wenn es dieses Antirassismus-Referat also gibt, ist die Frage nämlich eigentlich, ob der Raum des Referats überhaupt frei von Rassismus ist. Und da ist meine Antwort sofort und ohne Überlegung: Nein. Absolut nicht. Es gibt noch viel zu tun.

Ich sitze hier in einem /weißen/ Raum und ich sehe vor mir Menschen, die potentiell Rassist_innen sind, weil sie zu dieser Struktur gehören. Sie sind durch rassistische Erziehungsmaßnahmen geprägt worden – deswegen kann man nicht erwarten, dass sie nicht Rassist_innen sind. Aus Unwissen sind diese Menschen Rassist_innen, das heißt sie reproduzieren das in ihrem Alltag ohne es vielleicht zu bemerken. Aber die Frage ist, sind sie bereit, ihr eigenes Verhalten zu analysieren und sich selbst kritisch zu hinterfragen? Sie müssen mir nicht beweisen, dass sie nicht rassistisch sind, das müssen sie sich selbst beweisen. Ich habe mir gesagt, dass ich mich hier als Antira-Referent nicht als ein Spielball benutzen lassen werde. Ich will meine Arbeit wirklich so durchführen, dass etwas an der Uni-Struktur geändert wird, sodass die Menschen, die wirklich rassistische Diskriminierung erleben, einen richtigen Schutzraum bekommen.

Welche Strukturen gibt es auf Uni-Ebene?

Auf der Verwaltungsebene gibt es neben der Frauenbeauftragten und dem Behindertenbeauftragten keine richtige Stelle, wo sich rassistisch diskriminierte Personen beschweren können und angemessene Unterstützung bekommen. Ich habe erst kürzlich von der Leiterin des Präsidialamtes erfahren, dass sie eigentlich zuständig für Diskriminierung in der Universität sei. Das wusste niemand. Dies ist eine /weiße/ deutsche Person, die eine Stelle besetzt, für die sie keine Qualifikation hat. Und es ist schon klar, dass diese Stelle von der Uni nur gegründet wurde, um sich für die Exzellenzinitiative bewerben zu können. In der Uni-Leitung gibt es kein tiefer gehendes Interesse daran,

Rassismus an der Uni zu bekämpfen. Nicht-/weiße/ Studierende sind tagtäglich rassistischen Äußerungen von Dozierenden oder Kommiliton_innen ausgesetzt. Das Problem ist, dass es auch keine Verordnung der Universität gibt, die besagt, dass Rassismus oder ganz allgemein Diskriminierung bestraft wird oder wenigstens nicht toleriert.

Einmal bin ich selbst von der Poststelle der HU diskriminiert worden, als sie mir ganz explizit und in Anwesenheit von Zeug_innen gesagt haben: sie diskriminieren mich, weil ich Schwarz bin. Ich habe mich an die Uni gewendet und Beschwerde eingelegt, aber die Uni hat den Leuten von der Post zugehört und nicht mir. Stattdessen haben sie mir eine Stellungnahme geschickt. Darin schrieben sie, die Leute von der Post hätten gesagt, ich hätte sie mit Hitler verglichen. Die Uni hat nicht versucht, mit mir Kontakt aufzunehmen, sondern sie haben die Täter_innen gefragt.

Seitdem organisieren wir auch jedes Jahr ein dreitägiges Seminar zum Thema Rassismus im deutschen Bildungssystem. Dieses Jahr versuche ich, die Uni-Leitung mit einzubeziehen. Das letzte Mal haben wir den Präsidenten eingeladen, er hat dann ein Grußwort gesprochen und auch die Podiumsdiskussion mitverfolgt. Daraus haben sich regelmäßige Gespräche zwischen mir und ihm ergeben. Auf dem nächsten Seminar werden wir den Stand dieser Gespräche erläutern und versuchen, auch mit den Leuten, die im Landrat sitzen und unsere Interessen teilen, die Situation zu ändern.

Gibt es Forderungen, die du an die Uni stellst?

Wir haben angeboten, eine Antidiskriminierungsstelle in der Uni zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Stelle nicht von einer /weißen/ Person besetzt werden sollte, weil Rassismus keine Theorie ist, die man rational verstehen kann, sondern es ist ein Gefühl. Und wenn auf dieser Stelle jemand das Gefühl nicht spüren kann, dann kann diese Person die Opfer nicht unterstützen.

Zu unseren Forderungen gehört auch, dass jährlich ein obligatorisches antirassistisches Training für die Uni-Mitarbeiter_innen angeboten wird. Natürlich weiß ich, dass das rechtlich nicht so einfach umzusetzen ist, aber wir wollen das auf jeden Fall mit dem Präsidium besprechen. Theorie soll auch da sein, denn Theorie muss man vorher erst einmal diskutieren, vielleicht über Begriffe sprechen. Und alle sollen sich daran beteiligen, nicht nur diejenigen, die vielleicht schon mehr darüber wissen. Die Theorie

muss aber auch ein Ende haben, damit die Praxis anfangen kann.

Welche Strukturen gibt es noch?

Seit ein paar Monaten gibt es eine Struktur namens AK UniWatch [an der HU, Anm. d. Red.]. Leider muss ich sagen, dass die nicht immer gut besetzt ist, obwohl der Zweck dieser Struktur wirklich gut ist. Wenn man nur auf den Zweck schaut und die Botschaft, dann ist das gut. Aber mit den Menschen, die dahinter stecken, habe ich die Erfahrung gemacht, dass sie selbst ihren eigenen Rassismus nicht sehen wollen, obwohl sie gegen rassistische Strukturen kämpfen.

Der AK UniWatch kann zwar politische Arbeit machen, aber ich als Antira-Referent kann darüber hinaus wirklich die Uni unter Druck setzen und die Menschen sogar rechtlich unterstützen. Für sie war das Seminar zu Rassismus im deutschen Bildungssystem zum Beispiel eine gute Gelegenheit für Werbung, um Flyer zu verteilen und den AK UniWatch an der Uni bekannt zu machen. Das hat mich geärgert. Ich sagte ihnen, dass ich offen sei für eine Zusammenarbeit, nur sollte es kein Durcheinander geben, weil wir uns schon in einem längeren Prozess der Auseinandersetzung mit der Uni-Leitung befinden, den ein großes Durcheinander potentiell gefährden kann. Wir stecken hier schon seit mehr als einem Jahr in diesem Prozess und sie kommen irgendwann und wollen das übernehmen. Ich habe ihnen geschrieben, dass ich ihre Organisation wirklich gut finde, aber dass die Art und Weise, mit der sie mich behandeln überhaupt nicht der Grundlage für eine Zusammenarbeit entspricht.

Es gibt also Strukturen sowohl auf Uni-Ebene als auch auf studentischer Ebene, aber das sind nur Namen. Das sind leere Versprechungen. Wenn man schaut, was sich hinter den Namen verbirgt, wird die Enttäuschung sehr groß sein.

Ich hab immer das Gefühl, dass es zwar an der Uni Raum dafür gibt, sich als /weiße/ Person auf einer theoretischen Ebene mit Rassismus auseinander zu setzen, aber dass es dann daran scheitert, das in die Praxis umzusetzen.

Ein Beispiel dazu: Dort draußen steht das Denkmal für Hegel. Wir an der Uni wissen doch, wer Hegel war und welche Rolle er in der Wissenschaft und im intellektuellen Raum für die Einpflanzung und Legitimation von Rassismus in Bezug auf Kolonialismus und Sklaverei in Deutschland gespielt hat. Wie können wir das also tolerieren? Dass jemand wie der ein Denkmal gesetzt bekommt? Natürlich war er Philosoph. Ist es

wirklich möglich, nur seine Errungenschaften für die Philosophie zu ehren? Gleichzeitig gibt es an der HU nirgendwo ein Denkmal für die Opfer von Kolonialismus und Sklaverei. Der Täter wird geehrt und die Opfer werden einfach ignoriert und vergessen. Und diese Art zeigt schon, wie die Uni mit diesem Thema umgehen möchte.

Aber wir als Studierende müssen auch in der Lage sein, diese Ungerechtigkeit und diese Ablehnung von Verantwortung zu erkennen. Viele Menschen haben aufgrund der Äußerungen und der rassistischen Überlegungen dieses Mannes gelitten. Aber die Antwort ist: Nein, das kümmert uns nicht, wir sind eine Uni. Wir sind eine intellektuelle, wissenschaftliche Institution. Das ist doch paradox. Da stehe ich hier als Schwarzer und niemand ist bereit, mir beizustehen und zu sagen, „Es tut mir Leid, was hier passiert.“

Wir machen diese Theorien, diese wissenschaftlichen Analysen unsterblich, indem wir ihm ein Denkmal setzen. Es wurde sogar gerade ein neuer Zaun um das Denkmal gebaut. Ich habe mehrfach in vielen Veranstaltungen an der Uni darüber gesprochen, aber es kommt gar nichts zurück. Ich kann nicht verstehen, dass man damit leben kann.

Wie bewertest du das Portal Uni-Assist, über das sich Student_innen mit nicht-deutschem Abitur auf einen Studienplatz in Deutschland bewerben müssen?

Uni-Assist wird auch ein Thema bei unserem nächsten Seminar zu Rassismus im deutschen Bildungssystem sein, weil das auch eine ganz explizit rassistische Struktur ist. Ungefähr 150 Hochschulen sind Mitglied bei Uni-Assist, zum Beispiel auch die HU – wobei wir in letzter Zeit sehr viel Druck aufgebaut und so viele Beschwerden eingereicht haben, dass die HU gerade ihre Mitgliedschaft kündigen will.

Die Vorgehensweise von Uni-Assist ist an sich schon diskriminierend: Studienbewerber_innen aus Europa und den USA zahlen fast keine Gebühr oder jedenfalls eine sehr niedrige, Bewerber_innen aus Lateinamerika bezahlen ein bisschen höhere Gebühren, die aus Asien ein bisschen mehr und zum Schluss bezahlen Studienbewerber_innen aus dem afrikanischen Raum das fünf- bis sechsfache von dem, was Menschen aus den USA oder der EU bezahlen. Die Bewerbungsunterlagen sind dieselben, du musst dein Abiturzeugnis oder dein Diplom einreichen, deine Geburtsurkunde, und die werden genau gleich bewertet. Es gibt keine Begründung von Uni-Assist für die unterschiedli-

chen Beträge der Gebühren.

Fast 75% der Bewerbungen aus dem afrikanischen Raum werden nicht angenommen oder nicht bearbeitet – mit der Begründung, es habe etwas gefehlt oder die Unterlagen seien zu spät gekommen. Aber das entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe das selbst mal erlebt, als ich meine eigene Bewerbung mehrere Wochen vor Bewerbungsschluss eingereicht und auch die Gebühr bezahlt habe und dann eine Ablehnung erhielt, in der es hieß, die Unterlagen seien so spät eingetroffen, dass sie nicht mehr bearbeitet werden konnten. Sie machen das, weil sie wissen, dass die Menschen weit weg sind, wo sie keine rechtlichen Schritte einleiten können.

Wir haben hier an der HU beim Immatrikulationsamt gefragt, wie es vorher war: Es haben einfach alle ihre Bewerbungsunterlagen eingereicht und die Gebühr war für alle die gleiche. Warum ist die Gebühr jetzt ganz unterschiedlich? Auf diese Weise wird die Chance nicht-deutscher Bewerber_innen auf einen Studienplatz verringert.

Wir sind gerade dabei, eine Sammelanzeige gegen Uni-Assist zu organisieren, wegen Diskriminierung und Bestechung. Wenn die afrikanischen Studienbewerber_innen nämlich ihre Unterlagen eingereicht haben, dann kriegen sie Ablehnungen, in denen dann steht „... wenn Sie die Gebühr bezahlt haben, müssen Sie bei der nächsten Bewerbung keine neue Gebühr bezahlen.“ Aber wenn sie die Bewerbung zum nächsten Semester einreichen, bekommen sie gesagt, dass kein Guthaben vorhanden sei.

Uns interessiert noch, was du für Möglichkeiten dafür siehst, dass sich /weiße/ Studis solidarisch zeigen?

Also zuerst einmal müssen sie erkennen, dass sie ein Teil dieser Gesellschaft sind. Sie müssen erkennen, dass sie ein gewisses Privileg genießen, von dem sie profitieren. Das heißt, sie müssen erst einmal für sich erkennen, dass sie selbst Teil dieser diskriminierenden Struktur sind. Und dass sie auch verantwortlich dafür sind, was andere erleben. Es ist die Erkenntnis darüber, dass man mit einem Privileg auf die Welt gekommen ist und davon profitiert, während aufgrund dieses Privilegs Menschen im eigenen Umfeld leiden.

Wie kann ich solidarisch zu diesen Menschen stehen? Höre ihnen vielleicht erst einmal zu. Denn sofort zu sagen, „Ich möchte dir helfen, was kann ich für dich tun?“, das macht es noch schlimmer. Damit zei-

ge ich, dass ich nicht nur das Privileg habe, sondern dass ich mehr Möglichkeiten und Fähigkeiten habe als sie. Man sollte sie also fragen, „Wie kann ich dir beistehen?“ Da muss man auch aufpassen, wie man das formuliert, damit dieses Wort Hilfe nicht einfach kommt. „Wie kann ich dir beistehen? Ich verstehe vielleicht nicht genau deinen Schmerz, aber ich versuche es.“ Das ist für mich die elementare Grundlage, die gegeben sein muss. Und je nachdem, was die be-

troffene Person an Unterstützung benötigt, kann ich überlegen, ob ich die Kapazitäten habe, diese Unterstützung zu leisten. Wenn ich sie habe, dann kann ich das tun. Wenn man diese Kapazitäten nicht hat, muss man sich nicht schämen. Dann zeigst du, dass du berührt wirst, aber man kann nicht tun, was man nicht tun kann.

Danke für das Gespräch!

Thomas de Maizière weggejubelt

von Paola Mariposa

Verteidigungsminister‘ Thomas de Maizière war für den 10. April 2013 von der Humboldt-Universität (HU) Berlin zu einem Vortrag im Audimax eingeladen worden, das Thema: „Armee der Einheit – Der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Doch de Maizière kam nicht zu Wort. Als er den Saal gegen 18 Uhr betrat, schlug ihm tosender Applaus entgegen. Der Präsident der HU, Jan-Hendrik Olbertz, wartete mit einem ziemlich gezwungenen Lächeln geduldig auf der Bühne, um de Maizière ankündigen zu können. Doch der Beifall hörte nicht auf. „Thomas, wir lieben Dich!“ und „Freiheit am Hindukusch! Schalalalala!“ wurde gerufen. Ironisch forderten die Protestierer_innen auch: „Noch ein Krieg!“.

Nach ungefähr 20 Minuten schwand das Lächeln auf dem Gesicht des HU-Präsidenten. Als einige Personen mit blutbefleckten T-Shirts auf die Bühne stürmten und Getötete darstellten, gab es einen kleinen Tumult. Eine Person stieg auf ihren Sitz und entrollte ein Banner mit der Aufschrift „Krieg dem Krieg! Nie wieder Deutschland!“. Die zahlreich im Saal anwesende Zivilpolizei zog daraufhin Polizeiwesten an und postierte sich in der Nähe der Bühne. Einige Security-Mitarbeiter_innen versuchten vergeblich, die Person mit dem Banner vom Stuhl zu holen, weil sich ihnen einige solidarische Menschen in den Weg stellten.

Die Parolen, die nun folgten, waren nicht mehr ironischer Art. So wurde z.B. „Nie wieder Deutschland! Nie wieder Krieg!“ oder „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt!“ gerufen. Es wurde aber auch Bezug genommen auf Krieg als Ursache von Flucht: „Say it loud and say it clear: Refugees are welcome here!“.

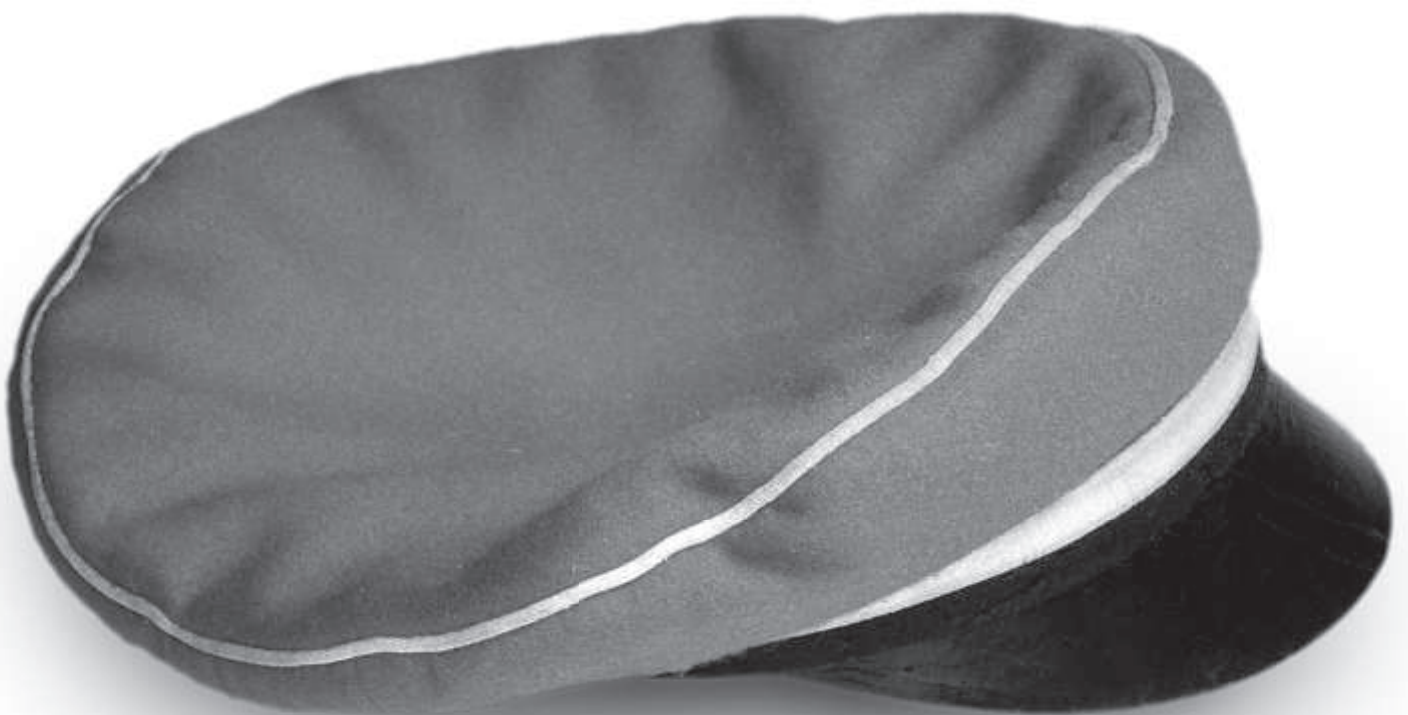
Der ‚Verteidigungsminister‘ sah nach etwa einer halben Stunde ein, dass er heute nicht mehr zu Wort kommen würde und verließ den Saal mit Polizeischutz, was mit erneutem Beifall kommentiert wurde. Weil weder de Maizière noch Olbertz reden konnten, richtete sich der HU-Präsident mit auf dem Computer geschriebenen Worten an das Publikum. Mit dem Beamer wurde versucht, die Anwesenden zur Diskussion zu bewegen. Eine Person wollte sich darauf einlassen und betrat die Bühne. Da sich viele allerdings nicht auf einen Dialog mit Kriegstreiber_innen einlassen wollten, wurden weiter Parolen gerufen, z.B. „Kein Krieg, keine Diskussion!“.

Irgendwann schrieb eine Person, dass sie_ er gerne hören wolle, „was der Präsident zu sagen“ habe und stellte sich demonstrativ mit anderen Menschen auf die Bühne. Circa 30 Leute folgten diesem „Solidaritätsaufruf“ und gesellten sich dazu. Zum Dank durften sie sich mit „Deutschland ist scheiße, Ihr seid die Beweise!“ anbrüllen lassen.

„Der Coburger Convent ist eine politische Vereinigung und muss somit politisch und organisiert angegriffen werden.“

Zur Kritik am Coburger Convent, als selbsternannte völkische und männerbündische Elite Deutschlands.

Nur noch einmal umblättern, dann geht's los!



von tandem verrat am vaterland

Der Coburger Convent (CC) hält fast ungestört jedes Jahr seinen Pfingstkongress in der fränkischen Kleinstadt Coburg ab. Das Stadtleben verläuft im gewohnten Gang, außer, dass die bis zu 5000 Verbindungsstudenten laut ihre deutsche Männlichkeit feiernd durch die Straßen ziehen. Eine überregionale Protestbewegung ist kaum erkennbar. Und das, obwohl die Verbindungen und der Dachverband des CC eigentlich eine Angriffsfläche für eine breit gefächerte Kritik bieten. Nichtsdestotrotz bleibt seit Jahrzehnten eine notwendige gesellschaftliche Debatte über die reaktionäre Kraft des studentischen Verbindungswesens aus. Die aktuelle Protestkultur wird fast ausschließlich von der lokal-ansässigen radikalen Linken getragen. Im Laufe der auch in Mainstream-Medien geführten Debatte um die rassistische Auslese der Deutschen Burschenschaft (DB) und den damit zusammenhängenden „Arierparagraphen“ wäre zu erwarten gewesen, dass die Kritik an der DB zu einer weiterführenden Reflexion über das korporierte Verbindungswesen führen würde. Diese ist bis jetzt ausgeblieben.

EXKURS: Der Coburger Convent (CC) ist die Dachorganisation von 96 Landsmannschaften und Turnerschaften an 45 Hochschulen/Universitäten in Deutschland und Österreich. Alle Verbindungen im CC sind farben tragend und pflichtschlagend. Die Deutsche Landsmannschaft gründete sich 1868 und der Verband der Turnerschaften an Deutschen Hochschulen gründete sich 1872. Während des Ersten Weltkrieges und besonders während der Weimarer Republik war der CC Teil einer konservativ-nationalistischen und rückwärtsgewandten Strömung. Schon 1933 bekannten sich die Landsmannschaften zum „Führerprinzip“, drei Jahre bevor die Verbandsstruktur aufgelöst wurde und die Verbindungen in den Nationalsozialistischen Studentenbund einfließen. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus waren die Verbindungen des CCs wegen ihrer rechten Gesinnung verboten. 1951 gründete sich der Verband in Coburg als CC wieder und hält seitdem jedes Jahr am Pfingstwochenende einen sechstägigen Convent ab. Dieser beinhaltet Vorträge, Feststunden, Kneipen, Sportwettbewerbe, einen Tanzball und einen Fackelmarsch mit anschließender Rede und Deutschlandlied. Einen weiteren Höhepunkt stellt ein Totengedenken an dem CC-Ehrendenkmal dar. Der Wahlspruch des CC ist: „Ehre – Treue – Vaterland – Freundschaft“

Der Pfingstkongress wird seit den 80ern von antifaschistischem und feministischem Widerstand begleitet. Die politische Arbeit gegen den CC wird von Polizei, Verfassungsschutz, Lokalpolitik und von dem Coburger Tagesblatt „Neue Presse“ durchweg kriminalisiert und Aktivist_innen erfahren massive Repression.

Stattdessen findet eine Spaltung in die „bösen“ Studentenverbindungen (Burschenschaften, besonders in der DB) und in die „guten“ Studentenverbindungen (Sän-

ger-, Turner-, Landsmannschaften, z.B. der CC) statt. In dieser Wahrnehmung ist der Coburger Convent eine unpolitische Studentenorganisation die sich somit jeder politischen Verantwortungsübernahme entzieht. Dieser Zustand ist anhand der klaren Positionierung des CCs in einem gesellschaftlichen Wertesystem nicht tragbar. Die Übergänge der unterschiedlichen Verbindungstypen sind fließend und die geschaffene Dichotomie verschleiert die realen Verhältnisse des Coburger Convents. Wir wollen mit diesem Artikel die Position des CCs in Bezug auf gesellschaftliche Machtverhältnisse markieren, transparent machen und angreifen. Dies kann nur ausreichend betrieben werden, wenn der nationalistische, patriarchale und elitäre deutsche Normalzustand in die Kritik einbezogen wird.

Die deutschen Soldaten als „Opfer“ des Nationalsozialismus?

Der bunte Strom der Verbindungsstudenten zieht sich in Zweierreihen langsam den Festungshügel hinauf. An diesem Montagmorgen ist voller Wichts angesagt. Das heißt strammes Antreten mit Anzug/Uniform, Band, Mütze und Säbel. Die kleine Protestkundgebung wurde schon sehr früh am Anfang des Hügels hinter sich gelassen, das Ehrendenkmal als Ziel vor Augen. Dort angekommen, scharen sich die CCler mit ihren Damen¹ zusammen um die runde Plattform am Fuße des Denkmals: Ein hoher Sockel, auf dem die Worte „Ehre, Treue, Vaterland“ prangen und auf dem drei Krieger gen Himmel ihre Säbel erheben.

Jedes Jahr hält der CC an diesem Ort ein Totengedenken ab, bei dem der toten Bundesbrüder, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg als Soldaten gestorben sind, gedacht wird. In der begleitenden Rede wird das deutsche Soldatentum durch persönliche Kriegserzählungen und starke Emotionalisierung glorifiziert. Der deutsche Soldat wird zum Helden und zum Mythos. Durch die stark personalisierte Rhetorik verschwinden vermeintlich die Taten und die damit verbundene Verantwortung, die an jedem deutschen Soldaten haftet. Eine Veranstaltung, die deutsches Soldatentum im dritten Reich thematisiert, ohne auch auf die



Täter_innen-Opfer-Umkehr: Burschis mit Familien und Bürgis beim Heldengedenken in Coburg

Opferⁱⁱ von Faschismus und Holocaust einzugehen, ist eindeutig ideologisch geprägt. Dahinter steht eine Täter_innen-Opfer-Umkehr und ein verinnerlichtes reaktionäres Geschichtsbild. Der CC zeichnet ein Bild des NS, in dem eine Grenze zwischen den deutschen Gräueltaten und den Soldaten der Wehrmacht gezogen wird: Die deutschen Soldaten als „wahre Opfer“ des Nationalsozialismus. Diese abstruse und menschenverachtende Konstruktion wird durch Hetze gegen die Befreiungsmächte, besonders gegen die Rote Armee, untermauert. Die Rede des Bundesbruders Prof. Dr. med. Dieter Wiebecke am CC-Ehrenmal im Jahre 1993 fasst diese Position in einem anschaulichen Vergleich zwischen den Soldaten der Wehrmacht und den 300 Kämpfern Spartas, die sich einem übermächtigen Heer entgegenstellten, zusammen. Obwohl diese Rede zwanzig Jahre alt ist, ist sie leider im Bezug auf den Coburger Convent nicht veraltet. Die Sprache der CC-Redner mag sich verändert haben, doch ihre Positionen nicht:

„Wanderer, kommst du nach Sparta – wer von uns dünkt bei diesen Worten nicht zugleich auch an zahllose Ereignisse des letzten Krieges, allen voran an das ehemalige Stalingrad und unsere 6. Armee, deren Schicksal sich dort vor nunmehr 50 Jahren und vier Monaten vollendete. Auch sie befand sich zuletzt in einer völlig ausweglosen Situation, trotzdem hielten ihre tapferen Kämp-

fer aus, trotz unvorstellbarer Entbehrungen, quälenden Hungers und schneidender Kälte. Erst als die letzte Munition verschossen war und ihre erstarrten Glieder die Waffen nicht mehr bedienen konnten, stellten die letzten Überlebenden den Kampf ein. Durch ihren Opfergang hatte die 6. Armee eine ganze Heeresgruppe, wahrscheinlich sogar den gesamten Südflügel der Ostfront, vor einem gleichen Verhängnis bewahrt. Das Inferno von Stalingrad sollte erst den Beginn eines beispiellosen Opferganges von Millionen deutscher Soldaten bezeichnen, und so weiß die Geschichte des 2. Weltkrieges noch von zahllosen weiteren Ereignissen zu berichten, die jenen vom Thermopylenpasse durchaus vergleichbar wären, deren Kunde indessen im Strudel des allgemeinen Zusammenbruches, weitgehend ungehört verhallte. [...] Die spätere Erkenntnis, daß sie von einer gewissenlosen Führung mißbraucht worden waren, und daß in ihrem Rücken ruchlose Verbrechen geschahen, vermag den ethischen Wert ihrer beispiellosen Hingabe und Opferbereitschaft wohl schwerlich zu vermindern. Zu dieser naheliegenden Einsicht vermochten sich Politiker und Pädagogen der Nachkriegszeit oftmals nicht durchzuringen. Nicht wenige verstiegen sich sogar zu dem perversen Postulat nach der Umkehr aller Werte. An die Stelle von Opfersinn, Treue, Pflichtbewußtsein setzten sie Maximen, wie zivilen Ungehorsam, Verweigerung, Selbstverwirklichung und rücksichtsloses Anspruchsdenken.“²

Bei diesem grotesken Schauspiel sind Presse und Öffentlichkeit nicht offiziell ausgeschlossen. In der Realität äußert sich das Unwohlsein des Coburger Convents mit einer kritischen Öffentlichkeit sehr deutlich: Der Presse wird nur missbilligend oder gar nicht gewährt, die Zeremonie zu dokumentieren und Schaulustige/Kritiker_innen werden von CC-Sicherheitsbeauftragten mit Unterstützung des bayrischen Unterstützungskommandos (USK) gefilmt/abgeschirmt/observiert.

Deutschⁱⁱⁱ-sein im Coburger Convent

Um das Geschichtsbild des Coburger Convents wirklich fassen zu können, muss das Verhältnis des Coburger Convents zum Deutsch-sein einbezogen werden. Die Zuschreibung des Deutsch-seins bezieht sich dabei nicht auf die Personen, die sich selber als deutsch positionieren, in Deutschland seit Jahren/Generationen leben oder einfach auf die deutsche Staatsbürgerschaft, sondern auf die Einheit des „deutschen Volkes“. Die Akademische Landsmannschaft Tyrol zu Innsbruck beschreibt dieses auf ihrer Internetseite unter der Überschrift: „VATERLAND – Oder schämst du dich deiner Herkunft?“ wie folgt:

„Unser Patriotismus orientiert sich nicht an einem Staatswesen, sondern am Wesen des deutschen Kulturerbes, von dem wir geprägt sind. Unser Bekenntnis zum Vaterland verpflichtet uns, für das Recht und die Freiheit des deutschen Kulturvolkes einzutreten, wobei unter Vaterland die deutsche Kulturgemeinschaft, nicht das Staatsgebiet, und unter Kulturvolk die Gemeinschaft der Deutschen, nicht die Staatsbürgerschaft verstanden wird.“³

Hier wird eine lange deutsche Tradition der rassistischen Auslese aufgegriffen, die den Volksbegriff formt. Hinter dem Begriff des Kulturvolkes steht die historische Ideologie der Kulturmission, die auch schon die historische Legitimation der Nazis für die „Annektion“ von Österreich war. In dieser Ideologie war das Gebiet des heutigen Österreich erst dann durch Kultur belebt, nachdem sich „deutsche Stämme“ dort niedergelassen haben. Somit wäre dieses Gebiet ein primär deutsches, auf das ein deutscher Anspruch bestehe. Deswegen sind die Verbindungen aus Österreich natürlich auch deutsch und bekennen sich zum Deutschtum. Dieser kulturmissionarische Gedanke ist nicht nur eine Teilbegründung für den Überfall der Wehrmacht auf Polen, sondern auch für Forderungen von Vertriebenenverbänden und auch bestimmend für das Verhältnis des Coburger Convents zur DDR. Da in dieser historischen Ideologie das Ideal darin besteht, dass der Lebensraum des „deutschen Vol-

kes“ und der des Herrschaftsgebietes identisch sein sollen, war die Teilung nach 1945 die größte Demütigung für das deutsche Selbstverständnis. Daraus resultiert, dass der CC die DDR (und die Rote Armee) als absolutes Feindbild setzt. So wird in der diesjährigen Rede am CC-Ehrenmal beschrieben, wie durch die Wiedervereinigung das „deutsche Volk“ gerettet wurde: „Für wie viele bedeutete dies Folter und Tod, bis dann das Wunder vom November 1989 geschah! Dieser Ort hier, er liegt im Herzen unseres wiedervereinten Vaterlandes. Auch im Herzen Europas, in einem Bereich geprägt vom Gedankengut unserer christlich-abendländischen Kultur.“⁴

Die populäre Erinnerungskultur der BRD zu Mauerfall und Wiedervereinigung und die damit verbundenen Festlichkeiten sind sehr ähnlich ausgerichtet. Hierbei sollten die Betroffenen des DDR-Regimes nicht marginalisiert werden, aber definitiv auch nicht instrumentalisiert werden, um deutsche Einheit und Stärke zu feiern. Hinter der Erinnerungskultur an repressive Strukturen der DDR steht zu oft ein völkischer Einheitsgedanke und das Verschleiern der repressiven Strukturen in der BRD. Das Feindbild der DDR wird vom Coburger Convent benutzt, um die Herrschaftsverhältnisse der BRD zu legitimieren und um das Ideal der „völkischen Einheit“ zu reproduzieren.

Die Grenzen der BRD nach 1990 sind aber scheinbar nicht die Staatsgrenzen, die eine völkische Einheit ausreichend wiederherstellen würden. So pflegen einige Verbindungen Kontakt zu Vertriebenenverbänden und beziehen sich auf Gebiete in Tschechien und Polen als deutsche Kulturräume. Zum Beispiel die Alte Prager Landsmannschaft Böhmerwald zu Linz, die sich dem sudenteutschen Brauchtum verpflichtet fühlt. Als „heimatbewusste Korporation“ misst sie der Nationalität eines potenziellen Mitgliedes eine hohe Bedeutung bei, denn diese „ist für [sie...] keine Frage der bloßen Staatsangehörigkeit, sondern erstreckt sich auf den gesamten, über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprach- und Kulturraum unabhängig von staatlichen Grenzen.“ Die Oder-Neiße-Grenze ist somit keine anzuerkennende Grenze im deutschen Selbstverständnis. Der Sog weiter nach Osten beschäftigt einige Verbindungen des Coburger Convents. So auch die L. Teutonia Würzburg, die eine Reise nach „Ostpreußen“ unternimmt, so dass sich „[m]it Hilfe der Ostpreußischen Landsmannschaften verbliebene Deutsche wieder zusammen[finden]“. Für weitere Impressionen kann ein ausführlicher Reisebericht in den CC-Blättern nachgelesen werden.⁵

Offensichtliche Nazipropaganda

Die Verflechtungen von Studentenverbindungen zur organisierten Rechten dürfen an dieser Stelle nicht gänzlich unerwähnt bleiben, würden den Rahmen dieses Beitrages aber sprengen. Für weitere Information ist der Vortrag von Jörg Kronauer zu empfehlen, den es als Mp3 online zu hören gibt. Die Landsmannschaft L! Kärnten sticht durch ihre ausgesprochen rassistischen und rechtsradikalen Ausfälle aus dem reaktionären Sumpf der Verbindungen heraus. Diese Verbindung ist keine der Landsmannschaften, die sich unter dem Dachverband Coburger Convent organisieren. Trotzdem wird diese völkische Verbindung von den österreichischen Verbindungen im CC verlinkt. Auch sonst scheint ein ideologischer Austausch und Konsens zwischen der L! Kärnten und einigen CC-Verbindungen zu bestehen. Erwähnt seien hier nur wieder einmal die Onlineaktivitäten der Akademischen Landsmannschaft der Salzburger zu Salzburg, die auf ihrer Facebookseite mehrere Bilder der L! Kärnten „liken“, die sich dem Vorwurf der nostalgischen Neonazipropaganda schwer entziehen können. Sowohl die Ästhetik der Bilder sowie Aufschriften wie „Deutschland, Deutschland über Alles“ oder „Mein Opa war Soldat – kein Verbrecher!“⁶ lassen we-

nig Spielraum für andere Interpretationen zu. Der Coburger Convent ist tief eingebettet in ein Geflecht von deutscher Schuldverdrängung, deutscher Dominanz, Selbstüberhöhung und auch in die Konsequenzen, die daraus entstehen. Die Aufrechterhaltung der politischen Neutralität ist nur durch einen gesellschaftlichen Konsens zu erklären, den der Coburger Convent mit allen seinen Werten und Aktivitäten duldet. Eine Intervention in solche reaktionären Strömungen kann nur durch eine Politisierung geschehen. Dies betonen die CC-Kritiker_innen schon seit langem und Aktivist_innen stellen in einem Redebeitrag zum diesjährigen Pfingstkongress klar: „Der Coburger Convent ist eine politische Vereinigung und muss somit politisch und organisiert angegriffen werden.“

Der Coburger Convent als Teil des Patriarchalen Ganzen

Der CC, als reiner Männerbund, ist Teil des patriarchalen Systems. Die Landsmannschaften und Turnerschaften des Verbandes festigen Männlichkeit als Ideal der Gesellschaft und schließen Frauen*^{iv} von Mitbestimmung aus. Das geht einher mit einem antiquierten Geschlechterrollenverständnis und der Selbstverortung der Verbindungsbrüder als Elite der Gesellschaft. Eine Pra-



xis, die verstärkt ins Blickfeld emanzipatorischer Kritik gehört. Dabei wird es auf eine Kombination feministischer und antifaschistischer Intervention ankommen.

„Ich finds eigentlich ganz gut, wenn man hier unter Männern ist. Weil man vielleicht unter Männern Dinge tun kann, die man in anderer Gesellschaft nicht tut. Und das ist in Ordnung so.“

So begründet Julian, Mitglied der Landsmannschaft Preußen Berlin, das männerbündische Prinzip seines Bundes. Dabei sitzt er umgeben von anderen Männern*. Vor ihnen stehen mehrere Bierflaschen. Der Verbindungsbruder neben Julian kann sich ein Grinsen nicht verkneifen, während dieser über die Vorzüge des Unter-sich-Seins referiert. Die Korporierten der ebenfalls im CC organisierten Turnerschaft Berlin verkünden online, sie möchten sich gern, wie Frauen auch, die „Rückzugsmöglichkeit, in eine ‚gleichgeschlechtliche Enklave‘“⁸ bewahren. Hier wird der Eindruck erweckt, Männlichkeit sei in dieser Gesellschaft nicht etwa die vorherrschende Norm, sondern bedürfe eigener Schutzräume. Damit werden patriarchale Machtstrukturen bewusst verschwiegen. Die L! Preußen Berlin [Anm. d. Red: Das „L!“ steht für „Landsmannschaft“]

sowie die Turnerschaft sind nur zwei von fünf CC-Verbindungen vor Ort. Äußerungen wie die zitierten sind aus dem Korporiertenspektrum immer wieder zu hören. Beliebte ist auch der Verweis darauf, dass es im Fußball schließlich auch Männer*- und Frauen*mannschaften gibt. Außerdem sei der Ausschluss von Frauen* in der Verbindungstradition begründet, denn in der Zeit, in der das Verbindungsstudententum entstand, wurde diesen der Zugang zu Universitäten und Hochschulen verwehrt. Dass man auch knapp zweihundert Jahre später an diesem Ausschluss innerhalb der akademischen Verbindungen festhält, möchte man im CC jedoch nicht politisch und schon gar nicht als frauenfeindlich verstanden wissen. Generell beruft sich der CC immer wieder darauf, als Verband unpolitisch zu sein. Politik überlässt man vermeintlich den Burschenschaften, von denen man sich seit einigen Jahren immer wieder vehement versucht abzugrenzen. Doch regelmäßig äußert sich der Verband zur deutschen Geschichte, der Wirtschaftspolitik des Landes und bezieht klar antifeministische Positionen. Glaubhaft ist das Prädikat „unpolitisch“ daher nicht und dient lediglich dem Schutz vor Kritik.



Sich den Burschis entgegenstellen: Kreative feministische Proteste gegen den Coburger Convent 2013

Is this a mens'-world?

Wie die Deutsche Burschenschaft (DB) ist der Coburger Convent ein Männerbund. Propagiert wird das Bild einer soldatischen Männlichkeit, welches sich durch Opferbereitschaft und Stärke auszeichnet. Beides Eigenschaften, die Frauen* nicht zugestanden werden. Diese sieht man in der Rolle der Reproduktion oder aber als begleitende Dame* auf Veranstaltungen. Sie werden mitgenommen um ihren männlichen Gegenpart zu komplettieren, so zumindest die heteronormative Logik.

„[U]nsere Freundinnen und Ehefrauen [gehören] ganz selbstverständlich zu unserer ‚großen Familie‘ dazu.“⁹ Von inneren Vorgängen in den Verbindungen, Diskussionen, Kneipen und dem Fechten sind sie ausgeschlossen. Wenn es jedoch darum geht, ein familienfreundliches Image zu vermitteln oder für Fotos zu posieren, sind Frauen* erwünscht. Dies geht einher mit der Konstruktion von Weiblichkeit als dem „schönen Geschlecht“, welches jedoch gleichermaßen schutzbedürftig und schwach sei. In der Veranstaltungspraxis des CC wird der männliche Anspruch auf Verfügung über Frauen* deutlich. Diese werden wie Anhängsel mitgenommen, wenn es den Männern* gerade passt und vorher deren Anwesenheit erlaubt wurde. Die Anwesenheit von Frauen* wird so zu etwas regulierbarem, das männlicher Kontrolle unterliegt. Selbstbestimmtes weibliches* Handeln ist innerhalb dieser Strukturen nicht vorgesehen. Menschen, die der binären Logik von männlich/weiblich nicht entsprechen, kommen in der Vorstellung gar nicht erst vor.

Weitere Beweise für die Frauenverachtung des CCs finden sich erneut in Berlin bei der L! Brandenburg Berlin. Diese lud am 2. Juni 2013, dem International Sex Workers' Day, einem inoffiziellen Gedenktag, der seit 1976 begangen wird, um auf die Kämpfe von Sexarbeiter_innen gegen Kriminalisierung und Ausgrenzung aufmerksam zu machen, zum „Welthurentags-Grillen“ auf ihr Verbindungshaus. Unterschrieben war die Veranstaltung mit: „[V]eranstalten wir ein revolutionäres Protest-Pokulieren wider die sexuelle Ausbeutung der Frau.“¹⁰ [Anm. d. Red. „pokulieren“: Laut Duden veraltetes Verb für „zechen, stark trinken“]. Diese frauenfeindliche Dreistigkeit stellt eine Aneignung dar, in der die Kämpfe von Sexarbeiter_innen für Selbstbestimmung und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ausgeblendet werden und Sexarbeiter_innen zum viktimisierten Objekt werden. Im gleichen Zug wird die sexuelle Ausbeutung von Frauen* zu einem Witz erklärt und damit all

jene Frauen* und Mädchen*, die Betroffene von sexualisierten Zwängen und Gewalt waren und sind, verhöhnt. Die männlich-sexistische Ignoranz in der L! Brandenburg Berlin scheint grenzenlos. Sich als selbsternannte männerbündische Elite zu besaufen, Hack zu grillen und sich offensiv über die Selbstbestimmung von Frauen* lustig zu machen und dies dann als revolutionär zu betiteln, zeugt davon. Illustriert wird die Veranstaltung mit einem Bild von zwei leicht bekleideten, sich küssenden Frauen*, neben denen ein betrunkenener Mann* sitzt und diese anstarrt. Lesbische Liebe wird hier dazu degradiert, männliche Sex-Phantasien zu bedienen.

Kritik an der männerbündischen Struktur wird vor allem durch Feminist_innen und Antifaschist_innen geübt. Die CC-Kritiker_innen formulierten es anlässlich des Pfingstkongresses in Coburg von 2013 so:

„Sich in Männerbünden zu organisieren ist ein politisches Statement. Es bedeutet die Entscheidung, Frauen strukturell von gesellschaftlicher Einflussnahme auszugrenzen und es ist ein Zeugnis von einem patriarchalen Weltbild, in dem männliche Dominanz selbstverständlich ist. Dazu gehört auch die Konstruktion einer machtvollen Männlichkeit. Männlichkeit wird durch symbolisches Handeln, wie das Erscheinen in Uniformen und das Ausfechten von Ehrenduellen, erzeugt. Andere Männlichkeiten werden ausgegrenzt und marginalisiert. Dies ist ein gewaltvoller Prozess und geht Hand in Hand mit Homo- und Transphobie. [...] Es wird immer wieder betont, wie wichtig der Erhalt und das Fortführen von Traditionen sei. Dass es sich bei diesen um Wertvorstellungen handelt, die aus einer weißen, männlichen und heterosexistischen Position und Sichtweise formuliert wurden und werden, wird nicht thematisiert. Bezüglich des Geschlechterrollenverständnisses wird die Ideologie der bürgerlichen Kleinfamilie propagiert, in der die Frau eine klar untergeordnete Rolle einnimmt. Es ist die immer wiederholende Leier von dem handelnden, aktiven Mann als Repräsentanten der Gesellschaft und der zurückhaltenden, unterstützenden Frau, deren Aufgabe es ist, dem Mann den Rücken freizuhalten. Der Verbindungsbruder dominiert, er spricht, er steht auf Podesten, er repräsentiert, er ist handlungsfähig, er erfährt Unterstützung von anderen Männern und er manifestiert so seine Position in der Gesellschaft. Der Frau weist er den Platz am Rand zu. Sie darf sie dann seine Männlichkeitsperformance beklatschen und legitimiert diese auch damit. Bei der Mitwirkung in gesellschaftlichen Prozessen und Dynamiken wird sie als Störfaktor empfunden und jegliche Ernsthaftigkeit wird Frauen abgesprochen. Manche Frauen werden nicht als störend angesehen, sondern werden als Schmuck verwendet.

Diese Frauen, die vermeintlich Zugang zu dem Männerbünden finden, müssen patriarchalen und rassistischen Schönheitsnormen entsprechen und sich selbstverständlich adäquat elitär verhalten. Dies ist eine einseitige, einschränkende und diskriminierende Darstellung von Weiblichkeit! Wir haben die Schnauze voll von solchen Traditionen, seien sie Jahrhunderte alt, vermeintlich naturgegeben, gerade am Entstehen oder einfach nicht hinterfragt! Schneiden wir jedem das Wort ab, der solche Dinge in die Welt transportiert, ob Burschi oder nicht.“¹¹

Die Existenz von schwulem Begehren innerhalb der Verbindungen wird von Seiten des CC zwar nicht per se ausgeschlossen, eine Thematisierung findet jedoch nicht statt. „Beziehungsdramen“ sollen durch den Ausschluss von Frauen* unmöglich sein, gleichgeschlechtliche Liebesbeziehungen scheinen offensichtlich unvorstellbar. Bilder etwa von einem schwulen Paar auf einem Empfang sucht man vergebens. Damit werden Identitäten, die sich abseits der Heteronorm verorten, unsichtbar gemacht und marginalisiert. Dem Ideal des opferbereiten, starken und der Gemeinschaft dienenden Mannes, versucht man sich durch wiederkehrende Rituale anzunähern.

Anschaulich beschrieben werden diese Praxen in dem 2010 veröffentlichten Aufsatz von Karsten Schuldt: Burschenschaften – Bildungseinrichtungen einer heteronormativen, soldatischen Quasi-Elite (Es sei darauf hingewiesen, das Schuldt in diesem Aufsatz die Begriffe Burschenschaft und studentische Korporation synonym verwendet, da die Unterschiede für das untersuchte Thema unerheblich sind). Wichtig für die männerbündische Vergemeinschaftung ist neben dem übermäßigen Konsum von Alkohol, welcher dem Ausreizen der eigenen Belastungsgrenze und der Disziplinierung des eigenen Körpers dient¹², vor allem das Fechten mit scharfen Waffen. Besonders offen beschreibt die Landsmannschaft Brandenburg Berlin den Sinn dieses Rituals: „Wir sind eine pflichtschlagende Verbindung und gehen davon aus, dass nur der, der bereit ist, für unsere Gemeinschaft im wahrsten Sinne des Wortes seinen Kopf mindestens zweimal hinzuhalten, bei uns ein Leben lang Mitglied sein kann.“¹³

Die Fixierung auf körperliche Wehrhaftigkeit liegt dabei ebenfalls im Ideal des soldatischen Mannes begründet, denn nur dieser kann Heim und Vaterland verteidigen. Da ist die bildliche Gestaltung der Homepage der L! Brandenburg nur folgerichtig. Hier wird ein muskulöser Oberkörper präsentiert, auf dem in Fraktur-Schrift die Worte „Pro Patria“ tätowiert sind. Menschen, deren Kör-

per dieser Normierung nicht entsprechen, werden abgewertet und ausgeschlossen. Des weiteren finden sich auf der Homepage Zitate männlicher Filmhelden wie etwa von Tylor Durden, Hauptfigur aus Fight Club: „Ich will nicht ohne Narben sterben“ oder Vincent Vega (Pulp Fiction): „Blut muss spritzen“.

Selbstreflexion – Fehlanzeige!

Versuche, das patriarchale System in Frage zu stellen, sind den Korporierten des CC ein Dorn im Auge. Gendermainstreaming gilt auch hier als erklärtes Feindbild. Dabei bedient man sich Argumentationsmustern, welche vom konservativen bis hin zum extrem rechten Spektrum gleichermaßen verwendet werden. Ein Beispiel dafür findet sich auf der Website der Akademischen Landsmannschaft der Salzburger zu Salzburg.¹⁴ Hier wird einen Artikel von Bettina Röhl aus der Wirtschaftswoche verlinkt, der die Einführung des generischen Femininums an der Universität Leipzig thematisiert. Dort wurde vor einiger Zeit in der Grundordnung festgelegt, bei Berufsbezeichnungen fortan nur noch die weibliche Form zu benutzen. Röhl hetzt in ihrem Artikel in aggressivem Ton gegen gendergerechte Sprache: „Aber nun wollen wir ja die Gender-Fanatiker, die ihre sowohl den Mann als auch die Frau verachtende Ideologie gegen das Grundgesetz[sic!] in das deutsche Gesetzesgefüge einbrennen wollen, nicht verspotten. Der Spott ist männlich und das geht schon mal gar nicht.“¹⁵ Unterschiede zwischen Mann und Frau werden im Text als der „schönste Unterschied der Welt“ beschrieben. Fraglich was genau an ungleicher Bezahlung, einer Unterrepräsentation von Frauen* in politischen Positionen und alltäglicher Diskriminierung /Abwertung „schön“ bedeuten soll. Das Anliegen, Begriffe zu verwenden, die unterschiedlichen geschlechtlichen Identitäten gerecht werden, oder wie in Leipzig Frauen* an der Universität sichtbarer machen sollen, wird mit politischem Fanatismus gleichgesetzt. Das Vorgehen, sich über feministische Strategien lustig zumachen, ist alles andere als neu. Wenig überraschend, dass Röhl Gendermainstreaming dann auch in die von Rechten verhasste Ecke der Political-Correctness stellt und damit für nicht diskussionswürdig erklärt. Die Tatsache, dass die Korporierten solche Artikel „liken“ verwundert wenig, sehen sie doch durch feministische Kritik ihre männlichen Privilegien in Gefahr. Kritik wird auch weiterhin nötig sein. Die beschriebenen Beispiele beweisen die Unfähigkeit der Burschen, ihre privilegierte Rolle innerhalb der Gesellschaft kritisch zu hinterfragen. Stattdessen halten sie an tradierten Rollenbildern fest, um ei-

gene Machtstrukturen zu legitimieren.

Die Funktionsweisen männerbündischer Vergemeinschaftung nachzuvollziehen ist zentral, will man das Selbstbild der Korporierten verstehen. Das Patriarchat fällt sicher nicht mit den Studentischen Verbindungen des CC oder der DB, doch sie sind Teil des Ganzen. Die Burschen sind Nutznießer und Verteidiger sexistischer Praxen, die Frauen*, Lesben, Trans*personen und Männlichkeiten abseits der vorgegebenen Norm ausschließen. Daher muss eine umfassende Kritik am Verbindungswesen immer auch eine feministische sein.

Anmerkungen

i Wir reproduzieren hier den Begriff, den die Verbindungen für bestimmte weiblich sozialisierte Personen verwenden. Ausschließende und diskriminierende Effekte müssen bei diesem Begriff mitgedacht werden.

ii Wir benutzen diesen Begriff nicht ohne Unsicherheiten, da er Handlungsfähigkeit und Widerständigkeit unsichtbar macht, haben uns aber entschieden keinen Euphemismus für die Ermordung von Millionen von Menschen zu verwenden.

iii In diesem Abschnitt wird die Bezeichnung „deutsch“ oft in unterschiedlichen Formen aufgerufen. Das nervt. Uns war es wichtig die Problematik in einen konkreten Zusammenhang mit den politischen Zusammenhängen in Schland zu bringen.

iv Die Markierung mit dem * benutzen wir, um deutlich zu machen, dass es sich bei den Bezeichnungen Mann* und Frau* um gesellschaftliche Konstrukte der Zweigeschlechtlichkeit handelt. Wenn kein * an der Bezeichnung Mann und Frau steht, liegt dies daran, dass wir uns auf die Bezeichnung aus der Sicht des Coburger Convents beziehen und diese ist eine eindeutig binäre, in der kein Raum für andere Identitäten bleibt. Das fehlende * markiert diesen Ausschluss.

Endnoten:

- 1 <http://coburger-convent.de/ueber-den-cc/unsere-ideale/>
- 2 CC-Blätter 3/1993, Gedenkrede am CC-Ehrenmal
- 3 <http://www.l-tyrol.at/>
- 4 Gedenkrede am CC-Ehrenmal, 2013
- 5 CC-Blätter 3/2003, Ostpreußen in neun Tagen
- 6 <https://www.facebook.com/pages/Akademische-Landsmannschaft-der-Salzbürger-zu->

Salzburg-zu-Wien-1884/345121422187946

- 7 www.youtube.com/watch?v=VH6Fyd6ZmKk
- 8 http://www.turnerschaft-berlin.de/tberlin/index.php?option=com_content&view=article&id=27&Itemid=27#frauen
- 9 Ebenda
- 10 <http://www.l-brandenburg.de/landsmannschaft/aktuell/semesterprogramm/details/93-Welthurentag.html>
- 11 Feministischer Redebeitrag auf der antifaschistischen Demonstration gegen studentische Verbindungen, Coburg 20.05.13
- 12 Vgl.: Kartsen Schuldt: Burschenschaften- Bildungseinrichtungen einer heteronormativen, soldatischen Quasi-Elite, In: Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.): Was ein rechter Mann ist. Berlin 2010
- 13 www.l-brandenburg.de/fechten/unsere-sicht/unsere-sich
- 14 <http://www.salzburgerseite.at/aktuelles>
- 15 <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-irrsinn-der-entmaennlichung-unserer-gesellschaft/8469200.html>

Lesetipps:

ASTa Uni FFM, Autoritär, Elitär, Reaktionär; Frankfurt a.M. 2013. online unter: <http://www.falsch-verbunden.net/wp-content/uploads/2013/05/autoritaerelitaerreaktionaer-reader.pdf>

Internationalismus- und Antifaschismusreferat
ASTa FU: Gute Nacht Burschenpracht!, Berlin 2012.

Online unter: <https://www.astafu.de/sites/default/files/GuteNacht.pdf>

Kartsen Schuldt: Burschenschaften- Bildungseinrichtungen einer heteronormativen, soldatischen Quasi-Elite, In: Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.): Was ein rechter Mann ist. Berlin 2010.

Online unter: http://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte__68.pdf

Linke Spiesser

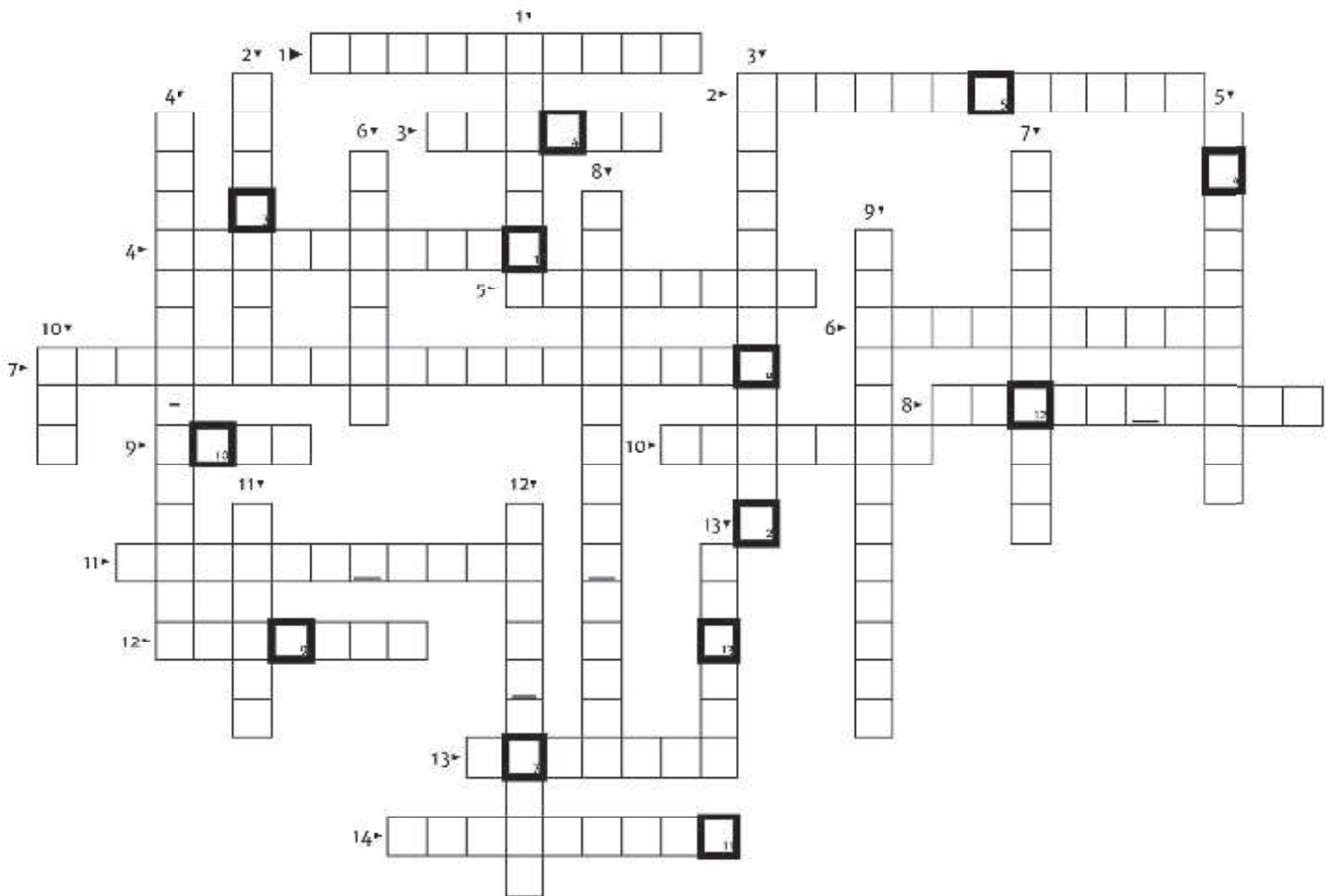
Antifa heißt Nachdenken.
Viel Spaß beim Rätselraten!

Vertikal:

- 1 US-Amerikanische Schauspielerin, z.B. Leon der Profi: Natalie ...
- 2 Figur der römischen Mythologie, Personifikation der Gerechtigkeit; fragwürdigerweise verwendet im Wahlspruch der Freien Universität Berlin
- 3 Bezeichnung für Mitglieder von Frauenbewegungen zur Erkämpfung des Wahlrechts Anfang des 20. Jahrhunderts
- 4 Begründerin der Performativitätstheorie, Theaterwissenschaft: Erika ...
- 5 ehemals nepalesische Region, von Großbritannien annektiert, heute Teil Indiens, bekannt durch gleichnamige Teesorte
- 6 Westafrikanisches historisches Königreich auf dem Gebiet des heutigen Benin
- 7 Herrschaftsform, in der Mehrheiten mittels Abstimmung über Minderheiten bestimmen
- 8 US-Animationsserie über drei kleine Superheldinnen
- 9 Überbegriff für Versuche, Geschichtsbilder zu verdrehen, z.B. Leugnung der Shoa
- 10 Abkürzung: Fachschaftsinitiative
- 11 Inselstaat im Mittelmeer, in den viele Geflüchtete aus anderen europäischen Ländern aufgrund des Dublin II-Abkommens abgeschoben werden
- 12 Feministische Subkultur, deren Ursprünge in der US-Amerikanischen Hardcore-Punk-Szene liegen, z.B. Bikini Kill
- 13 Deutsche marxistische Aktivistin, 1857-1933: Clara ...

Horizontal:

- 1 Graphic Novel der iranischen Autorin Marjane Satrapi
- 2 Linker Veranstaltungskalender
- 3 Nach Selbstaussage unpolitisches FU-„Campusmagazin“
- 4 Präsidentin von Costa Rica: Laura ...
- 5 Fiktive Sprache in George Orwells 1984
- 6 Ort, an dem warme Mahlzeiten für wenig oder kein Geld angeboten werden
- 7 Regelmäßiges Ärgernis im öffentlichen Personennahverkehr
- 8 Chinesische Schauspielerin, z.B. Tiger & Dragon
- 9 Einzige weibliche Charakterrolle in Star Wars 4-6
- 10 Tante von Harry Potter
- 11 Griechische Neonazi-Partei mit faschistischer Symbolik & Rhetorik, die zunehmend Einfluss i. d. bürgerl. Mitte gewinnt
- 12 Einziges Säugetier, das nicht springen kann
- 13 Alljährliches Antifa-Event im Februar
- 14 Meerenge zw. Spanien & Marokko, deren Überfahrt jährlich über 2000 Flüchtlinge das Leben kostet: Straße von ...



Lösungswort



Die Auflösung gibt's am Ende des Hefts!

Die doppelte Unsichtbarkeit

Interview mit Dr. Esther Lehnert vom *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus* über Frauen in der rechtsextremen Szene

das Interview führte das Internationalismus- und Antifaschismusreferat des AstA FU

Denkt man an Neonazis, hat man schnell ein Bild von gewalttätigen, aggressiven, grölenden Männern vor Augen. Rechtsextremismus wird auch heute oft als „männliches“ Phänomen wahrgenommen. Die Gender-Blindheit bei diesem Thema führt dazu, dass rechtsextreme Frauen ungestörter agieren können und ihre Taten oft nicht erkannt oder aber verharmlost werden. Auch in der Rechtsextremismusforschung gab es lange diese Leerstelle. *out of dahlem* sprach mit Dr. Esther Lehnert, Mitglied des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus, sowie Mitarbeiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung, über ihre Arbeit.

Schön, dass du hier bist. Könntest du dich zu Beginn kurz vorstellen?

Mein Name ist Esther Lehnert, ich bin promovierte Erziehungswissenschaftlerin und seit zehn, fünfzehn Jahren auf dem Gebiet der Rechtsextremismusprävention unterwegs. In meiner beruflichen Biografie gibt es zwei große Themen. Das eine ist die Auseinandersetzung mit Antifaschismus bzw. mit dem Nationalsozialismus. Das hat etwas mit meiner Biographie zu tun. Ich bin in eine Familie mit Verfolgungsgeschichte hineingeboren. Und mein Vater hatte großes Interesse daran, uns, den Kindern, die NS-Zeit nahe zu bringen. Wir sind mit Kinderbüchern zum Thema aufgewachsen. Es war ganz normal, über den Nationalsozialismus zu sprechen.

Mein zweites großes politisches Themenfeld war dann der Feminismus und Frauenpolitik. Ich habe mich versetzt mal mit dem einen, mal mit dem anderen, mehr auseinandergesetzt. Gegen Ende meines Studiums

habe ich begonnen, beide Themenfelder zusammen zu denken. Nach der Promotion begann ich mich mit dem heutigen Rechtsextremismus zu beschäftigen. Hier habe ich in verschiedenen Projekten gearbeitet und schnell gemerkt, dass es sehr große blinde Flecken gibt. Einerseits grundsätzlich was die Beteiligung von Frauen angeht, darüber hinaus gab es aber auch eine absolute Gender-Blindheit. Männlichkeiten und Rechtsextremismus stellt auch heute weiterhin eine absolute Leerstelle dar. Damals habe ich viel zu Männlichkeiten und Rechtsextremismus geforscht, mich parallel auch dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus angeschlossen, wo ich bis heute Mitglied bin. Nach jahrelanger Arbeit für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, bin ich nun vermehrt im Bereich Gender- und Rechtsextremismus aktiv. Derzeit bin ich Mitarbeiterin der Fachstelle Gender- und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung.

Du warst 2000 zur Gründung des Netzwerks Frauen und Rechtsextremismus noch nicht dabei, könntest du eventuell trotzdem etwas zur damaligen Situation sagen?

Das Netzwerk hat sich damals gegründet, weil es in dem Feld ganz wenig Forschung, zu wenig Beobachtung und ganz wenig Analyse gegeben hat. Mitte der 90er Jahre fing das an, dass Wissenschaftlerinnen sich damit auseinandergesetzt haben, was Frauen eigentlich im Rechtsextremismus machen. Damals war die Wahrnehmung die, dass man da kontinuierlich dran bleiben muss, damit eine dauerhafte Expertise gebildet werden kann. Das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus setzt sich zusammen aus Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und Pädagoginnen. Wir sind ein ehrenamtlicher Zusammenschluss. Wir sind nicht finanziert, unsere Arbeit läuft nebenher zu unseren sonstigen Jobs. Wir sammeln Beobachtungen und teilen uns diese mit und

erörtern fachspezifische Fragen. Wir halten Vorträge und publizieren zum Thema. Zweimal jährlich treffen wir uns an Wochenenden zum Austausch und zur weiteren Planung. Darüber hinaus haben wir immer wieder Forschungsanträge zum Thema gestellt, welche bis jetzt jedoch immer abgelehnt wurden. Unsere Wahrnehmung ist nach wie vor, dass das Thema Gender und Rechtsextremismus nicht wirklich förderrelevant erscheint.

Könnte sich an der Lage etwas aufgrund der Debatte um den „NSU“ ändern?

Das Thema Gender und Rechtsextremismus hat Konjunkturen. Ich befürchte, dass das gerade auch eine Konjunktur darstellt. Wir bekamen viele Reaktionen auf unseren ersten offenen Brief, welchen wir recht bald nach Bekanntwerden des „NSU“ veröffentlichten.¹ Damals waren wir fassungslos und dachten: „Was müssen Frauen noch tun, um in diesem Bereich ernst genommen zu werden?“ Das ist ja nicht mehr zu toppen. Unsere Wahrnehmung ist durchaus, dass wir als das relevant kontinuierlich arbeitendes Netzwerk zu dem Thema wahrgenommen werden. Deutlich ist, dass wir seit der

von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt umgesetzt, welche uns als Kolleginnen vom Forschungsnetzwerk bzw. auch der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus immer wieder anfragen. Grundsätzlich gibt es schon eine größere Sensibilisierung für das Thema über die Jahre. Trotzdem müssen die Basic-Fragen immer wieder geklärt werden. Du hast z.B. einen Vortrag über die doppelte Unsichtbarkeit von Frauen in der Szene gehalten und betont, dass Frauen hier immer noch als „Freundin von“ wahrgenommen werden. Da nickt das Publikum und kurz später sitzt du mit eben diesen Leuten im Workshop und interessanter Weise sind diese Bilder so wirkmächtig, dass sie immer wieder reproduziert werden. „Die ist die Freundin von ...“

Warum sind gerade in der extremen Rechten traditionelle Geschlechterrollenbilder so wichtig? Stichwort „Volksgemeinschaft“.

Die Konstruktion einer „Volksgemeinschaft“ ist einerseits ganz wichtig für die Abgrenzung nach außen. Suggestiert wird eine permanente Bedrohung durch alles Fremde. Was die „Volksgemeinschaft“ im Inneren aufrechterhält sind die Geschlech-

„In der Auseinandersetzung mit Neonazismus gibt es das weit verbreitete Bild, dass es sich um Aliens handelt, die nicht Teil unserer Gesellschaft sind. Und die Vorstellung, dass diese Aliens weiblich sind, ist dann noch mal schwieriger.“

Selbstenttarnung des „NSU“ im November 2011 mehr Anfragen haben. Aber ob sich das wirklich in Forschung und einem institutionellen Kontext niederschlägt, wage ich zu bezweifeln. Ich habe natürlich die Hoffnung, dass es passiert.

Haben sich innerhalb der Zeit eures Bestehens bei euch Veränderungen in der Fragestellung ergeben?

Immer wieder gibt es Erstaunen, dass auch Frauen Neonazis sein können. Das ist aber auch Teil der generellen Auseinandersetzung mit Neonazismus. Hier gibt es das weit verbreitete Bild, dass es sich um Aliens handelt, die nicht Teil unserer Gesellschaft sind. Und die Vorstellung, dass diese Aliens weiblich sind, ist dann noch mal schwieriger.

Teilweise passiert auf Länderebene etwas, z.B. ist in Niedersachsen ein neues Programm installiert worden, das sich explizit mit Frauen auseinandersetzt. Dieses wird

terkonstruktionen. Diese sind absolut identitär und durchweg biologistisch. Das Konzept ist stark angelehnt an das Konzept der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. In dem Moment, wo dieses Konzept in Frage gestellt wird, gerade auch das Identitäre daran, gerät das Konzept ins Wanken. Ließe man zu, dass jenseits von Pluralisierung von Weiblichkeitskonzepten, welche es in der Szene durchaus gibt, es auch Überschneidungen gäbe, beispielsweise so etwas wie Androgynität, wäre das mit den Pflichten und der Sinnhaftigkeit gar nicht mehr aufrecht zu erhalten. Auch z.B. lesbische Sexualität hat in dieser Ideologie keinen Platz. Für das Konzept der Volksgemeinschaft braucht es „richtige Männer“ und „wahre Frauen“. Hieraus resultiert auch das Feindbild Gendermainstreaming.

Du hast das Buch bereits angesprochen. Wir beschäftigen uns ja viel mit Burschenschaften, Männlichkeiten und männerbündischer Vergemeinschaftung. Wie schätzt du die Chancen ei-



Die Realität verkennen, können sie gut: Neonazis bei einem Aufmarsch gegen den angeblich drohenden „Volkstod“.

© Antifa Koordination Lübeck

nes Zusammendenkens eurer Arbeit mit dem Konzept der kritischen Männlichkeitsforschung ein?

Eigentlich ist es ja schade, dass es uns überhaupt geben muss. Frauen werden immer wieder als das Andere konstruiert. Das machen wir ja in gewisser Weise auch. Würden wir andererseits nicht tun was wir tun, wären rechtsextreme Frauen viel weniger im Blick. Das ist eine ambivalente Situation. Grundsätzlich sind wir der Ansicht,

oder auch zu anderen Begriffen wie rechtsradikal?

Wir lehnen die Extremismusklausel – insbesondere durch die begrifflich angelegte Nähe von Rechts- und „Linksextremismus“ – ab und sind doch immer mit dem Dilemma konfrontiert, dass in dem Begriff Rechtsextremismus, „Extremismus“ vorkommt. Als ich angefangen habe in dem Themenfeld zu arbeiten, hat noch niemand von Rechtsextremismus geredet, weil „es das nicht gab“.

„Wir lehnen die Extremismusklausel – insbesondere durch die begrifflich angelegte Nähe von Rechts- und ‚Linksextremismus‘ – ab.“

dass Rechtsextremismus nur zu erklären ist, wenn man die Interaktion der verschiedenen Geschlechter zusammen denkt. Geschlecht konstruiert sich ja gerade in der Interaktion der unterschiedlichen Geschlechter. In verschiedenen Bereichen arbeiten Kolleginnen von uns mit Kollegen der Kritischen Männlichkeitsforschung zusammen – und das ist auf alle Fälle eine Bereicherung.

Wie genau lautet eure Definition von rechtsextrem in Abgrenzung an die Extremismusklausel

Das heißt, es war notwendig darauf hinzuweisen, dass es das gibt und das dann auch so zu benennen. Man muss aber auch differenzieren. Ich würde die Neue Rechte z.B. nicht als Neonazis bezeichnen, deswegen gebrauche ich ganz oft den Begriff Rechtsextremismus, weil da beides mitgedacht wird. Mir ist es weniger wichtig mich an bestimmten Begriffen abzarbeiten, sondern eher Menschen darin zu unterstützen, sensibel zu werden für rechtsextreme, neonazistische, antisemitische, rassistische Äu-

ßerungen, das ernst zu nehmen und dagegen was zu machen. Wenn ich eine Fortbildung gebe, habe ich es meistens nicht mit Leuten von der Uni zu tun, sondern z.B. mit Kita-Erzieher_innen oder Lokalpolitiker_innen. Die wollen dann beispielsweise ganz konkret wissen „Was können wir gegen Nazis und deren Kampagne gegen sogenannte „Kinderschänder“ machen?“, und da werde ich dann nicht erst über Begrifflichkeiten reden. Insgesamt verstehe ich, oder verstehen wir, unter Rechtsextremismus das Zusammenreffen von Ideologien der Ungleichwertigkeit: Sexismus, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Nationalismus und Verherrlichung des Nationalsozialismus .

Abgesehen von den Begrifflichkeiten lehnen wir die Klausel auch ab, weil sie die wichtige und notwendige antifaschistische Arbeit in bestimmten Bereichen erschwert und kriminalisiert.

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

Das antifaschistische Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus besteht seit dem Jahr 2000. Der Arbeitsschwerpunkt des bundesweiten Zusammenschlusses von Wissenschaftlerinnen, Pädagoginnen und Journalistinnen liegt auf genderspezifischen Aspekten im Rechtsextremismus. Die Mitarbeiterinnen sind im inner- und außerhochschulischen Kontext aktiv. Das Netzwerk leistet Bildungsarbeit und publiziert regelmäßig seine Ergebnisse.

Weitere Infos auf: www.frauen-und-rechtsextremismus.de

Und zum Schluss: Was wünschst du dir von kritischen Nachwuchswissenschaftler_innen?

Ganz viele spannende Hausarbeiten und Abschlussarbeiten, insbesondere auch zu bisher noch wenig erforschten Themenfeldern wie Männlichkeiten und Rechtsextremismus. Juliane Lang aus unserem Netzwerk arbeitet beispielsweise viel damit.

Danke für das Gespräch!

Endnoten:

- 1 Der Brief kritisiert die Berichterstattung zu Beate Zschäpe und dem „NSU“ kurz nach dessen Selbstenttarnung. Online unter: <http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/images/medienarbeit/offener-brief-2011-11-15.pdf>

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus

Die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung bündelt Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis und entwickelt geschlechterreflektierende Strategien der Rechtsextremismusprävention. Das Phänomen Rechtsextremismus wird noch immer häufig als „männlich“ wahrgenommen und deshalb geraten rassistische, menschenverachtende Handlungen von Frauen oft aus dem Blick. Die Fachstelle bietet Beratungen und Fortbildungen u.a. für Pädagog_innen aus Schulen und Kindertagesstätten, für Sozialarbeiter_innen und Familienhelfer_innen, sowie für Pädagog_innen, welche in Jugendzentren tätig sind, an.

Weitere Infos unter: www.gender-und-rechtsextremismus.de

Neu-Rechtes Zeitungsprojekt sucht Bewegung

Die Blaue Narzisse und die Identitären

vom Internationalismus- und Antifaschismusreferat des AStA FU

Im Juli 2013 eröffneten die Mitglieder der Blauen Narzisse (BN) um Felix Menzel in Dresden ein sogenanntes „Zentrum für Jugend, Identität und Kultur“. Es scheint der Versuch zu sein, der Identitären Bewegung (IB) in Deutschland von einer Facebook-Existenz zu einer real greifbaren zu verhelfen und die Gruppierung regional zu festigen. Die BN, 2004 als „Schülerzeitung“ in Chemnitz gestartet, ist mittlerweile zum festen Bestandteil des rechts-intellektuellen Milieus in Deutschland geworden. Auf der Suche nach neuen Ausdrucksformen für die eigenen Positionen hat man nun die Identitären für sich entdeckt.¹ Die Strategie der Neu-Rechten, einen rechten Lifestyle unter Jugendlichen zu etablieren, welcher seinen eigenen Rassismus verschleiern, ist dabei alles andere als neu. Vor allem Schüler_innen und Student_innen versucht man für die eigene Ideologie zu gewinnen. Doch von vorn:

Die Anfänge der Blauen Narzisse

Anfang 2004 erschien die erste Printausgabe der „Ersten Chemnitzweiten Schülerzeitung“ Blaue Narzisse. Bald darauf begannen Proteste gegen diese und an manchen Gymnasien wurde das Verteilen der Zeitung untersagt. Der Grund dafür: Was sich als unabhängige Schülerzeitung inszenierte, war und ist der Versuch gezielt rechtes Gedankengut an den Schulen zu verbreiten. Dabei versuchte man geschickt vermeintlich „harmlose“ Texte mit politischen zu kombinieren. Das vertretene Weltbild war für die noch sehr junge Leser_innenschaft oft nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Durch ein gezieltes Verwischen der rassistischen, homophoben, sowie nationalistischen Positi-

onen versuchte man Einfluss auf politisch noch nicht vorgebildete Schüler_innen zu gewinnen. Im Jahr 2006 widmete die Demokratische SchülerInnen- und StudentInneninitiative Chemnitz der Blauen Narzisse eine ausgiebige Analyse, in der anhand von Rechercheergebnissen und Textanalysen dargestellt wurde, dass das Autorenumfeld der BN zu großen Teilen dem extrem rechten burschenschaftlichen Milieu angehört und die vertretenen Positionen auf einem antidemokratischen und reaktionären Weltbild gründen, welches Ängste vor Überfremdung unter den Leser_innen schüren sollen.²

Ursprung im burschenschaftlichen Milieu

Wie die Broschüre nachzeichnet, speiste sich das Autorenumfeld der BN damals vor allem aus Mitgliedern der pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz. So waren die regelmäßigen Autoren der ersten Printausgaben: Benjamin Jahn Zschocke, Felix Menzel, Sebastian Schermaul, sowie Johannes Schüller alle Mitglieder dieser Verbindung. Menzel, heute Chefredakteur, war zwischenzeitlich sogar Vorsitzender des Dachverbandes der Schülerverbindungen, dem Allgemeinen Pennäler Ring. Sebastian Schermaul war hier zeitweise Kassenwart.³ Die Verbindung aus Chemnitz ist bereits mehrfach aufgrund ihrer extrem rechten Positionen aufgefallen. So organisierte man beispielsweise Wanderungen in „tschechisch besetzte“⁴ Gebiete. Laut Broschüre wurde auf Veranstaltungen das ehemalige NPD-Mitglied und der ehemalige Chefredakteur der Deutschen Stimme, Jürgen Schwab, eingeladen. Dieser schrieb unter anderem auch für das Neonaziforum Altermedia, sowie für die Zeitschrift Nation und Europa. Außerdem sollen sich auf der Gästeliste der Verbindung rechte Größen wie Hans Ulrich Kopp, Mitglied der Burschenschaft Danubia München und Autor für verschiedene rechte Zeitschriften und der Alt-68er und ehema-

lige Lehrbeauftragte am Otto-Suhr-Institut Bernd Rabehl finden lassen. Letzterer versucht seit seinem öffentlichen Bekenntnis zur rechten Szene seinen ehemaligen Weggefährten Rudi Dutschke als national-revolutionär Gesinnten darzustellen. Außerdem trat Rabehl häufiger auf Podiumsveranstaltungen der NPD auf. Der Personenkreis der Autor_innen der BN ist allerdings längst nicht auf das burschenschaftliche Milieu beschränkt. Man wirbt ganz offen um Interessierte und stellt die Zeitung gezielt als Versuchsfeld für junge Journalist_innen dar, auf dem erste Redaktionserfahrungen gesammelt werden können.

Rechte Positionierungen gleich zu Beginn

Bereits in der Erstausgabe der Blauen Narzisse fand sich ein Zitat von Leo Schlageter. Dieser wurde von den Nazis als der „erste nationalsozialistische Soldat“ gefeiert.

kulturell interessiert und freigeistig gebende Zeitung, immer wieder Bücher und Musik rezensiert, die aus der rechten Szene kommen, den politischen Hintergrund jedoch gern unter den Tisch fallen lässt.

Homosexualität und Emanzipation gilt der BN als Feindbild. Auf ihren Werbepostkarten steht geschrieben: „Ganz normal heterosexuell. Bildungsabschluss. Glücklich.“ Bildlich dargestellt wird dieses Glück durch das Bild einer Familie, welche aus Vater, Mutter und zwei Kindern besteht. Verlinkt wird unter dem Angebot dann auch gleich ein Artikel des BN-Stammautors Benjamin Jahn Zschocke, in dem sämtliche Ressentiments gegen polyamore Lebensweisen und Gender-mainstreaming in einen Topf geworfen werden. Hier wird ein Feindbild von Feminist_innen als verhasste „Emanzen“ aufgebaut⁷. Selbst die konservative ehemalige Familienministerin Ursula von der Leyen geriet unlängst in die Kritik der BN, da sie sich an-

Die CDU ist der BN schon lang nicht mehr rechts genug. Berührungssängste mit der NPD hat man keine.

Auch in der BRD beriefen sich später Neonazis auf ihn. Im Jahr 1982 wurden in der Umgebung von Stuttgart Drohungen an Firmen verschickt, alle ausländischen Arbeitnehmer_innen zu entlassen. Unterschrieben waren diese Drohbriefe mit „Aktionsgruppe Leo Schlageter“.⁵ Die Verwendung des Zitats muss als klares Bekenntnis zur extremen Rechten verstanden werden. Die Tatsache, dass der Urheber des Zitats in keinsten Weise historisch eingeordnet wird, ist typisch für den Versuch rechte Inhalte zu verschleiern.⁶

Die Analyse der Demokratischen SchülerInnen- und StudentInneninitiative Chemnitz weist außerdem nach, dass die sich als

geblich zur sehr für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare einsetze. Dadurch verletze sie „konservative und christliche Werte“⁸. Die BN bietet nun Aufkleber an, auf denen das Gesicht der Ministerin durch einen Balken verdeckt wird. Darauf steht in Großbuchstaben „HOMO-EHE“. Die CDU ist der BN schon lang nicht mehr rechts genug. Berührungssängste mit der NPD hat man keine. Chefredakteur Menzel interviewte bereits höchst persönlich den NPD-Abgeordneten Arne Schimmer, um ihn zur Krise der Konservativen zu befragen.⁹ Menzel betreut außerdem die Website Deutsche Opfer – Fremde Täter, wo man sich dem Konstrukt der Deutschenfeindlichkeit verschrieben hat

The screenshot shows the online shop of the 'Blauen Narzisse' (BN) website. The main focus is a postcard for sale. The postcard features the text "Ganz normal heterosexuell. Bildungsabschluss. Glücklich." and a graphic of a family (father, mother, and two children) holding hands. The price is listed as 50 cents. The shop interface includes a search bar, a list of products, and a sidebar with contact information and a navigation menu.

Online-Shop der Blauen Narzisse: Propaganda im Postkartenformat

und versucht, dies zu untermauern, in dem man Kriminalität ethnisiert und folglich als „Ausländergewalt“ bezeichnet.¹⁰ Auch diese Website ist bei Edition Anatois angegliedert. Neben Menzel wird Götz Kubitschek (IfS) als Verantwortlicher genannt.

BN als Teil eines Neu-Rechten Publikationsnetzwerks

Seit 2006 erscheint die BN nun vor allem als Onlineausgabe. Sie ist Teil eines publizistischen Netzwerkes der Neuen Rechten. Weitere Teile sind u.a. die Wochenzeitung Junge Freiheit, der neu-rechte Thinktank des Instituts für Staatspolitik (IfS) mit Sitz in Berlin, sowie das hier verlegte Strategie-Blatt Sezession. Hinzu kommen verschiedene Verlage. Felix Menzel, Chefredakteur der BN, schreibt mittlerweile für alle der genannten Zeitungen. Mit Kubitschek vom IfS ist er eng vertraut. Ein von ihm verfasstes Büchlein erschien im Verlag Anatois, welcher auch die Werke des französischen neu-rechten Vordenkers Alain de Benoist verlegt. 2012 traf sich dieses Netzwerk zum Zwischentag, einer selbsternannten Medienmesse, in Berlin. Vorort waren die bereits genannten Publikationen, sowie die Berliner Burschenschaft Gothia, der Allgemeine Pennäler Ring und das IfS, aber auch die German Defense League und das verschwörungsideologische Compact-Magazin um Jürgen Elsässer, welchem die FU Berlin 2012 Räumlichkeiten für eine Konferenz vermietete.¹¹ Redebeiträge gab es u.a. von Norbert Weidner, damals noch in der Position als Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter. Wenige Monate zuvor hatte dieser die Hinrichtung des NS-Widerstandskämpfers Bonhoeffer als „juristisch gerechtfertigt“ bezeichnet und ihn als „Landesverräter“¹² verunglimpft. Bevor Weidner in die Burschen-Uniform wechselte war er u.a. Mitglied der Wiking-Jugend und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Beide Organisationen sind heute aufgrund ihres klaren NS-Bezugs verboten. Auch im Oktober 2013 wird sich die BN nach eigenen Angaben wieder am Zwischentag beteiligen.

Rassismus als solchen benennen

Wichtig für die richtige Einordnung der neu-rechten Ideologie, für welche die BN exemplarisch gelten kann, ist das Verstehen des Konzepts des Ethnopluralismus und des hier verwendeten Kulturbegriffes.

Klar biologistisch begründete Rassenkonzepte gelten in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus bis in die vermeintliche „Mitte der Gesellschaft“ als verpönt. Rassis-

tische Diskriminierung geht derweil in modernisierter Form weiter. Die Neue Rechte, welche genau hier versucht Anknüpfungspunkte zu finden, vermeidet offensichtliche Bezüge zur klassischen Rassenideologie. Stattdessen bedient man sich neuer Formen der Kategorisierung und Abwertung von Menschen. Im Ethnopluralismus werden Menschen nun nach konstruierten, kulturalistischen Unterschieden eingeordnet. Der Begriff „Rasse“ wird geschickt durch den der „Kultur“ ersetzt. Folgerichtig plädiert man für eine Reinhaltung der eigenen Kultur. Wichtiges Stichwort ist das „Europa der Vaterländer“. Dadurch wird versucht eine gewisse Toleranz vorzutäuschen, da zumindest allen Kulturen eine Existenz zugestanden wird, jedoch bitte nur an ihrem jeweils angestammten Platz. Migration ist hier unerwünscht.

Im Verständnis der Neu-Rechten ist die eigene europäisch-abendländische Kultur besonders schützenswert und ihre Hegemonie ließe sich anhand der besonderen Geschichtsträchtigkeit ihrer Völker ableiten. Dadurch konstruiert man einerseits eine so nicht existierende europäische Homogenität und wertet gleichzeitig alle hier nicht eingeschlossenen ab. Was sich früher „Herrenrasse“ nannte, wird nun zu „kultureller Hegemonie.“¹³ Die Abwertung findet auf Grund zugeschriebener Kulturmerkmale statt. Der Autor Hannes Bode beschreibt den verwendeten Kultur-Begriff wie folgt: „Das Spezifische ist hierbei, das Kultur nicht zuerst mit Sprache, Vergesellschaftung, Erziehung, Bildung bzw. mit menschlicher geistiger Tätigkeit identifiziert, sondern zu einer ethnischen Kategorie hypotasiert wird, als den Einzelnen qua Abstammung aus einem Kollektiv zukommendes Erbe“¹⁴ Er beschreibt außerdem die „Zwangskollektivierung der Einzelnen“ als „Kernelement“ des Rassismus, mit welcher eine Leugnung der Universalität des Mensch-Seins einher geht¹⁵. Dabei bezieht sich Bode auf die Arbeit von Albert Mimmi welcher Rassismus als: „[...] die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver biologischer Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der eine Aggression gerechtfertigt werden soll.“¹⁶ definiert.

Blaue Narzisse entdeckt die Identitären

In den letzten Monaten ist eine Annäherung der BN an die sogenannte Identitäre Bewegung auffällig. Dies scheint logisch, betrachtet man die Argumentationsmuster, die hier verwandt werden. Die Identitären, als vergleichsweise neues Phänomen in

Deutschland, gehen zurück auf die *Génération Identitaire* aus Frankreich, der Jugendorganisation des *Bloc Identitaire*. Unlängst erklärte man auf der Videoplattform YouTube Europa den Krieg. Im Video, das man tatsächlich als Kriegserklärung verstanden wissen will, wird vor allem die 68er-Generation und Multikulti als Feindbild genannt, eine Argumentationslinie, die sich auch regelmäßig in der BN finden lässt. Damit einhergehend ist die Ablehnung von sexueller Befreiung und Emanzipation. Eine homogene europäische Identität wird mit viel Pathos heraufbeschworen. Mit dramatischer Musik hinterlegt, konstruieren die Protagonist_innen ihre eigene Opferrolle: „Wir erleben 25% Arbeitslosigkeit, Sozialschuld, Kollaps von Multikulti und eine Explosion des gegen Weiße gerichteten Rassismus“. Im Video heißt es weiter, man wende sich gegen eine „erzwungene Rassenmischung“ und droht zum Schluss: „Wird werden nicht zurückweichen, wir werden nicht nachgeben!“^{17/18}

Als Erkennungszeichen dient der Gruppierung der griechische Buchstabe Lambda. Historisch bezieht man sich auf die Ge-

der Aufschrift „Europa der Regionen, Europa der Völker!“. „Hautnah dabei“ berichtete der BN-Autor Moritz Schellenberg über ein Identitäres Treffen im Mai 2013 in Berlin und versucht die Gruppierung als hoffnungsvolle und konsumkritische Jugendbewegung darzustellen. Ein „Zentrum für Jugend, Identität und Kultur“ in Dresden zu eröffnen, scheint nun der Versuch zu sein, der Identitären Bewegung ein feste Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, um Gruppentreffen und Schulungen durchzuführen. Wie gamma-antifaschistischer Newsflyer für Leipzig und Umgebung berichtet, ist der BN-Autor Johannes Schüller Teil einer Identitären Gruppe in Berlin.¹⁹ Außerdem sei eine Gruppe der Identitären in Münster aus der BN-Redaktion herausgegründet worden.²⁰ Die IB scheint schon lang durch die Neu-Rechten um Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik beobachtet zu werden. In einem der gamma-Redaktion vorliegenden internen Schreiben des Ifs mit dem Titel „Projekt Identität – Deutsches Konzept zu einer europäischen Bewegung“, wird beschrieben, wie mit der Gruppierung umgegangen werden soll und wie diese am besten

Wer Burschschafter ausschließlich als anachronistischen Karnevalsverein belächelt, unterschätzt ihr Potential.

schichte der 300 Spartaner, die gegen die Invasion kämpfen. Man sieht sich als heroische Kämpfer_innen, welche Europa vor dem Untergang bewahren wollen. Auch die IB verwendet das bereits erwähnte Konzept des Ethnopluralismus. Man ist bemüht das Wort Rassismus weitestgehend zu meiden. Immer wieder liest man den Slogan „100% Identität, 0% Rassismus.“ Eine Behauptung die allein aufgrund des Videos unglauwbüdig ist und sich noch verstärkt, betrachtet man, wer sich in Deutschland hinter den Identitären verbirgt.

Die extreme Rechte in Deutschland hat das Label IB unlängst als verheißungsvolle Neuheit entdeckt, über die versucht wird Jugendliche für die eigene Sache zu gewinnen. Es haben bereits die unterschiedlichsten Gruppierungen Interesse bekundet, vom offen neonazistisch agierenden Kameradschafts-Spektrum, bis hin zur neu-rechten Blauen Narzisse. Diese veröffentlicht seit letztem Jahr regelmäßig Artikel zum Thema. Im Dezember 2012 erschien bereits eine Ausgabe unter dem Titel „Identitär! Aber wie?“. Im Online Shop vertreibt man Lambda-Aufkleber mit der Aufschrift „Identitäres Europa“, passend dazu gibt es Poster für das neu-rechte-Jugendzimmer mit

zu nutzen sei. Entstanden ist das Papier kurz bevor Kubitschek an einem Kongress der *Génération identitaire* in Orange (Frankreich) teilnahm.²¹ Gamma veröffentlichte Zitate Kubitscheks zu den Vorteilen der IB aus dem Schriftstück. Hier heißt es u.a.:

„a) die Namenswahl ‚Identitär‘ bzw. ‚Identität‘ ermöglicht es den Gruppen, zunächst auf die Wörter ‚rechts‘ oder ‚National‘ oder ‚konservativ‘ zu verzichten;

b) die Aktivisten sind kompromißlos und [...] immer in ganzen Gruppen tätig;

c) die Feinderklärung richtet sich nach außen (Zuwanderung), vor allem aber nach Innen (Staat, verlogene 68er-Generation, Überschuldung, Perspektivlosigkeit).“²²

Fazit:

Es zeigt sich, wer Burschschafter ausschließlich als anachronistischen Karnevalsverein belächelt, unterschätzt ihr Potential. Menzel und seine Mitstreiter_innen haben den Mief von Verbandszeitungen wie den Burschenschaftlichen Blättern hinter sich gelassen. Optisch gibt man sich hipp und jugendlich. Die Inhalte bleiben je-

doch die gleichen. Das Publikationsprojekt Blaue Narzisse hat, aus dem Verbindungsmilieu stammend, mittlerweile einen festen Platz in der Zeitungslandschaft der extremen Rechten gefunden. Man versucht immer wieder neue aktivistische Erscheinungsformen für sich nutzen, um auch außerhalb des rechts-intellektuellen Szenesumpfes an Einfluss zu gewinnen. Deutlich wird dies an den aktuellen Bemühungen, sich die Identitäre Bewegung anzueignen. Der Schritt ein eigenes Zentrum in Dresden zu eröffnen könnte dafür sorgen, dass sich die Identitäre Bewegung und die Blaue Narzisse weiter professionalisieren. Das ist zumindest der eigene Wunsch. Letztere wird wohl für das nächste Jahr pausieren, da man sich voll und ganz dem neuen Zentrum widmet. Danach sind neue Ausgaben geplant. Ob die BN ihren Leser_innenkreis aber tatsächlich ausweiten kann, bleibt fraglich. Es wird in Zukunft weiterhin davon abhängen, ihre Standpunkte als das zu entlarven, was sie sind: reaktionär und rassistisch. Es gilt auch, an den eigenen Fachbereichen die Augen offen zu halten und rechten Ideologien keinen Platz zu bieten. Gerade neu-rechte, sich intellektuell gebende Ideolog_innen, haben Studierende unlängst zur Zielgruppe der eigenen Propaganda erklärt und suchen hier nach neuen Leuten. Dabei bauen sie darauf, dass gerade Studierende sich selbst als Elite wahrnehmen, denen es auf Grund des sozialen Standes zustünde, Macht in der Gesellschaft auszuüben. In Berlin besteht mit der Jungen Freiheit, dem Institut für Staatspolitik, verschiedenen Studentischen Verbindungen, wie z.B. Der Burschenschaft Gothia, aber auch mit Veranstaltungen wie dem Zwischentag, ein Schwerpunkt neu-rechter Strukturen und Aktivitäten. Dazu könnte bald ein weiteres Zentrum der IB kommen. Damit Universitäten nicht zu einem Ort werden, an dem das rechts-intellektuelle Milieu Nachwuchs rekrutieren kann, ist wichtig, diese Entwicklungen zu kennen, um sie egal ob im Seminar, in der Vorlesung, auf der Straße oder sonst irgendwo zurückweisen zu können.

Endnoten

- 1 Vgl.: Andreas Frenz: Die „Identitäre Bewegung“, in: LOTTA # 52.
- 2 Vgl.: Demokratische SchülerInnen- und StudentInneninitiative Chemnitz: Die Blaue Narzisse – freigeistige Schülerzeitung, oder neurechtes Kampfblatt?, Chemnitz 2006.
- 3 Vgl.: Ebenda.
- 4 Zitiert nach: Demokratische SchülerInnen- und StudentInneninitiative Chemnitz.

- 5 Vgl.: Ebenda.
- 6 Vgl. Ebenda.
- 7 <http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/2949-kleine-reihe-zu-den-groesten-fehlern-der-konservativen-vii-warum-die-angst-der-konservativen-vor-dem-gender-mainstreaming-ungerechtfertigt-ist>
- 8 <http://laden.blauenarzisse.de/allgemein/verarscht-homo-ehe/>
- 9 <http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/2699-kleine-reihe-zu-den-groesten-fehlern-der-konservativen-iv-die-kritik-von-rechts-im-gespraech-mit-dem-npd-landtagsabgeordneten-arne-schimmer>
- 10 Vgl.: <http://gamma.noblogs.org/archives/1439>
- 11 <http://www.blog.schattenbericht.de/2012/11/ein-zwischentag/>
- 12 <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/burschenschafter-hetzt-gegen-nazi-widerstandskaempfer-bonhoeffer-a-826757.html>
- 13 Vgl. Demokratische SchülerInnen. und StudentInneninitiative Chemnitz.
- 14 Hannes Bode: Antirassismus muss theoretisch werden, In: Antifaschistisches Infoblatt Nr.99.
- 15 Ebenda.
- 16 Vgl.: Albert Mimmi: Rassismus. Hamburg 1992
- 17 <http://www.youtube.com/watch?v=hBM3Hk7wGP4>
- 18 Vgl.: Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main: Identitäre Bewegung erklärt den Krieg. In: monitor Nr.57.
- 19 <http://gamma.noblogs.org/archives/1458>
- 20 <http://gamma.noblogs.org/archives/1439>
- 21 <http://gamma.noblogs.org/archives/1458>
- 22 Zitiert nach: Ebenda.

Lesetipp:

Demokratische SchülerInnen- und StudentInneninitiative Chemnitz: Die Blaue Narzisse – freigeistige Schülerzeitung, oder neurechtes Kampfblatt?, Chemnitz 2006.

Online unter: <http://bnkampagne.ohost.de/brosch.php>

Zur Bildungspolitik der AfD

Eine Klarstellung

von Andreas Kemper

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine installierte Partei. Der Entstehungsprozess kann in drei Phasen unterteilt werden. Von 2003 bis 2009 bildete sich eine neoliberal-konservative antiparlamentarische Opposition, Netzwerke von neoliberalen Wirtschaftsprofessoren, die wie im Hamburger Appell 2005 Sozialkürzungen forderten, aber auch elitär-konservative Lobbygruppen, die wie die Zivile Koalition die Großgrundbesitze des ehemaligen ostelbischen Junkertums zurückforderten. Ab 2009 kam mit Thilo Sarrazin erstmals eine konservative Opposition gegen Merkels CDU-FDP-Koalition zum Tragen, die dann mit Anti-ESM-Protesten fortgeführt wurde. Die Netzwerke verban-

der sozialen Herkunft ab als in anderen Industriestaaten. Mit dem gegliederten Schulsystem haben wir noch eine Schulstruktur, die aus dem 19. Jahrhundert stammt. Nach dem Krieg empfahlen die Alliierten in der ZOOK-Kommission, das dreigliedrige Schulsystem durch eine moderne Gemeinschaftsschule zu ersetzen. Konservative bürgerliche Kräfte setzten sich für den Erhalt des ständischen Schulsystems ein. 2010 verhinderte ein von privilegierten Schichten initiiertes Volksentscheid eine sechsjähriger Primärschule und sorgte somit für den Erhalt der frühen Selektion. Vorher wurde bereits der Elternwille als einziges Kriterium für die Wahl der Schulform durchgesetzt. Genau für diese Mischung aus Familienorientierung und früher Selektion steht die Politik der AfD. Bis 1918 gab in Deutschland das ostelbische Junkertum den Ton an und nach dem kurzen demokratischen Zwischenspiel

Die Bildungschancen in Deutschland hängen stärker von der sozialen Herkunft ab als in anderen Industriestaaten

den sich und konnten in einer dritten Phase ab September 2012 schließlich konkrete Schritte zu einer Parteigründung einleiten. Zunächst wurde mit einem Wahlbündnis zur Unterstützung der Freien Wähler eine bundesweite Struktur geschaffen, um dann nach den Niedersachsenwahlen im Februar 2013 die Partei AfD zu installieren.

Meine Recherchen ergaben, dass die AfD sozialselektiv ist. Sie fordert rote Linien in der Europa- und in der Einwanderungspolitik; führende Vertreter_innen der AfD entwickeln seit Jahren Konzepte, die im Endeffekt auf eine sozialselektive Demokratie hinauslaufen. Auch die Bildungspolitik der Partei ist von diesen Standpunkten geprägt.

Wie allgemein bekannt, ist hängen die Bildungschancen in Deutschland stärker von

der Weimarer Republik wurden klassen- und rassenbezogene Erbtelligenzansätze zu einer zentralen Wissenschaftspraxis ausgebaut, deren Protagonisten wie Ottmar von Verschuer und Karl Valentin Müller bis in die späten 1960er Jahre wirkten und zum Teil von Gymnasiallehrer_innenverbänden protegert wurden. Vor kurzem wurde das biologistische Erbtelligenzparadigma von Thilo Sarrazin durch eine Millionenaufgabe seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ revitalisiert. Interessensverbände, die die Rückgabe der unter sowjetischen Einfluss enteigneten Landgüter des ostelbischen Junkertums einforderten, wuchsen im Laufe der Zeit zu mächtigen Kampagnennetzwerken, die mit ihrer ständisch-konservativen Ideologie nicht nur den Kurs der AfD mitbestimmen, sondern auch maßgeblichen Anteil an der Gründung eben dieser hatten.

Diese quasi-ständische Bildungspolitik wird zudem aufrecht erhalten von konservativen Lehrer_innenverbänden wie dem Deutschen Philologenverband oder dem Deutschen Lehrerverband.

Das Wahlprogramm der AfD ist insgesamt sehr kurz: Zur Bildungspolitik findet sich nur die Aussagen, dass es einheitliche Bildungsstandards geben solle, Bildung die Kernaufgabe der Familie sei und die Eltern in erster Linie für Bildung und Erziehung ihrer Kinder zuständig seien. Der Staat habe sie dabei nur zu unterstützen. Frühkindliche Bildungsangebote sollten dabei allerdings unabhängig vom Familienhintergrund verfügbar sein. In ihrem hundertseitigen Argumentationsleitfaden schicken die Herausgeber_innen dem

aus Gymnasium, Realschule, Hauptschule/Gemeinschaftsschule. Die Alternative für Deutschland wird die Entwicklung der Gemeinschaftsschule daraufhin beobachten, welche Modelle sich bewähren bzw. nicht bewähren. Wesentlich ist eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Über Bildungsgutscheine soll eine optimale Allokation der finanziellen Mittel sichergestellt werden.“

Durch die Bildungsgutscheinvergabe kommt es zu einer Konkurrenz der Schulen untereinander. Auch Privatschulen sollen ausgebaut und ebenfalls über Bildungsgutscheine der Eltern finanziert werden. Hierbei betont die AfD, dass Bildung in der Eigenverantwortung der Familie liege und von einer „Privatisierung“ der Bildung nicht die

Kinder frühzeitig für ihr ganzes Leben einzusortieren – von der UNESCO angeprangert, von der AfD bewusst gefordert

Abschnitt „Bildungspolitik“ ein programmatisches Zitat des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, voraus:

„Deutschland leidet unter mehreren Wahnvorstellungen. Der Egalisierungswahn, die Ideologie nämlich, dass alle Menschen, Strukturen, Werte und Inhalte gleich oder gleichgültig seien; dann der Machbarkeitswahn, der Wahn, jeder könne zu allem begabt werden; drittens der Wahn einer Spaß-, Erleichterungs- und Gefälligkeitpädagogik; viertens ein Quotenwahn, die planwirtschaftliche Vermessenheit nämlich, es müssten möglichst viele Menschen mit dem Abitur-Zeugnis ausgestattet werden; und schließlich der Beschleunigungswahn, die Vision also, man könne in immer weniger Bildungsjahren zu besser gebildeten jungen Leuten und zu einer gigantisch gesteigerten Abiturientenquote kommen.“ (Josef Kraus, zit. n. Pk AfD-BW 2013: 64)

Konkret umgesetzt heißt diese Programmatik für das hochselektive Schulsystem in Deutschland: „Ein hinreichender Bildungsstandard wurde erreicht, wenn Schüler in ihrer jeweiligen Schulform die Fähigkeiten und Fertigkeiten erlangen, die sie in ihrem nächsten biographischen Stadium benötigen.“ (ebd.: 66) Man beachte die zuweisende und einschränkende Zuweisung: „in ihrer jeweiligen Schulform“ und zwar entsprechend ihrem nächsten entsprechendem biographischen Stadium. Kinder frühzeitig für ihr ganzes Leben einzusortieren – was die UNESCO in ihrer Studie zu Disadvantages in Rich Nations anprangerte – wird hier von der AfD bewusst gefordert. Konkret heißt es:

„Die Alternative für Deutschland steht für ein reformiertes mehrgliedriges System, bestehend

Rede sein könne, da Bildung immer schon „eine intrinsisch private Angelegenheit“ sei. (ebd.: 72) Dies wird voraussichtlich zusätzliche sozialelektive Effekte haben.

In „Problemschulen“ sollte das Vermitteln von „Selbstkontrolle“ und „Selbstdisziplin“ oberste Priorität haben. Die AfD vertritt hier die These der generationsübergreifenden „Kultur der Armut“ und fordert entsprechend Geldstrafen für Eltern: „Bezüglich Familien, die zum Teil über Generationen hinweg von Wohlfahrtsstaatsabhängigkeit geprägt sind und die Kinder weder durch Vorbilder noch durch elterliches Engagement zu Leistung motivieren, ist auch über finanzielle Konsequenzen bei unzureichendem elterlichem Engagement nachzudenken.“ (ebd.: 71) Der Staat solle nur intervenieren, wenn es in Familien Probleme mit der Disziplin der Kinder gäbe. (ebd.: 73) – im Klartext: sozialkompensatorische Maßnahmen werden als unzulässiger Eingriff in die „Subsidiarität und Eigenverantwortung“ der Familien ablehnt. Kinderkrippen bis zum dritten Lebensjahr sollen in der Regel kostenpflichtig sein, da diese keinen Bildungsauftrag verfolgten. (ebd.: 74)

Zur Hochschulpolitik schreibt die AfD, dass sie die „fortschreitende Akademisierung“ der Gesellschaft, also die relativ zur Bevölkerung steigenden Studierendenzahlen, ablehnt. Die AfD tritt hier also für „Klasse statt Masse“ ein und möchte zusätzlich den Verwaltungsapparat der Hochschulen „verschlanken“. (ebd.: 75) Zusätzliche Finanzierung könnten die Hochschulen durch nachlaufende Studiengebühren erhalten. (ebd.: 76) Die AfD möchte durch ein entspre-

chendes Wettbewerbssystem zwischen den Hochschulen erreichen, dass einige wenige Hochschulen auf internationale Spitzenpositionen vorrücken. (ebd.: 78f.)

Ergänzen möchte ich diese Positionen aus der Programmkommission der AfD noch um erschreckende Aussagen von führenden Repräsentanten der Partei.

So schrieb Konrad Adam, Bundesvorstand der AfD, in einem Artikel mit dem Titel „Bildung lässt sich nicht umverteilen“:

„Nachdem das katholische Landarbeitermädchen in seiner Funktion als Menetekel der Schulreformer ausgedient hatte, musste ein Nachfolger her, um die Bewegung in Trab zu halten. Der ist auch bald gefunden worden. Die Wahl fiel auf den Großstadtjugendlichen aus Hartz-IV-Milieu, männlichen Geschlechts, türkischer Herkunft und muslimischen Glaubens [...] Da er sich schwertut mit dem Lernen, aber gern zuzieht, wenn ihm irgendetwas nicht passt, liegt er bei den Schulabschlüssen am unteren, in der Kriminalstatistik am oberen Ende der Skala: ein ziemlich hoffnungsloser Fall, aber gerade so, als mehrfach geschädigtes Opfer der Gesellschaft, der ideale Zuwendungsempfänger für die deutsche, pädagogisch hoch ambitionierte Betreuungsindustrie.“ (Adam 2011)

Es handelt sich hierbei um eine diskriminierende Pauschalisierung gegenüber „Arbeitersöhnen“ mit türkisch-islamischen Hintergrund. Es wird suggeriert, sie seien bildungsunfähig, „ziemlich hoffnungslose“ Fälle, ihnen wird ein Hang zu Gewaltverbrechen unterstellt. Zugleich diffamiert Adam pauschal diejenigen Menschen im Bildungssystem, die nicht seine Meinung der „Bildungsunfähigkeit“ teilen. Diese Argumentation fand sich bereits zusammengefasst in einem Spruch, der von der offiziellen Facebook-Seite der AfD gepostet wurde und der terminologisch aus dem NPD-Umfeld kommt: „Klassische Bildung statt Multikulti-Umerziehung“.

Adam ist leider kein Einzelfall. Auch Roland Vaubel vom Wissenschaftlichen Beirat der AfD und in Rheinland-Pfalz ebenfalls Kandidat für die Bundestagswahlen spricht sich anscheinend pauschal gegen das Studium von „Bildungsaufsteigern“ aus. So in seinem Buchbeitrag Empirie versus Logik in der Wirtschaftswissenschaft:

„Dass die Ökonomen die Flucht in die Logik angetreten haben, hat jedoch einen weiten Grund. Die vertikale Mobilität zwischen den sozialen Schichten hat im 20. Jahrhundert stark zugenommen, was zweifellos zu begrüßen ist. Der Anteil der Professoren und Studenten, die aus einfachen Verhältnissen stammen, ist heute

weitaus größer als im 19. Jahrhundert. Das gilt auch für die Ökonomen. Wer in einem bildungsfernen Elternhaus aufgewachsen ist, bringt geringere sprachliche Fertigkeiten mit und ist daher im Bereich der verbalen Logik benachteiligt. Die mathematische Logik wird dagegen weniger durch das Elternhaus als durch die Schule vermittelt. Die Aufsteiger präferieren daher die mathematische Logik. Wer heute Volkswirtschaftslehre studiert, tut es nicht selten nur deshalb, weil er oder sie nicht gut Deutsch kann, sich aber ein naturwissenschaftliches Studium nicht zutraut. Da die Aufsteiger eher ‚linke‘ Positionen vertreten als die Kinder aus bürgerlichem Elternhaus, würde man bei den Modellökonomern eine stärkere Linksorientierung erwarten. Für die amerikanischen Pioniere der mathematischen Modellierung (Paul A. Samuelson, Robert Solow, Kenneth Arrow) trifft dies eindeutig zu. Außerdem könnte eine Rolle spielen, dass sich der Modelllogiker weniger mit der Welt als mit seinem eigenen Gedankengebäude beschäftigt. Er nimmt die Welt weniger zur Kenntnis. Bei einem deutschen Ordoliberalen wird man nur selten logische Übungen finden.“

Hier wird wiederum mit unerträglichen und diskriminierenden Pauschalisierungen gegen Arbeiter_innenkinder polemisiert. Entsprechend forderte das autonome Referat für studierende Arbeiter_innenkinder im AstA der Uni Münster in einem offenen Brief den VWL-Professoren und Landessprecher der AfD-NRW um eine Stellungnahme zu den diskriminierenden, klassistischen Aussagen seiner Parteikollegen (Fikus-Referat 2013).

Literatur:

Adam, Konrad (2011): Bildung lässt sich nicht umverteilen, in: Merkur, August 2011 <http://www.eurozine.com/articles/2011-08-17-adam-de.html>

Fikus-Referat (2013): Offener Brief an Alexander Dilger, URL: <http://fikus.asta.ms/offener-brief-an-alexander-dilger/>

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster

Pk AfD-BW (Programmkommission der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg) (2013): Argumentationsleitfaden zur Bundestagswahl 2013. Version 1.0, Stand 15.07.2013

Vaubel, Roland (2013): Empirie versus Logik in der Wirtschaftswissenschaft, in: Das Zeitalter von Herbert Giersch. Herausgegeben von Lars P. Feld, Karen Horn und Karl-Heinz Paqué. Tübingen 2013 <http://blogs.faz.net/fazit/2013/04/02/ruinieren-die-bildungsfernen-die-okonomische-wissenschaft-1361/>

„Wie schwer sich daran zu erinnern“

Die Ausstellung „Russenslager‘ und Zwangsarbeit – Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener“ zu Gast an der FU

von Fabian Bennewitz

Der AStA FU und die FSI Geschichte präsentierten in Kooperation mit KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. die Ausstellung „Russenslager‘ und Zwangsarbeit – Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener“. Ausstellungsort war das Foyer vor dem Hörsaal 1a. Die Ausstellung und das begleitende Rahmenprogramm sollten entgegen der vorherrschenden deutschen Erinnerungskultur an das Schicksal der Kriegsgefangenen erinnern und dazu beitragen, den „vergessenen Opfern“ des Nationalsozialismus Gesicht und Stimme zurückzugeben.

Über drei Millionen Menschen starben in deutschen Lagern, verhungerten, erfroren, starben an Seuchen, Erschöpfung und durch Misshandlungen. Die Rotarmisten, die die ersten Monate in den Massenlagern überlebten, wurden in Massentrecks und Viehwaggons ins Deutsche Reich gebracht und mussten dort Zwangsarbeit leisten; Rotarmistinnen wurden meistens sofort nach Gefangennahme erschossen.

Die Ursache für das Massensterben war keineswegs wie von angeklagten deutschen Militärs in den Nürnberger Prozessen vorgebracht wurde, die Überforderung mit der schierem Zahl der Kriegsgefangenen. Das massenhafte Sterben von Internierten der so genannten „Russenslager“ durch Unterernährung und Krankheiten wurde billigend in Kauf genommen und war auch so vorausge-

Es wird davon ausgegangen, dass von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen nur etwa 40 Prozent überlebten.

„Nicht arbeitende Kriegsgefangene haben zu verhungern“, erklärte Eduard Wagner, Quartiermeister im Oberkommando des deutschen Heeres, im November 1941 den Generälen an der Ostfront. Diese zynische Anweisung bildete die Grundlage für eines der größten Kriegsverbrechen der Geschichte. Durch die anfänglichen schnellen Vorstöße der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion – dem sogenannten „Unternehmen Barbarossa“ – und gerade die großen Kesselschlachten bei Minsk, Smolensk und Kiew gerieten hunderttausende sowjetische Soldaten in deutsche Gefangenschaft. Es wird davon ausgegangen, dass von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen nur etwa 40 Prozent überlebten.

sehen worden – bildete die Dezimierung der „sowjetischen Untermenschen“ doch einen wichtigen Bestandteil des „Raum- und Kulturkampfes des deutschen Volkes“. Schon im Mai 1941 war den Planern des Ostfeldzuges völlig klar, dass im Verlauf des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion „zig Millionen Menschen verhungern würden“¹. Welche Ausmaße diese planmäßige Vernichtung von Menschenleben annahm, lässt sich noch einmal verdeutlichen, wenn man die Zahlen der „Russenslager“ in den eroberten Gebieten betrachtet: Von den 361.000 Kriegsgefangenen, die noch im Herbst 1941 im Generalgouvernement Polen interniert waren, starben bis April 1942 ca. 85 Prozent. Im Winter 1941/42 kamen von den 3,5 Milli-

onen Gefangenen bis zu zwei Millionen ums Leben. Der sogenannte „Kommissarbefehl“ erkannte allen politischen Kommissaren der Roten Armee den Status der Kriegsgefangenen ab und forderte ihre sofortige Erschießung. In der Praxis wurden alle jüdischen Soldaten, sowie Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei sofort erschossen. Auch durch die Gewalt der Wachmannschaften kamen viele Gefangene ums Leben, da auf allgemeinem Befehl „sofort und rücksichtslos“ von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden sollte und jeder Widerstand durch den Einsatz härtester Gewalt zerschlagen werden sollte. „Der bolschewistische Soldat (...) habe jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenwerter Soldat verloren.“² Das Töten sowjetischer Kriegsgefangener war faktisch straflos.

Die Verzweiflung in den Lagern und auf den Trecks Richtung Westen und in die Zwangsarbeit war grenzenlos. Halb verhungerte Kriegsgefangene (tägliche Ration: zwei

Kartoffeln oder 100 Gramm Brot) schälten die Rinde von den Bäumen um sie zu essen und gruben mit bloßer Hand Erdhöhlen in den gefrorenen Boden um sich vor Witterung zu schützen. Die ersten Lager waren selten mehr als freies, mit Stacheldraht umzäuntes Gelände, auf dem die Gefangenen ihrem Schicksal überlassen wurden.

Auch nach der Befreiung 1945 endete der Leidensweg vieler Kriegsgefangener nicht. Durch Stalin als Verräter und Deserteure gebrandmarkt und unter dem Generalverdacht der Kollaboration stehend, wurden die Befreiten zunächst in so genannten „Filtrationslagern“ festgehalten und verhört. Viele wurden daraufhin für weitere Jahre in Straflagern interniert und bei der Rückkehr ins zivile Leben diskriminiert und von vielen Berufen und Bildungseinrichtungen ausgeschlossen. Erst 1995 wurden die ehemaligen Kriegsgefangenen in Russland endgültig rehabilitiert.



Inneres eines „Krankenhaus“-zimmers im deutschen Kriegsgefangenenlager, das von der 75. Infanteriedivision der 9. U.S. Armee eingenommen wurde, in Hemer, Deutschland. Hier lagen Männer, einige mit Tuberkulose, ohne irgendwelche Decken. In diesem Lager mit 22.000 Männern, waren 9.000 Krankenhausinsassen. Die meisten Gefangenen waren Russen.



Simon Zakanjan

Um sich davon zu überzeugen, dass es unter den Leichen keinen Lebendigen gab, wurden die Kriegsgefangenen gezwungen, die Leichen in einer solch groben Weise zu werfen, dass man sich unmöglich würde tot stellen können.

Porträt von Simon Zakanjan.

In der Ausstellung erzählen er und andere Überlebende ihre Geschichte

Auf deutscher Seite verschloss man schnell die Augen vor den Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und verdrängte weitgehend die eigene Schuld. „Russische Gräueltat“ bei der Invasion Nazi-Deutschlands und eigene Flucht- und Vertreibungserfahrungen, sowie die späte Rückkehr deutscher Gefangener aus sowjetischer Haft dominierten die Nachkriegs-Diskurse. Man sah sich selbst als Opfer. Die deutschen Verbrechen schienen weit weg, obwohl sie durch den Einsatz Kriegsgefangener in der Kriegswirtschaft, die „Russenslager“ und Massengräber auf Reichsgebiet und durch Berich-

te von Soldaten der Ostfront weitläufig bekannt gewesen sein müssen. Auch von offizieller Seite wurden die Kriegsverbrechen gegen sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten in der BRD bewusst kaum aufgearbeitet. Denn mit der Teilung Deutschlands und einer Welt sich feindlich gegenüberstehender Blöcke war aus dem alten Feind, der Neue geworden – Deutschland war für die Mehrheitsgesellschaft Opfer sowjetischer Verbrechen geworden und die Bedrohung schien sich durch Besatzung und Gründung der DDR fortzusetzen.³

Auch heute verweigert die Bundesregierung eine Entschädigung für die noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen. Anders als zivile Zwangsarbeiter_innen werden sie nicht als NS-Opfer anerkannt. 2003 wies das Oberverwaltungsgericht Berlin-Moabit eine Klage ehemaliger armenischer Kriegsgefangener ab, da „Kriegsgefangenschaft keine Leistungsberechtigung begründet“⁴. Im Juni 2013 wurde ein Antrag auf Entschädigung im Bundestag erneut abgelehnt.

Umso wichtiger erschien es, mittels einer Ausstellung das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen zumindest einige Woche in den Mittelpunkt zu rücken, welches auch im universitären Bereich bislang kaum Beachtung fand. Der Initiator der Wanderausstellung ist der Verein „KONTAKTE-KOHTAKTbI – Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Kriegsverbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen der deutschen Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Nachdem Entschädigungszahlungen an Überlebende, für die der Verein mittels Petitionen lange gekämpft hatte, vom deutschen Staat abgelehnt wurden, organisierte der Verein Spendenkampagnen für die noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen. Die Ausstellung basierte zum einen auf tausenden Lebenserinnerungen der Zeitzeugen, die ihre Gefangenschaft in Briefen an KONTAKTE-KOHTAKTbI schilderten, zum anderen

auf großformatigen Portraits überlebender Kriegsgefangener aus Russland und Armenien. Die vielen individuellen Schilderungen und die Portraits von Überlebenden, die von den Nazis als „rassisch minderwertige Todfeinde“ gequält wurden, erinnerten den Besucher_in daran, dass hinter den anonymen Opferzahlen immer einzelne menschliche Schicksale stehen. Das Konzept der Ausstellung zielte darauf ab, den Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen ein Gesicht zu verleihen.

Begleitet wurde die Ausstellung, die auch vom Präsidium der FU und dem Friedrich-Meinecke-Institut unterstützt wurde, von

Gästebuch und vor Ort belegen, wie wenig bewusst dieses Kapitel der nationalsozialistischen Verbrechen den Allermeisten war. Insgesamt wurde die Ausstellung in der Universität als durchweg positiv beurteilt, als einen wichtigen Beitrag zum universitären Betrieb.

Im Namen der Organisator_innen möchte ich mich bei allen bedanken, die mitgeholfen haben, dieses Projekt an der FU zu realisieren – ganz besonders bei Boris Popow und den Mitgliedern des Vereins KONTAKTE-KOHTAKTbI. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Kraft und Erfolg in ihrer wichtigen Arbeit!

Der ehemalige Kriegsgefangene Boris Popow, ließ es sich trotz seines hohen Alters nicht nehmen, den weiten Weg aus Minsk auf sich zu nehmen und ins Land der Täter zurückzukehren.

einem breiten Begleitprogramm. Ganz besonders dankbar waren die Organisator_innen über den Besuch von Boris Popow. Der ehemalige Kriegsgefangene, der mehrere Jahre in Arbeitslagern in Deutschland verbrachte, ließ es sich trotz seines hohen Alters nicht nehmen, den weiten Weg aus Minsk auf sich zu nehmen und ins Land der Täter zurückzukehren um an der Eröffnung der Ausstellung teilzunehmen. Seine bewegende Rede während der Eröffnung der Ausstellung im Hörsaal 1a, an der auch Vertreter der Botschaften Russlands, Belarus' und der Ukraine teilnahmen, hielt er auf Deutsch. Am nächsten Tag fand ein großes Zeitzeugengespräch statt, bei dem Popow seine Lebensgeschichte schilderte und sich den Fragen von Studierenden widmete. Fast jede Woche fanden nun thematische Veranstaltungen statt: Filmvorführungen, Fachvorträge, eine Lesung aus Briefen ehemaliger Kriegsgefangener und ein ganzer Workshop-Tag, an dem Studierende und Dozierende gemeinsam Veranstaltungen anboten. Themen waren unter anderem „Historisches Lernen zu Themen der NS-Verfolgung“, „Zwangsarbeit und Justiz“ und „Frauen in der Roten Armee“.

Insgesamt war die Ausstellung „Russenslager' und Zwangsarbeit“ sechs Wochen an der FU zu besichtigen. Die Reaktionen im

Lesetipp

Auf der Website des Vereins werden in der Rubrik „Freitagsbriefe“ regelmäßig Korrespondenzen mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen veröffentlicht, in denen diese u.a. von ihren Erlebnissen in der Kriegsgefangenschaft berichten.

Endnoten:

- 1 Aktennotiz des OKW, zitiert bei Christian Streit: Keine Kameraden, in: kontakte-kontakty e.V. (Hg.): „Ich werde es nie vergessen.“ Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004–2006, Berlin 2007, S.12.
- 2 Ebenda, S. 16.
- 3 Vgl. <http://www.kontakte-kontakty.de/deutsch/ns-opfer/index.php> (01.07.2013)
- 4 Vgl. <http://www.kontakte-kontakty.de/deutsch/ns-opfer/index.php> (01.07.2013)

PfiFf

Studentisches Engagement gegen Rechts: Das ‚Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung‘ als Beispiel für kritische Lehre und Forschung von unten

von der FSI Geschichte

Seminare, die als bewusst unpolitisch angepriesen werden, in denen Studierende, brav das wiederkauen, was ihnen von den Seminarleiter_innen als Wahrheit präsentiert wird, die Universität als Elfenbeinturm, in der gesellschaftlich-historische Prozesse keinen Platz haben? Das war nicht immer so. Studierende an der „F“U versuchten immer wieder die Universität als politisch-kritischen, selbstverwalteten Ort zu gestalten, in dem Lehrende und Lernende auf Augenhöhe diskutieren und Themen auf die Agenda bringen konnten, die gesellschaftlich marginalisiert und/oder unbequem waren. Ein Beispiel für diese studentisch organisierten Seminare, die während und nach dem großen Studi-Streik von 1988/89 entstanden und zunächst als Projektutorien von der Uni auch gefördert wurden, war das PfiFf – das Projekt für Interdisziplinäre Faschismusforschung, entstanden im Umfeld der damaligen FSI Geschichte.

„Faschismusforschung ist verpflichtet, Stellung zu beziehen, will sie sich nicht nachträglich noch an den Verbrechen mit-schuldig machen“¹

Mit der Wiedervereinigung begann auch eine erneute Schlussstrichdebatte. Keine weiteren Entschuldigungen mehr, die Kollektivschuld war nach Ansicht der vorherrschenden Meinung getilgt. Gerade in einer solchen Zeit ist es für kritische Menschen, insbesondere für angehende Wissenschaftler_innen, unerlässlich, dem entgegenzu-

wirken.

Mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFF) an der „F“U sollte dies auf einem besonders eingängigen Weg passieren. Exkursionen zu den Orten, an denen die schlimmsten und unmenschlichsten Verbrechen begangen wurden, boten hierfür den passenden Rahmen. In den Jahren 1990 – 1992 fanden insgesamt fünf dieser Fahrten statt. Anlaufpunkte der Gruppen von bis zu 30 Studierenden waren u.a. die Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg, die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und die Gedenkstätte Auschwitz. Im Anschluss an diese Fahrten veröffentlichte das PfiFf Reader, in denen neben allgemeinen Informationen zur Gedenkstätte und Erinnerungskultur auch die teilnehmenden Studierenden mit persönlichen Erfahrungen zu Wort kommen konnten.

„Aber die Bilder, die bleiben, kommen sicher auch immer wieder, bei gebetenen und un- gebetenen Gelegenheiten“²

Aber warum? Haben wir nicht alle schon genug Aufnahmen gesehen, genug Bücher und Zeitzeug_innen-Berichte gelesen, als dass verlassene Baracken und zerfallende Ruinen unser Verhältnis zu diesen Verbrechen noch verändern können? Dies war eine Frage, die sich auch die Studierenden, die an den Exkursionen teilnahmen, stellten. Vielleicht war es die Konfrontation und Vergegenwärtigung, die angesichts der gesellschaftlichen Verdrängungsmethoden gesucht werden mussten, vielleicht die Probleme im Umgang und Gespräch mit der Tätergeneration und ganz sicher die Angst und Skepsis gegenüber dem wiedervereinigten

„Großdeutschland“ und der nicht existenten Diskussion zu dieser Thematik. So wird es auch heute, wo die „Neue Rechte“ auf dem Vormarsch ist, sich zunehmend sichtbar in der Mitte der Gesellschaft platziert und nur dann von eben dieser bewusst wahrgenommen wird, wenn sie sichtbar mordend oder Parolen brüllend in Erscheinung tritt, immer wichtiger, sich dieser Verbrechen bewusst zu bleiben und der BRD-typischen Verdrängung aktiv entgegenzuwirken.

Auch in Berlin, welches von vielen dieser Orte des Schreckens nur einen Katzensprung entfernt ist, hat sich eine beängstigende Normalität im Umgang mit den Massenmorden der Nazis breit gemacht, in der es rechtem Gedankengut nicht schwer fällt, sich in Köpfen und Politik, auch der etablierten Parteien, zu manifestieren. Gerade in einer solchen Umgebung sollte Faschismusforschung Pflichtdisziplin sein.

In Zeiten, in denen rassistische Übergriffe beinahe an der Tagesordnung sind, zeigt sich die immense Bedeutung des Gedenkens an all diejenigen, die aufgrund ähnlicher Vorurteile ermordet wurden. Insbesondere anhand der Geschichte des Antisemitismus und somit auch der Shoa lassen sich trotz wechselnder gesellschaftlicher und politischer Zustände die Produktion und Instrumentalisierung von Stereotypen über Jahrhunderte hinweg studieren, denn:

*„Was nicht bewältigt wird,
muss sich wiederholen“³*

Leider sah die „F“U das anscheinend schon im Jahr 1992 anders, als sie dem PfiFf die finanziellen Mittel und damit die Grundlage für diese äußerst wichtige Arbeit strich.

*Für interdisziplinäre Faschismusforschung an der Uni!
Gründet autonome
Seminare!*

Mehr Informationen:

FSI Geschichte (fsigeschichte@riseup.net)
oder apabiz kontaktieren.

Endnoten:

- 1 Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (Hrsg.): Buchenwald. Dokumentation einer in studentischer Eigeninitiative entstandenen Exkursion zur Mahn- Gedenkstätte Buchenwald in der DDR. Berlin. 1990. S.4.
- 2 Die Unterlagen sowie Reader können im apabiz eingesehen werden.
- 3 Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (Hrsg.): Auschwitz. Dokumentation einer in studentischer Eigeninitiative entstandenen Exkursion zur Gedenkstätte Auschwitz im Juni 1990. Berlin. 1990. S.5.
- 4 Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (Hrsg.): Neuengamme. Dokumentation einer in studentischer Eigeninitiative entstandenen Exkursion zur Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg. Berlin. 1992. S.2.

Grundlagen für antifaschistische Forschung und Bildungsarbeit

Interview mit dem Antifaschistischen Presse-
archiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz)



*das Interview führte das Internationalis-
mus- und Antifaschismusreferat des AStA FU*

Mit dem apabiz existiert in Berlin die größte, öffentlich zugängliche Materialsammlung zur extremen Rechten. Für verlässliche Forschungsarbeit sind diese Quellen unabdingbar. *out of dahlem* sprach mit Christoph Schulze und Ulli Jentsch, zwei Mitarbeitern des apabiz, über ihre Arbeit, die Geschichte des Archivs und über die Probleme ihres Alltags.

Hallo ihr beiden. Was genau genau macht denn das apabiz?

Ulli: Die Grundlage unserer Arbeit ist das Betreiben eines Archivs. Das heißt, wir sammeln, dokumentieren, archivieren und analysieren alle Materialien, die einen Bezug zum Themenfeld extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, etc. haben. Wir haben im Gegensatz zu vielen Bibliotheken oder Mediatheken einen Schwerpunkt auf das Quellensammeln gelegt. Unser Anspruch ist, alles was wir von der extremen Rechten kriegen können zu sammeln und zu archivieren. Das Gesammelte bieten wir dann an. Jede_r kann uns besuchen und die Materialien nutzen, ob für die eigene politische Tätigkeit, für eine Forschungsarbeit oder auch für die Medienarbeit. Für diesen Servicebereich werden wir auch durch das Land Berlin gefördert.

Christoph: Wir haben eine Geschichte und eine Verortung in den sozialen Bewegungen zum Thema extreme Rechte und Neonazismus. Dementsprechend sind wir ein Archiv, welches nicht nur mit einem wissenschaftlichen, dokumentarischen Anspruch antritt, sondern auch mit einem aktivistischen. Wir wollen Initiativen ausrüsten, befähigen und

darin bestärken, sinnvoll und effektiv gegen die entsprechenden Erscheinungen vorzugehen und sind keineswegs nur neutral. Außerdem sind wir das größte, bundesweit öffentlich zugängliche Facharchiv zum Thema extreme Rechte seit 1945 und danach.

Ulli: Zusätzlich betreiben wir mit den Materialien und mit den Analysen, die wir uns selbst erarbeiten, Bildungsarbeit. Wir gehen ganz klassisch zu Schulen und Initiativen, machen Abendveranstaltungen und Podiumsdiskussionen. So kommen wir auf 100 bis 120 Veranstaltungen im Jahr in ganz Deutschland. Diese Veranstaltungen behandeln Themen, die gerade aktuell wichtig oder grundsätzlich relevant sind. Dazu publizieren wir auch in unseren eigenen Publikationsorganen, unserem Rundbrief, Websites oder schreiben mal für eine Aufsatzsammlung.

Ulli, du bist schon seit 20 Jahren hier. Heißt das, du warst auch direkt bei der Gründung 1991 dabei?

Ulli: Die Gründung des Archivs liegt so ein Bisschen im Dunkeln der sozialen Bewegungen. Niemand weiß so richtig, wer sich wann entschieden hat, so etwas zu gründen. Das Ganze begann in den späten achtziger Jahren. Damals gab es in (West-)Berlin, ein sehr breites Bündnis gegen die Republikaner. Die sind zu der Zeit ins Abgeordnetenhaus in Berlin eingezogen und aus diesem Bündnis verschiedener politischer Gruppen ist damals die Idee entstanden, einen Ort zu gründen, wo man das dokumentieren kann, was man über die Republikaner weiß. Das war sozusagen der Startschuss des Projekts.

Ich habe auch mal gelesen, dass das apabiz aus dem Papiertiger-Archiv hervorgegangen ist. Stimmt das?

Ulli: Ja genau, der Papiertiger ist ein halb-offenes Projekt, d.h. man kann sozusagen mit seinen eigenen Archivalien da unterkommen. Das haben wir so lange gemacht bis uns die Sachen über den Kopf gewachsen sind. Dann brauchten wir eigene Räume. Wir sind aus dem Papiertiger rausgegangen, als wir zu groß wurden und jetzt haben wir eine Fabriketage mit über 340m² und die ist schon ziemlich vollgestopft mit Material.

Ihr habt auch Sammlungen von der FU bekommen, beispielsweise die Sammlung von Richard Stöss. Was für Materialien sind das und warum sie die hier gelandet?

Ulli: Die Sammlung hat Prof. Dr. Richard Stöss in seiner Zeit als Professor anfangs im sogenannten ZI6, also Zentralinstitut 6, damals noch bei den Publizist_innen in Lank-

lem für Forschungsarbeiten anbieten. Also wer Interesse am Historischen hat, sowohl Parteiengeschichte als auch organisatorische und thematische Entwicklungen – Stoff für Bachelor-oder Masterarbeiten gibt es da reichlich.

Ihr habt einen sehr großen Referent_innenkatalog, in dem viele spannende Veranstaltungen angeboten werden. Wer kann euch anfragen, wann und wofür?

Christoph: Anfragen können uns alle. Die Bildungsarbeit ist ein immens bedeutender Pfeiler unserer Arbeit geworden. Die Veranstaltungen ziehen sich quer durch die Republik und auch quer durch die Spektren, die sich mit dem Thema befassen. Es sind Gewerkschaften dabei, Bündnisse gegen Rechts, lokale Initiativen, Antifa-Gruppen,

Unser Anspruch ist, alles was wir von der extremen Rechten kriegen können zu sammeln und zu archivieren.

Das Gesammelte bieten wir dann an.

witz gesammelt. Später war es Teil vom Otto-Stammer-Zentrum im OSI (Anm. d. Red.: Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft). Als Stöss emeritiert wurde, hat er sich an uns gewandt und gefragt, ob wir Interesse hätten, die Sammlung zu übernehmen. Wir hatten über die Jahre immer mal wieder Kontakt mit ihm und einzelne von uns haben auch mal bei ihm studiert. Der eigentliche Grund warum wir das bekommen haben ist, dass Herr Stöss die Sammlung zusammen erhalten wollte und sie der Öffentlichkeit zugänglich bleiben soll. Deshalb haben wir sie als Schenkung übernommen. So eine detaillierte Sammlung hat an der Uni keine großen Chancen zusammen zu bleiben, da die Unterhaltung sehr aufwendig ist. Die meisten Universitäten können oder wollen das auf Dauer nicht. Entstanden ist die Sammlung u.a. als Herr Stöss zusammen mit einem ziemlich großem Team in den Achtzigern ein Standardwerk zur Parteiengeschichte geschrieben hat – das Parteienhandbuch. In dieser Zeit sind sehr viele Sachen gesammelt worden, von extrem rechten Kleinstparteien, aber auch von den großen rechtsextremen Parteien, beispielsweise der NPD. Das Material setzt sich aus Sachen zusammen, die die extreme Rechte in Deutschland seit 1949 dokumentieren. Das ist mit Sicherheit eine der dichtesten Sammlungen über diese Szene in Westdeutschland bis Ende der achtziger Jahre. Das sind sehr spannende Sachen, welche sich vor al-

Hochschulen und Schulen. Eben alles, was man sich vorstellen kann. Wir besprechen dann individuell, welches Thema passt oder aber die Leute wissen bereits ganz genau was sie brauchen, weil sie bestimmte lokale Auseinandersetzungen haben und ein gewisses Know-how benötigen.

Kommt es regelmäßig vor, dass Studierende hier sitzen und ihre Hausarbeiten schreiben? Und wenn ja, wozu arbeiten sie?

Christoph: Das ist schon eine regelmäßige Angelegenheit. Vielleicht ein Drittel der „Laufkundschaft“ kommt aus dem universitären Rahmen, ein anderes Drittel wäre die Presse und das letzte Drittel sind Initiativen, die selber dazu arbeiten. Viele Studierende kommen mit einem breitgefächerten Inte-



Von „Autonome Nationalist_innen“ bis „Zwickauer Terrorzelle“ findet sich in der Bibliothek des apabiz auch eine umfassende Auswahl an Sekundärliteratur.

© <http://www.dietlib.de>

ressenspektrum. Wir wären sehr glücklich, wenn die Leute anfangen würden, die Schätze der Fünfziger und Sechziger zu heben. Meistens ist das Interesse aber eher kein historisches, sondern ein politikwissenschaftliches oder soziologisches zu neueren Erscheinungen. Oft geht es um den Bereich des Neonazismus. Wir haben auch relativ viele Leute, die zum Bereich Gender und extreme Rechte arbeiten wollen. Das ist in gewisser Weise auch zu einem Profil des apabiz geworden, wo wir Expertise haben. Fällt dir noch was ein, Ulli?

Ulli: Naja, NPD gibt es immer mal wieder als Thema sowie „Autonome Nationalisten“. Die Unis haben ja auch keine Primärquellen mehr vorrätig, nicht mal mehr aus dem parteipolitischen Spektrum der extremen Rechten. Die Bezüge von bestimmten Publikationen, wie beispielsweise der Deutsche Stimme oder der Criticón, die man frü-

her an der Uni noch gekriegt hat, sind heute schwieriger. Deshalb reisen manchmal Leute aus anderen Uni-Städten extra an, um bei uns zu sitzen, Papierquellen durchzublätern und für ihre Arbeit auszuwerten. Wir merken aus den Gesprächen auch, dass die Leute nicht wissen, wo sie das Zeug sonst bekommen sollen. Das ist auch bei manchen Professor_innen angekommen, die dann entsprechend auf uns verweisen. Die Recherche von Primärquellen komplettiert einfach das Bild von der extremen Rechten. Wir merken auch an welchen Unis gerade Kurse oder Seminare zum Thema stattfinden. Auch selbst waren wir schon an Unis und haben uns und unsere Arbeit vorgestellt. Im Prinzip sind wir zum Teil so was wie ein ehrenamtlicher Servicebereich der Uniforschung geworden und das finden wir auch wichtig. Die Materialien gehören in die Forschung.

Christoph: Das schwankt von der Intensität aber auch. Manchmal kommen Leute und sagen: „Deutsche Stimme, Ausgabe 4, 2010, Seite 18 - habt ihr das?“ Und andere kommen aus Hamburg für drei Monate nach Berlin gezogen um ihre Abschlussarbeit hier zu schreiben. Es ist ein breites Spektrum.

Mit was für alltäglichen Schwierigkeiten habt ihr als Projekt, das sich sehr viel mit der extremen Rechten beschäftigt, zu kämpfen?

Christoph: Schwierigkeiten haben wir auf verschiedenen Ebenen. Dass es eine offensive und engagierte Auseinandersetzung mit dem Themenfeld gibt und das Thema auch problematisiert wird, gefällt nicht allen Leuten in allen politischen Spektren. Teilweise treffen wir auf Vorbehalte. Man hat natürlich immer das Problem der Akquise. Nicht alle Materialien kriegt man beim Kiosk um die Ecke. Das Beschaffen des Materials ist ein praktisches Problem. Als immenses und immer präsent Problem gibt es natürlich die Fragen der Ausstattung und der Finanzen. Das teilen wir mit anderen ehrenamtlichen Initiativen. Unsere Arbeit ist wichtig und wir denken, dass sie kontinuierlich



Müßig ernährt sich das Eichhörnchen: Neben der Finanzierung vom Land ist das apabiz auch auf Spenden angewiesen. Mehr zum Thema Spenden und Fördermitgliedschaften auf ihrer Website.

© <http://www.dietlb.de>

weitergeführt werden muss, unabhängig von politischen Konjunkturen. Es gibt kein Budget, über das wir verlässlich verfügen können. Mal ein Projekt zu machen, darüber etwas Fördergelder zu kriegen um das Projekt durchzuführen, so etwas funktioniert ganz gut. Aber es ist verdammt schwierig, den grundsätzlichen laufenden Betrieb, auf dem alles basiert, finanziert zu bekommen. Das ist ein ständiger und alltäglicher Kampf.

Hier lagern ja unglaublich viele Informationen, sehr viel Fachwissen, das es aufzubereiten gilt, damit es öffentlich wahrgenommen wird. Einen neuen Ansatz verfolgt ihr mit dem Projekt Rechtes Land. Was hat es damit auf sich?

Christoph: Rechtes Land ist ein Experiment, das wir gestartet haben um zu sehen, ob man ganz zeitgemäß versuchen kann Informationen internetbasiert zu verknüpfen, sodass sie nicht nur für uns nutzbar sind, sondern auch extern eingesehen werden können. Wir mögen ja das staubige Papier, wissen aber auch, dass es inzwischen mehr gibt. Es handelt sich um eine Online-Kartentechnik in die wir gemeinsam mit Kooperationspartner_innen verschiedene Informationen einspeisen, beispielsweise Sammlungen von Daten zu Neonaziamärschen oder eine Liste mit Todesopfern rechter Gewalt und den Informationen: Wer, Wann, Wo und was ist da passiert. Diese Informationen werden in einer Datenbank zusammengefasst und dann über diese Software graphisch aufbereitet. So versuchen wir eine möglichst umfassende Datensammlung zu erstellen. Wir sind sehr gespannt wie weit man damit kommt.

Ihr habt auch eine Sammlung Kinder- und Jugendbücher, welche ihr eventuell an Schulen ausleihen wolltet. Wird das von Schulen genutzt?

Ulli: Nein. Das war eine lang gehegte Idee von uns. Realisieren konnten wir die Sammlung, weil es zeitweise ein Förderprogramm gab und wir dann zwei Personen einstellen konnten, die das aufgebaut haben. Spannend ist, dass es doch sehr differenzierte Literatur für Kinder und Jugendliche zum Themenfeld gibt. Natürlich geht es nicht darum Fünfjährigen den Nationalsozialismus zu erklären, sondern es geht eher um Diskriminierungsformen im Zusammenhang mit Rassismus und Antisemitismus. Die Idee war, das enger mit der Arbeit von Leuten zu verknüpfen, die es gern an Schulen holen wollen. Das hat nicht funktioniert, weil eine weitere Förderung fehlte. Zeitlich ist das sehr aufwändig. Es müssten Kooperationen aufgebaut werden, um direkt mit den Leuten in den Schulen zusammenzuarbeiten. Dafür fehlen uns im Moment leider Menschen, die

Zeit haben diese Arbeit zu übernehmen. Die Idee finde ich aber weiterhin ziemlich cool. Ich weiß auch zum Teil wie es an den Schulen aussieht. Schulbibliotheken gibt es ja meistens gar nicht mehr. Die Sammlung haben wir aber hier als Präsenzbestand im Archiv. Gelegentlich wird das auch von Leuten zur Inspiration der eigenen pädagogischen Arbeit an der Schule genutzt.

Christoph: Ich denke, das ist auch durchaus Material für interessante wissenschaftliche Projekte, beispielsweise in der Erziehungswissenschaft oder Literaturwissenschaft.

Ulli: Für die Pädagogik-Interessierten: Es gibt in Deutschland keine zentrale Stelle bzw. keine öffentliche Bibliothek, die schwerpunktmäßig Materialien zu so einem Themenfeld sammelt. Es gibt keine Kinder- und Jugendbibliothek zum Themenfeld Nationalsozialismus. Genau so wenig gibt es einen Lehrstuhl zum Thema Rechtsextremismus, bis auf einen an der FH Düsseldorf. Interessant, wie wenig das selbst im akademischen Bereich und in der Förderung ein Schwerpunkt ist.

Zum Schluss: Welches aktuelle Buch aus dem Archiv könnt ihr unseren Leser_innen empfehlen?

Ulli: Die letzte Neuerscheinung, die ich gelesen habe und sehr spannend fand, ist das Buch *Fantifa- Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken*. Da geht es um den feministischen Teil der Antifa-Bewegung, also Frauen bzw. Frauen-Lesben-Antifa-Gruppen. Die Publikation zeichnet die Geschichte dieses Spektrums nach. Nicht alles finde ich gelungen, aber Teile davon kenne ich auch noch aus eigener Anschauung und fand es deshalb sehr spannend, dass dieses Thema noch einmal aufgegriffen wurde, gerade auch noch mal von viel Jüngeren, die es nicht selbst erlebt haben, sondern versucht haben, diese Geschichte nachvollziehbar zu machen. Ein sehr lesenswertes Buch, für diejenigen die sich für die Entwicklungen antifaschistischer Organisation interessieren, genauso wie für die Geschichte feministischer Bewegungen.

Danke für das Gespräch!

Texte, Bilder, Filme

Neben dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus sowie dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz), finden sich auch direkt an der FU Projekte, die umfangreiche Materialsammlungen und Recherchemöglichkeiten zum Nationalsozialismus, der Shoa, Zwangsarbeit oder Rechtsextremismus bieten. Für Interessierte und alle, die noch nicht wissen, worüber sie ihre nächste Hausarbeit schreiben wollen, haben wir hier eine kleine Übersicht zusammengestellt.

Visual History Archive

Über die Freie Universität Berlin kann man auf das Visual History Archive der USC Shoa Foundation zugreifen. Dieses weltweit größte historische Videoarchiv umfasst etwa 52.000 videografierte Interviews mit Überlebenden und Zeug_innen der Shoa.

Zahlen und Fakten

Die Interviews wurden in 56 Ländern weltweit und 32 Sprachen geführt. Die meisten Interviewten sind jüdische Überlebende, aber Überlebende mit einem anderen Verfolgungshintergrund, wie bspw. Sinti und Roma, Homosexuelle, politisch Verfolgte oder Überlebende der Eugenikpolitik.

Weitere Informationen unter:
<http://www.vha.fu-berlin.de>

Archiv Zwangsarbeit 1939-1945

Das digitale Archiv enthält fast 600 Interviews mit Überlebenden der nationalsozialistischen Zwangsarbeit.

Recherche

Die Interviews lassen sich u.a. anhand konkreter Namen, Verfolgungsgründen, Einsatzbereichen Unterbringung/Inhaftierung, Sprache oder dem Wohnort der überlebenden Zwangsarbeiter_innen recherchieren.

Weitere Informationen unter:
<http://www.zwangsarbeit-archiv.de>

apabiz e.V.

Der apabiz e.V. sammelt seit 1991 Materialien zur extremen Rechten. Eigene Analysen und Berichte veröffentlicht der Verein regelmäßig in einem Rundbrief, dem monitor, sowie auf verschiedenen Blogs. Mehr dazu auch im Interview auf Seite 48 dieses Hefts.

Das Archiv in Zahlen:

51.514 Archivalien
29.756 Zeitschriftenausgaben
15.506 Bücher
8.892 unbezahlte Arbeitsstunden jährlich
1,42 Jahre Rechtsrock am Stück
mehr als 9000 Liter verbrauchter Kaffee seit 1991

Öffnungszeiten

Mo: 12.00 – 17.00 Uhr
nach Vereinbarung
Di: 12.00 – 17.00 Uhr
nach Vereinbarung
Mi: geschlossen!
Do: 15.00 – 19.00 Uhr
(ohne Anmeldung)
Fr: nach Vereinbarung

Weitere Informationen unter:
www.apabiz.de
opac des apabiz: <http://bibliothek.apabiz.de>

Datenbank des Otto-Stammer-Zentrums der FU Berlin

In der Datenbank „Rechtsextremismus Literatur“ des Otto-Stammer-Zentrums am Institut für Politikwissenschaften der FU Berlin finden sich über 4000 Verweise zu Literatur und Quellen über die Themen Rechtsextremismus und Konservatismus.

Datenbank

Die Dokumente sind verschlagwortet und können über Titel, Verfasser_innen oder eine Volltextrecherche gesucht werden.

Weitere Informationen unter:
<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/>

oder direkt zur Suchmaske:
<http://userpage.fu-berlin.de/~rstoess/dbstoess/suche.php>

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

Das antifaschistische Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus besteht seit dem Jahr 2000. Der Arbeitsschwerpunkt des bundesweiten Zusammenschlusses von Wissenschaftlerinnen, Pädagoginnen und Journalistinnen liegt auf genderspezifischen Aspekten im Rechtsextremismus. Die Mitarbeiterinnen sind im inner- und außerhochschulischen Kontext aktiv. Das Netzwerk leistet Bildungsarbeit und publiziert regelmäßig seine Ergebnisse.

Mehr dazu auch im Interview auf Seite 30 in diesem Heft

Weitere Informationen unter:
www.frauen-und-rechtsextremismus.de

Impressum

out of dahlem: Magazin des AStA der Freien Universität Berlin, Ausgabe 15, Sommersemester 2014

herausgeber_in: AStA der Freien Universität Berlin, Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin, Telefon (030) 839 0910, Online: www.astafu.de

redaktion: Öffentlichkeitsreferat des AStA FU in Zusammenarbeit mit dem Internationalismus- und Antifaschismusreferat

kontakt: oeffref@astafu.de

redaktionsvorbehalt: Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wieder.

danke an alle Autor_innen, Übersetzer_innen, Fotograf_innen und allen, die sonst an der Entstehung dieser Ausgabe mitgewirkt haben!

gestaltung/illustration: Medienwerkstatt des AStA FU

druck: AStA Druckerei

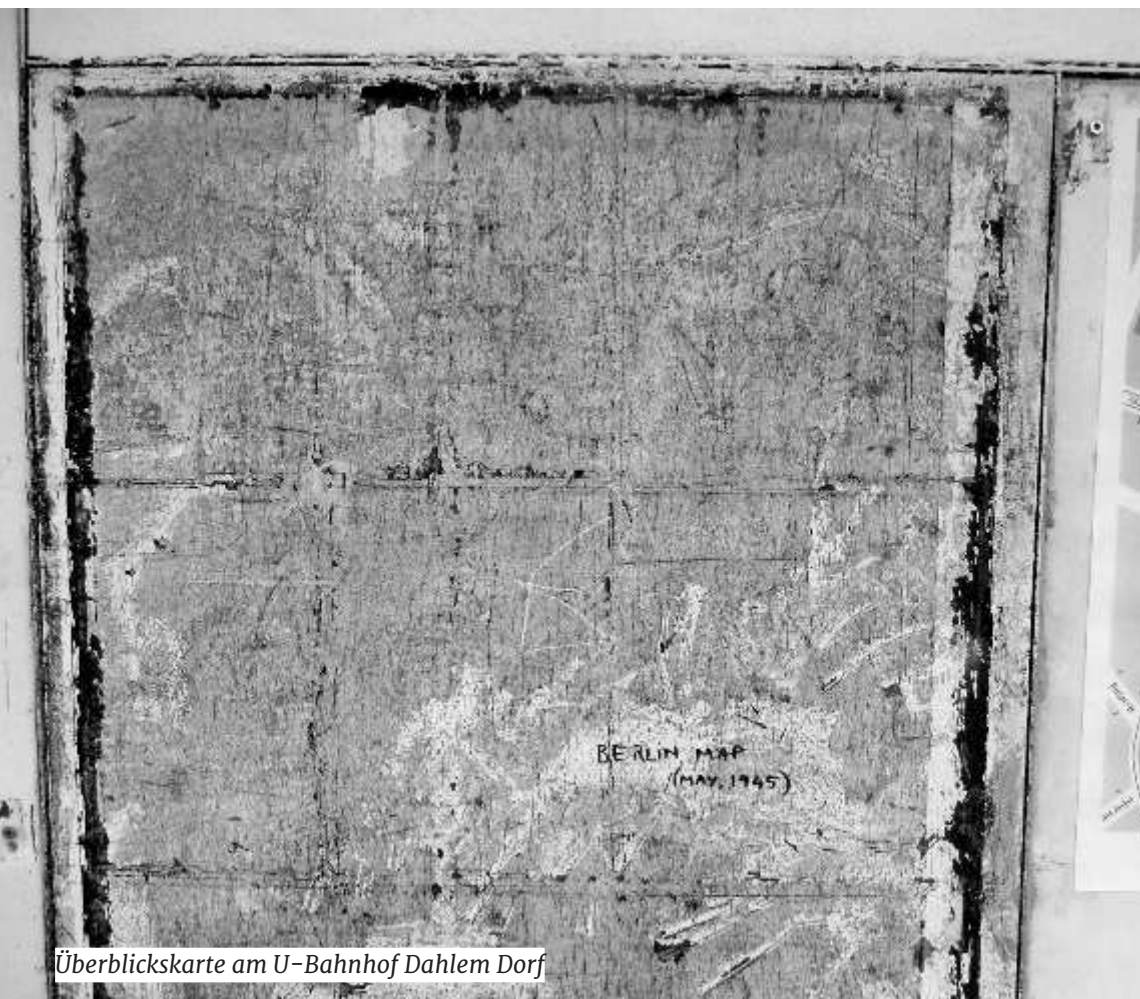
belichtung: Medienraum des RefRat der Humboldt-Universität

copyleft: Die abgedruckten Artikel erscheinen mit einer Creative-Commons-Lizenz. Sie dürfen bei Nennung der Autor_innen-Namen unverändert und nicht-kommerziell weiterverbreitet werden. Alle veröffentlichten Texte müssen weiterhin dem Copyleft unterliegen.

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen Fotograf_innen.

eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des_ der Absender_in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die *out of dahlem* nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem/der Absender_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

V.i.S.d.P: AStA-Vorsitzender



Überblickskarte am U-Bahnhof Dahlem Dorf

Des Rätsels Lösung ...

Vertikal

- 1 Portman
- 2 Justitia
- 3 Suffragetten
- 4 Fischer-Lichte
- 5 Darjeeling
- 6 Dahomey
- 7 Demokratie
- 8 Powerpuff Girls
- 9 Revisionismus
- 10 FSI
- 11 Zypern
- 12 Riot Grrrl
- 13 Zetkin

Horizontal

- 1 Persepolis
- 2 Stressfaktor
- 3 Furios
- 4 Chinchilla
- 5 Newspeak
- 6 Volxxkueche
- 7 Fahrkartenkontrolle
- 8 Zhang Ziyi
- 9 Leia
- 10 Petunia
- 11 Chrysi Avgi
- 12 Elefant
- 13 Dresden
- 14 Gibraltar

die asta-beratungen

Wenn nicht anders angegeben, findet die Beratung in der AStA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23, statt. Das Erdgeschoss ist rollstuhlgerecht zugänglich. Auf Wunsch können alle Beratungsangebote hier stattfinden. Die Beratungszeiten standen zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Mehr dazu unter www.astafu.de

Allgemeine Öffnungszeiten des AStA-Büros

Montag-Freitag 10-18 Uhr
Telefon: (030) 839091-0
Fax: (030) 8314536
info@astafu.de
www.astafu.de

Fachschaftsreferatsberatung

Telefon: 030/839091-10
fsref@astafu.de

BAFöG-Beratung

bafogberatung@astafu.de
Telefon: 030/839091-12

Beratung für

Internationale Studierende

Telefon: 030/839091-17
ris@astafu.de

Enthinderungsberatung

Telefon: 030/839091-10,
behindertenberatung@astafu.de
rollstuhlgerecht zugänglich

Datenschutzberatung

Telefon: 030/839091-0
datenschutz@astafu.de

Lesbisch/trans*-feministische

Info und Support (LIS)

Telefon: 030/839091-22
lesbitransintera@astafu.de
im FLT*I*-Raum im Dachgeschoss

Hochschulberatung

Telefon: 030/839091-10
hochschule@astafu.de

Frauen*Beratung

Telefon: 030/839091-23
frauen@astafu.de
im FLT*I*-Raum
im Dachgeschoss

Rechtsberatung

telefonische Anmeldung erforderlich!
Telefon: 030/839091-0

Schwulenberatung

Info & Support

Telefon: 030/839091-18
schwule@astafu.de

Semtixbüro

Telefon: 030/839091-40
Fax: 030/839091-41
semtibuero@astafu.de
Thielallee 36
14195 Berlin
(unter dem Capitol-Kino)

Sozialberatung

Telefon: 030/839091-12
sozialberatung@astafu.de

Medienwerkstatt, Technik- verleih und Ausleihe

Telefon: 030/839091-0
medienwerkstatt@astafu.de
eine Liste ausleihbarer Technik und Geräte
gibt es unter www.astafu.de/medienwerkstatt

